

Debatte des Deutschen Bundestages am 12. März 1992

[...]

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 und die Zusatztagesordnungspunkte 2 bis 6 auf:

5. Beratung von Anträgen auf Einsetzung einer Enquete-Kommission

ZP2 Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P.

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“

– 12/2230 –

ZP3 Beratung des Antrags der Abgeordneten Rolf Schwanitz, Markus Meckel, Angelika Barbe, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Politische Aufarbeitung von Unterdrückung in der SBZ/DDR“

– 12/2152 –

Überweisungsvorschlag:

Enquete-Kommission

Aufarbeitung SED-Diktatur

ZP4 Beratung des Antrags der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“ und Förderung außerparlamentarischer Initiativen zum gleichen Thema

– 12/2220 –

Überweisungsvorschlag:

Enquete-Kommission

Aufarbeitung SED-Diktatur

ZP5 Beratung des Antrags der Abgeordneten Andrea Lederer, Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt), Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte“

– 12/2226 –

Überweisungsvorschlag:

Enquete-Kommission

Aufarbeitung SED-Diktatur

ZP6 Beratung des Antrags der Abgeordneten Ulrich Adam, Anneliese Augustin, Jürgen Augustinowitz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Jörg van Essen, Heinz-Dieter Hackel, Dirk Hansen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

Aufgaben der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“

– 12/2229 –

Überweisungsvorschlag:

Enquete-Kommission

Aufarbeitung SED-Diktatur

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die gemeinsame Aussprache fünf Stunden vorgesehen. – Ich sehe keine Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Rainer Eppelmann.

Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere Vergangenheit holt uns immer wieder ein. Sie ist stark und lebendig, und wir sind Zeugen dafür – wir alle –, daß sie uns tagtäglich wieder einholt. Sie ist uns – zumindest noch – nahe. Und das ist gut so; denn unsere Vergangenheit ist ein Schatz, weil sie auch unsere Erfahrungen einschließt – die, die uns freuten und uns fröhlich machten, und die, die uns weh taten oder uns traurig und wütend stimmten.

Unsere Vergangenheit umfaßt zugleich unsere Einsichten, das, was wir gelernt haben, und das, was uns gelehrt wurde. Darum tun wir gut daran, uns unserer Vergangenheit zu stellen – gemeinsam als Ostdeutsche und Westdeutsche, als ein Volk.

Wir würden bei dieser Aufarbeitung versagen, wenn wir uns bei der Beschäftigung mit 45 Jahren deutscher Geschichte – schwergewichtig der DDR-Geschichte – nur auf den Bereich der Staatssicherheit beschränken würden.

(Dr. Wolfgang Bötsch [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Die Erfahrungen, die wir in und mit 45 Jahren DDR gemacht haben, hat unser ganzes Leben und alle Menschen umfaßt und nicht nur die vielleicht 500 000 offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit und ihre unmittelbaren Opfer. Darum wünschte ich mir, daß sich möglichst viele der 80 Millionen Deutschen mit den Fragen und Problemen unserer Vergangenheit intensiv befaßten. Es kann dabei gar nicht zu viele geben, sondern immer nur zu wenige.

Jeder Mensch, jede Gruppe, jede Partei, jede Interessenvertretung könnte und sollte sich danach fragen: Was haben wir in den letzten 45 Jahren erfahren? Was haben wir falsch gemacht, was richtig? Was haben wir zugelassen, was

unterstützt, was nicht gesehen? Was lehrt uns das? Wo müssen wir Gesetze verändern, Verordnungen neu erlassen, wo möglicherweise Verhaltensweisen korrigieren, um nicht wieder in die dumme Situation eines Kindes zu kommen, das zum drittenmal die heiße Ofentür anfaßt und sich erneut die Finger schmerzhaft verbrennt?

Es geht also darum, bewußt, differenziert, sensibel, gerecht und verständnisvoll den Blick zurückzuwenden, damit wir Zukunft gewinnen können. Das heißt für mich z. B.: Ich stelle fest, daß viele Grundsatzentscheidungen und Detailentscheidungen von den Verantwortlichen und Regierenden der DDR falsch getroffen worden sind; nicht nur mangels Wissens und Einsicht, sondern auch gegen Sitte und Moral, zum Teil gegen geltendes Recht.

Das alles muß festgestellt, auf- und abgearbeitet werden; denn wir wollen nicht nur faire Prozesse, sondern auch ehrliche und objektive Geschichtsbücher, geschrieben aus der Optik der Betroffenen, der Opfer.

Gerade die Fehlentscheidungen und die Arroganz der Regierenden der DDR haben dazu geführt, daß wir im Grunde in den letzten Jahren von der Substanz gelebt haben und daß darum der Zusammenbruch, den wir jetzt haben, so total und so schlimm ist – mit Millionen von Arbeitslosen, mit Tausenden von Kurzarbeitern, mit vergiftetem Wasser, verseuchter Erde, mißbrauchten Menschen. Wir Deutschen täten ein erstes wichtiges Werk der Aufarbeitung unserer Vergangenheit, wenn wir die Schwierigkeiten von heute als das sehen, was sie sind: Folgen der Untaten von gestern, Folgen von sozialistischer Enge und parteipolitischer und ideologischer Arroganz der SED-Kommunisten und ihrer Helfer.

Zu dem ersten Schritt der Aufarbeitung gehört aber auch die Erkenntnis, daß die Elbe als deutscher Strom zwar für eine gewisse Zeit zwei deutsche Staaten voneinander trennte, aber nicht die Deutschen unterschieden hat in fleißige und erfolgreiche, mutige und intelligente auf der einen Seite und faule, dumme, ungeschickte und feige auf der anderen Seite. Die Elbe hat aber auch nicht, wie in den letzten Tagen immer wieder zu hören war, in Plattmacher, Egoisten und Rücksichtslose auf der einen Seite und ganz liebe, ganz nette und solche Menschen, die höchstens nur einmal am Sonntag an sich und sonst immer nur ans Gemeinwohl denken, auf der anderen Seite getrennt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Was wir gegenwärtig erleben – auch mit uns und zwischen uns –, ist das oft mühselige und schmerzhaft Bemühen, die deutsche Teilung zu überwinden, ist das Bemühen, erlebte Geschichte zu begreifen und Neues aufzubauen mit großer Kraftanstrengung und mit der Bereitschaft zur Geduld und zum Teilen. Das hat auch eine ganz allgemein menschliche Dimension; denn wir erkennen dabei: Faule sowie Fleißige gibt es beiderseits der Elbe, ebenso Mutige und Feige, aber auch Egoisten mit besonders ausgebildeten Ellenbogen und solche, die bereit sind abzugeben, zu helfen und zu teilen. Laßt uns darum

bitte mit dem leichtsinnigen und unverantwortlichen splaterischen Gerede vom Ost-West-Gegensatz aufhören.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir käme es bei der Aufarbeitung unserer Geschichte durch den Deutschen Bundestag in einer Enquete-Kommission darauf an, daß wir uns den Betroffenen zuwenden. Wir müssen bei unserem Blick in die Vergangenheit meiner Meinung nach zwei Erkenntnisse aufarbeiten. Erstens. Wir alle, d. h. alle 80 Millionen Deutschen, sind Betroffene dieser deutschen Geschichte. Zweitens. Es kann sich keiner aus seiner, aus dieser Geschichte herausstellen.

Aber wir sind sicher unterschiedlich betroffen: zum einen als Opfer oder als Täter, als Mitregierende, Mitmachende oder Mitleidende. Zum zweiten ist der in Düsseldorf Geborene von den letzten 45 Jahren deutscher Teilungsgeschichte sicher anders betroffen gewesen als z. B. der West-Berliner in Wedding, der zwar auch zum freien Teil Deutschlands gehörte, aber auf einer Insel in der DDR lebte. Er wurde eben auch zweimal oft hart kontrolliert, bevor er sein Stammland erreichte.

Noch ganz anders ist es zum dritten sicherlich für einen Menschen gewesen, der in der DDR lebte. Auch hier sehe ich viele Unterschiede. Es kommt z. B. darauf an, ob er Mitglied oder Funktionär der SED gewesen ist, ob er gar Spitzenfunktionär war oder ob er anders parteipolitisch organisiert gewesen ist, ob er einer war, der nach dem typischen DDR-Motto „Nur nicht auffallen und zurechtkommen“ große und kleine Kompromisse einging, oder ob er jemand war, der das Unglück hatte, unangenehm aufzufallen, sich unbeliebt zu machen, mit Karriereknick bestraft wurde oder dafür sogar ins Gefängnis kam.

Bei ihrer Arbeit darf die Enquete-Kommission vor allem aber die Opfer der DDR-Diktatur niemals aus den Augen und aus dem Herzen verlieren. Wer ist denn alles Opfer des Unrechts und der Unmenschlichkeit der DDR-Diktatur gewesen? Nach meiner Meinung sehr viel mehr DDR-Bürger, als man im ersten Moment denkt. Sehr viele von uns sind Überwiegend-Opfer und nicht Überwiegend-Täter gewesen.

Ich denke da z. B. an die Kinder, die zur Doppelzüngigkeit erzogen worden sind, oder an die christlichen Eltern, die sich nicht trautes, ihr Kind zur Konfirmation zu schicken, und sich darum oft genug schämten. Wie lebt es sich denn mit einem schlechten Gewissen?

Ich denke an die Jugendlichen und Erwachsenen, die außer dem ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat und ein bißchen sozialistischem Ausland weiter nichts kennenlernten, erblicken und begreifen konnten von unserer

so interessanten, vielfältigen und bunten Welt. Wie sollten sie sich in einer solchen räumlichen und inhaltlichen Enge entfalten und entwickeln?

Ich denke aber ganz besonders an die Vergessenen, an die Opfer, die es in der DDR nicht geben durfte, weil die Regierenden dieses Staates Wert darauf legten, ein Staat zu sein, in dem angeblich der Mensch im Mittelpunkt steht, in dem aber das Menschliche tatsächlich auf der Strecke blieb. So denke ich z. B. an die Menschen, die das Unglück hatten, an der deutsch-deutschen Grenze in Ostdeutschland zu wohnen, und die von Haus und Hof vertrieben und enteignet wurden.

Ich denke an die Tausenden, die wegen einer mißliebig geäußerten Meinung für Jahre in DDR-Gefängnissen oder anfangs sogar in Sibirien verschwanden und in Sibirien oder in den Gefängnissen und Lagern der marxistisch-leninistischen Kampfpartei oft umkamen.

Ich denke auch an die Bauern, die bei der Bildung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ihr Bodenreformland oder ihren kleinen Familiensitz verloren, an die enteigneten Eigentümer von kleinen und mittelständischen Betrieben. Das war staatlich betriebener und sanktionierter Raub und Diebstahl.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wie lebt man mit solchem erlittenen Unrecht und der Trauer und der Wut, sich nicht richtig dagegen wehren zu können? So mancher Bedrängter wußte keinen Ausweg mehr und floh in den Westen oder nahm sich verzweifelt das Leben.

Ich denke an die vielen, die ihre Sehnsucht nach Freiheit mit Gefängnis oder mit dem Tod an der Mauer bezahlen mußten.

Ich denke an die Träger des Aufnähers „Schwerter zu Pflugscharen“, die zwischen 1980 und 1982 von der Schule flogen oder die Ausbildung beenden mußten, weil sie durch das Tragen dieses Aufnähers öffentlich zum Ausdruck brachten, daß sie mit der Politik Erich Honeckers nicht einverstanden waren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns auch das Intellektuell-Verführerische und das Unmenschliche und das Brutale dieses sozialistischen

Systems herausarbeiten. Lassen Sie uns danach fragen, warum so viele mitmachten, daran glaubten oder – auch aus dem Westen – nur zu- oder gar wegschauten. Lassen Sie uns die ideologischen Baumeister und die großen und kleinen Handlanger der DDR-Diktatur entlarven. Lassen Sie uns aber auch die vielen Opfer, die vielen Ehrlichen und Fleißigen in Schutz nehmen.

Lassen Sie uns die wichtigste Lehre unseres Jahrhunderts für uns Deutsche formulieren: Nie wieder Diktatur! Egal, welche Bezeichnung sie auch immer tragen mag: national, religiös, nationalsozialistisch, sozialistisch oder kommunistisch – nie wieder Diktatur!

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Lassen Sie uns Bedingungen schaffen, damit in Deutschland nie wieder ein System entstehen kann, das Menschen in so unwürdige Situationen brachte, daß erwachsene Menschen die Polizei fragen mußten, ob sie ihren Vater oder ihre Mutter, ihren Bruder oder ihre Schwester zum Geburtstag besuchen durften. Nie wieder soll es ein System geben, das Menschen nötigt, um Erlaubnis zu bitten, den verstorbenen Vater oder Freund auf seinem letzten Weg begleiten zu dürfen, und das dies oft noch untersagte.

Lassen Sie uns Gerechtigkeit wiederherstellen: helfen und unterstützen, heilen und erklären, begreifen, verstehen, versöhnen. Lassen Sie uns, soweit wir das überhaupt vermögen, dazu die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen.

Ich verschweige es an dieser Stelle nicht: Kein Verständnis habe ich für diejenigen, die dieses – zum Glück vergangene – diktatorische System noch immer für akzeptabel und – wengleich modifiziert – für erstrebenswert halten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Fragen warten auf eine Antwort, Fragen nach den Grundlagen und den Strukturen, nach den Ängsten und Versuchungen der 16 Millionen Ostdeutschen und den Einwirkungen und dem Desinteresse der 64 Millionen Westdeutschen. Es sind zugleich Fragen nach dem ganz alltäglichen Verhalten der Deutschen, speziell – aber nicht nur – in der DDR in den letzten 45 Jahren.

Wir werden die Gründe für ihre und unsere Lebensversuche zwischen Verführtwerden, Gleichgültigkeit und Unterdrückung erforschen müssen. Wir werden dabei vermutlich feststellen, daß es nur ganz, ganz wenige Helden und leider mehr schuldige Täter und deren Handlanger gegeben hat. Wir werden aber auch erkennen, daß die meisten weder Helden noch Verbrecher waren, sondern einfach darum bemüht gewesen sind, möglichst aufrecht und möglichst ehrlich, vielleicht auch möglichst bequem mit ihren kleinen und großen Kompromissen durchs Leben zu kommen, oft genug eingeeengt, gepeinigt, gebrochen.

Wir werden uns alle gemeinsam und gesamtdeutsch fragen müssen, was wir mit unserer Geschichte machen. – Mit einer hoffentlich ganz allgemeinen und ganz unterschiedlichen Auseinandersetzung in vielen Bereichen unserer Gesellschaft sorgen wir dafür, daß die leidvollen Erfahrungen dieser letzten 45 Jahre für uns sogar noch zu etwas Helfendem und Heilendem werden könnten.

Die große und wichtige Aufgabe dieser Enquete-Kommission kann nur gelingen, wenn wir sie partnerschaftlich und nicht zänkisch, verständnisvoll

und ehrlich angehen. Viele Menschen werden erwartungsvoll, gespannt und hoffentlich voller Vertrauen auf uns schauen. Erweisen wir uns dieses Vertrauens würdig.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Als nächster spricht der Abgeordnete Willy Brandt.

Willy Brandt (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Weg zur Verwirklichung der deutschen Einheit ist steiniger und wird, wie wir alle wissen, auch teurer, als die meisten angenommen hatten. Ich bin darüber hinaus gewiß nicht der einzige, der den Eindruck hat: Die immateriellen Folgen der Spaltung und die Nachwirkungen des SED-Regimes könnten die Kräfte stärker und länger binden, als dies zu verantworten wäre.

Ich füge mit Bedacht hinzu: Das Denken vieler – dies kann gar nicht anders sein, zumal in dem, wie wir früher sagten, anderen Teil Deutschlands – konzentriert sich auf die Zukunft. Sie sehen nicht ein, warum ihnen rückwärtsgerichtet ein schlechtes Gewissen verordnet werden sollte. Das muß man sehen, und man muß es respektieren.

Das Zusammenwachsen jedenfalls ist ein widerspruchsvoller Prozeß. Damit er gut verläuft, darf man einerseits nicht zulassen, daß der Mantel des Verschweigens über gravierendes Unrecht ausgebreitet wird, auf der anderen Seite aber auch nicht hinnehmen, wenn dem vergangenen System durch grassierende Verdächtigung und langwirkende Vergiftung nachträgliche Triumphe beschert werden.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

„Vergangenes“ – ich zitiere – „ist immer ein Stück des Gegenwärtigen. Erinnerung darf nicht selektieren, sie muß alles umfassen.“ Manchmal haben es auch kleine Bücher in sich. Das, in dem dies steht, ist von einem Teilnehmer am Rußlandkrieg. Wer wollte dem widersprechen? Und dennoch: Wer könnte von sich behaupten, daß er immer alles bedacht, „alles umfaßt“ habe?

Wir können wohl immer nur Annäherungswerte erzielen. Das gilt auch für Kommissionen. Ob es der Enquete-Kommission, die wir heute gemeinsam einsetzen wollen, gelingen wird, einen wesentlichen Beitrag zu dem zu leisten, was hier „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“

genannt wird, das muß sich in dem Umfang zeigen, in dem diese Kommission versucht, möglichst viel Wesentliches zu umfassen, wobei Wesentliches natürlich auch im Detail enthalten sein kann, jedenfalls im Leben der vielen einfachen Menschen, nicht nur solcher, die für prominent gehalten werden oder sich selbst dafür halten.

Inwieweit diese Kommission, meine Kolleginnen und Kollegen, einen wichtigen Beitrag zur Vorbereitung über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe leisten kann, wie in unserer Geschäftsordnung der Auftrag solcher Kommissionen umschrieben ist, das wird aus meiner Sicht stark davon abhängen, wie deutlich sie sich vom gängigen Begriff des Untersuchungsausschusses lösen kann. Es sollte gerade dieser Kommission gelingen, sich mehr im Wortsinn der französischen „Enquete“ als einer ernsthaften, gründlichen Rundfrage zu entfalten, also möglichst viele gute Quellen zu erschließen, um zu hilfreichen Schlüssen zu gelangen.

Dies wird im hohen Maße davon abhängen, wie es den Mitgliedern der Kommission gelingt, so ehrlich wie irgend möglich mit der Vergangenheit umzugehen. Meine Freunde sind dazu bereit. Mein Freund Markus Meckel wird unseren Antrag speziell begründen. Ich möchte Sie um Aufmerksamkeit für einige generelle Erwägungen bitten.

Möglichst viel Aufdeckung und Aufklärung muß her, zumal wo es um die Machtzentren von Partei, Staat und sogenannter Staatssicherheit geht, und wo es sich um das Ausmaß der unterschiedlich festzumachenden Verantwortung handelt. Gerade hierzu wird ein Beitrag von der Kommission erwartet, die einzusetzen der Bundestag heute eingeladen ist.

Das Aufarbeiten des SED-Erbes sollte – hier folge ich meinem Vorredner – als gesamtdeutsche Aufgabe verstanden werden, auch als Beitrag zu jener Aussöhnung, die Wahrhaftigkeit voraussetzt. Nicht zuletzt sollte sie als Hilfe für die junge Generation verstanden und, wenn wir einigermaßen gut beraten sind, weithin parteiübergreifend wahrgenommen werden. Da finde ich mich, wenn ich es richtig verstanden habe, weitgehend in Übereinstimmung mit dem, was der Kollege Eppelmann vor mir vorgetragen hat.

Wir haben wahrlich genug, worüber zu streiten sich lohnt. Wir brauchen einander nicht auch noch im Weg zu stehen, wo es um das Unglück geht, das dem anderen Teil Deutschlands widerfuhr, als wir miteinander die Nazi-Herrschaft hinter uns hatten.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich halte gerade nach den Jahren 1933 bis 1945 wenig oder nichts von der Therapie des Gras-wachsen-Lassens. Es kann aber auch nicht darum gehen, Schuld dort abzuladen, wo sie nicht hingehört.

(Zuruf von der CDU/CSU: Richtig!)

Es kann jetzt schon gar nicht angehen, daß die Landsleute in den mißverständlich so genannten neuen Ländern alleingelassen werden, wo es darum geht, das ihnen unter sowjetischer Herrschaft und kommunistischer Diktatur auferlegte bedrückende Kapitel deutscher Geschichte aufzuarbeiten und so ordentlich wie möglich hinter sich zu bringen.

Dabei füge ich noch einmal hinzu: Viele halten den Blick nach vorn für noch wichtiger. Ich würde die nicht tadeln, die so denken und das sagen. Ich würde ihnen aber gerne nahebringen wollen, daß es sich leichter und besser arbeitet, wenn das eigene, wenn das innere Gleichgewicht in Ordnung ist.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Was dürfen wir von der Enquete-Kommission erwarten? Nicht, daß sie anderen, die unabhängig forschen und dann – sicher nicht immer übereinstimmend – urteilen, die Aufgaben der Geschichtsschreibung abnimmt. Dazu ist das Parlament nicht da; damit wäre es überfordert. Aber einen wichtigen Beitrag zum Verständnis dessen, was wirklich war und was nicht in Vergessenheit geraten darf, das mag eine Enquete-Kommission leisten können. Das wäre wichtig genug, und dafür möchte ich den mit dieser Aufgabe betrauten Kollegen gemeinsam mit den zu benennenden Sachverständigen jeden möglichen Erfolg wünschen.

Die Kommission kann auch nicht das leisten, was nach unserer Rechtsordnung der unabhängigen Justiz obliegt.

(Dr. Wolfgang Bötsch [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Ich komme darauf zurück. Sie darf sich nicht die mancherorts zu verzeichnende Einengung auf die Stasi-Thematik zu eigen machen.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Es ist aus meiner Sicht ein besonders bedrückender Teil dessen, womit wir es zu tun haben, verbunden mit der mancherorts zu verzeichnenden Verzerrung, die die Hauptverantwortlichen fast aus dem Blickfeld verschwinden läßt.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und dem Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Nun sind die Auseinandersetzungen um oder über die DDR-Vergangenheit im Gange, kaum daß wir von Vergangenheit sprechen mögen. Das wird einige Zeit in Anspruch nehmen, mindestens so lange, wie einschlägige Medien meinen, Echo zu finden und mit Hilfe einstiger Übeltäter ihr Geschäft zu machen.

Ich meine, wir dürfen uns nicht damit abfinden, daß die schwer genug errungene Demokratie zum Spielball unverantwortlicher Elemente wird und daß Stasi-Leute, zu Wahrheitszeugen hochstilisiert, sogar zu Profiteuren ihrer Verdächtigungen werden können.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und dem Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Es ist bedauerlich, wenn auch sehr verständlich, daß sich in der Ex-DDR ein erhebliches Maß an Frustrationen, seelischen Verkrampfungen und Neigungen zur Flucht aufgestaut hat. Die überwinden zu helfen ist alle Anstrengung wert. Da wird man versuchen müssen, den Blick zu weiten, nicht nur

in Richtung auf das neu zusammenwachsende Deutschland und das sich qualitativ weiterentwickelnde Europa, zu dem wir gehören, sondern auch hin zu jenen Entwicklungen, die der Umbruch in den verschiedenen Teilen des früheren sowjetischen Imperiums ausgelöst hat. Nicht um Nabelschau kann es also gehen, sondern um die Ausweitung des Gesichtskreises. Es geht auch darum, Neigungen zur Selbstgerechtigkeit zu widerraten und erst recht Tendenzen der Selbstzerfleischung nachdrücklich zu widersprechen.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, wichtiger als manches andere ist jetzt, daß unsere Landsleute in den alten deutschen Ländern, die man die neuen nennt, sich nicht zu Gefangenen der Vergangenheit machen lassen, sondern den Blick freibehalten oder freibekommen für die großen Aufgaben, die vor ihnen, vor uns miteinander liegen. Wichtig ist auch, daß jenen bei uns hier im Westen widersprochen wird, die sich zu Moralrichtern aufwerfen möchten über Landsleute, die sich unter der SED-Herrschaft haben zurechtfinden müssen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS/Linke Liste)

Takt ist insoweit ebenso anzumahnen wie ein wenig Nachdenken darüber, wie man sich wohl selbst zurechtgefunden haben würde. Auch insoweit können Findungen der Enquete-Kommission eine Hilfe sein.

Mein besonderer Respekt – und ich denke, ich darf sagen, unser besonderer Respekt – galt und gilt jenen Personen und Gruppen, die den Mut zur friedlichen, gleichwohl gefahrvollen Opposition aufbrachten. Dies kann freilich nicht das Verständnis für die vielen mindern, die aus ihren Nischen das Bestmögliche für sich und ihre Familien zu machen versuchten. Wir sollten uns miteinander hüten, den Stab über Landsleute zu brechen, die in die Maschen des Unrechtsregimes verstrickt wurden und es nun nicht immer ganz leicht haben, Vergangenes auf anständige Weise hinter sich zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt ausdrücklich auch für viele der seinerzeitigen SED-Mitglieder, die unter Druck, ihrer Kinder wegen oder auf Grund von Illusionen – natürlich hat es auch das gegeben – eine engere Bindung zum Regime eingegangen waren, als es ihnen im nachhinein selbst verständlich erscheinen mag.

Wer sich daran erinnert, daß es nicht die erste Diktatur war, der sich unser Volk in diesem Jahrhundert unterworfen hatte, wird wenig Neigung verspüren, mit Steinen zu werfen. Ich bin sicher nicht der einzige, der gestern in der „Süddeutschen Zeitung“ gelesen hat, was Hans Heigert zum Thema zu sagen hat. Ich habe mir den Satz angestrichen, der da lautet:

Aber es war nun einmal ihr Staat, und kaum einer von den 17 Millionen Deutschen hat 20, 30 Jahre lang zu hoffen gewagt, daß sich an diesen Verhältnissen irgend etwas ändern werde. Also hat man sich eingerichtet. Es

war nun einmal das vorgegebene System. Kein Mensch kann leben ohne eine solche Vorgabe.

Soweit der nicht parteigebundene Hans Heigert.

Meine Damen und Herren, für ganz und gar unmöglich halte ich es mit meinen Freunden, jetzt über Personen, zumal aus dem kirchlichen Bereich, herzufallen, die viel Mühe darauf verwandten, mitmenschliche Hilfe zu leisten, und die einen wesentlichen Beitrag dazu beisteuerten, daß die voneinander getrennten Teile unseres Volkes nicht noch weiter auseinanderdrifteten. Die Kirchen in der ehemaligen DDR haben wahrlich dazu beigetragen, daß der Kontakt zwischen den Teilen Deutschlands nie ganz abzureißen drohte. Viele mühten sich in unsäglicher Kleinarbeit, für in Bedrängnis Geratene Anlaufstellen zu sein oder abgestimmtes Verhalten zu vereinbaren – bis hin zu den Tagen, wie wir uns erinnern, in denen sich die schon nicht mehr vereinzelt Opposition unter schützenden Kirchendächern zusammenfand. Nur Weltfremdheit kann vermuten lassen, daß mancherlei Hilfe ohne Kontakte mit Repräsentanten des Unrechtsregimes möglich gewesen wäre. Für mich ist es deshalb schwer, manche Vorwürfe zu verstehen, die heute erhoben werden.

Erinnern wir uns im übrigen: Im Osten wie im Westen hatten wir – jedenfalls muß ich das für mich sagen, aber ich weiß, es gilt für die allermeisten – mit einer langen Perspektive der Zweitstaatlichkeit gerechnet und zu rechnen. Zumindest einige menschliche Erleichterungen – wenn auch noch so begrenzt wie im Falle der Reisemöglichkeiten – sollten bewirken, daß der Graben zwischen Deutschland und Deutschland nicht noch tiefer würde. Das steckte hinter dem Berliner Passierscheinabkommen vom Jahre 1963, das steckte hinter dem Grundlagenvertrag des Jahres 1972 und anderen Elementen einer Deutschlandpolitik aller Bundesregierungen; einer Politik, die, da wir jetzt dabei sind, aufzuarbeiten, gewiß auch kritisch hinterfragt werden darf.

Dennoch ist es wert, sich der internationalen Zusammenhänge von damals zu erinnern. Unsere Bemühungen, so unzulänglich sie gewesen sein mögen, waren in die westliche Entspannungspolitik eingebettet, die auf die Sicherung des Friedens und, wo es irgend ging, auf die Wahrung der Menschenrechte abzielte und die einen gesamteuropäischen Bezugspunkt schaffen sollte. Das war der Sinn der Schlußakte von Helsinki vom Sommer 1975. Es darf inzwischen davon ausgegangen werden, daß Wirkungen dieser Politik in nicht unwesentlichem Maße zur Überwindung der kommunistischen Regime – nicht nur bei uns – beigetragen haben.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P.)

Hierfür gibt es jedenfalls starke Zeugnisse aus dem nichtdeutschen Osten.

Ich denke, ich weiß selbst etwas – und andere mit mir – von der Gratwanderung verantwortungsbewußter Menschen in Diktaturen, übrigens auch davon, wie einen Verdächtigungen quälen können, die aus einem vom Schema

abweichenden Lebenslauf abgeleitet werden. Doch würde es mich sehr wundern, wenn sich so rasch übergehen ließe, daß jemand wie der, der hier spricht, nicht erst 1989, sondern 40 Jahre zuvor, 1948 und 1949, von Berlin aus die internationale Presse mit nicht sonderlichem Erfolg darüber aufzuklären versuchte, was an Verfolgungen in der Sowjetischen Besatzungszone schon sehr früh und sehr brutal im Gange war.

Muß ich uns daran erinnern, daß wir nicht nur diplomatisiert haben, sondern daß wir uns, wo es darauf ankam, auch nach Kräften unserer Haut gewehrt haben? Den Umbruch haben wir gewollt, nicht erst 1989. Dies sage ich ganz besonders im Rückblick auf die frühen Berliner Nachkriegsjahre mit dem Kampf gegen Zwangsvereinigung, der dort möglich war, und gegen die Blockade, dann gegen Panzer, Ultimaten und Einmauerung. Jene Deutschlandpolitik, die ich mitzuverantworten habe, hatte ihre diplomatische Seite – einschließlich des in Moskau 1970 deponierten Briefes zur deutschen Einheit. Zugleich war sie auf Selbstbehauptung gerichtet: menschlich, national und europäisch. Wer die Geschichte erst 1989 oder kurz davor anfangen läßt, kann gedanklich nicht anders als zu kurz springen.

(Beifall bei der SPD, der F.D.P., der PDS/Linke Liste und dem Bündnis 90/GRÜNE)

1987 war man halt noch nicht so schlau wie 1989.

(Dr. Hartmut Soell [SPD]: Doch! Der Bundeskanzler!)

Sonst wären vermutlich die Aufmerksamkeiten für den Staatsratsvorsitzenden der DDR bescheidener ausgefallen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Damit wir uns nicht mißverstehen: Ich war nicht gegen, ich war für jenen Besuch.

(Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Dann sollten Sie das so nicht sagen! – Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Wer hat denn umarmt? Wer hat denn geküßt? Wer kann denn geduzt?)

Er hat dem Besucher mehr Probleme bereitet als vom Hals geschafft.

(Zustimmung bei der SPD – Ingrid Roitzsch [Quickborn] [CDU/CSU]: Das ist Geschichtsklitterung, was Sie da machen!)

Wenn die Geschichte der SED-Herrschaft aufgearbeitet wird, interessiert gewiß auch die Frage, ob die westliche Politik, wie manche meinen, oder jedenfalls sagen, dazu beigetragen haben könnte, die Lebensdauer der kommunistischen Regime unnötig zu verlängern. Ich glaube das nicht. Aber warum nicht offen darüber sprechen? Hätten wir im deutschen Fall beispielsweise die Wirtschaftsverbindungen kappen sollen? Ich meine das nicht, obwohl ich unter dem Schock des Mauerbaus von 1961 auch diese Frage aufgeworfen habe und mich aus Bonn eines besseren belehren lassen mußte. Übrig blieben damals wie bei einer späteren Gelegenheit, nämlich nach

der Invasion in Afghanistan, Sanktionen zu Lasten des deutschen Sports. Als ob das politisch irgend etwas hätte bewegen können!

Das Aufarbeiten der Erfahrungen, die mit der innerdeutschen Politik gemacht wurden, darf nicht vom eigentlichen Problem ablenken. Die Sache der Einheit, die über uns kam und die wir zu einem Gutteil immer noch vor uns haben, heißt: zusammenfügen, neu zusammenwachsen lassen, was willkürlich und gewaltsam voneinander getrennt worden war. Ich trete keinem der furchtlosen Demonstranten vom Deutschen Herbst 1989 zu nahe, auch keinem Leidtragenden der hinter uns liegenden Jahrzehnte, wenn ich daran erinnere: Die Sache wurde spruchreif, als sich die Welt veränderte und Deutschland mit ihr. Den Zusammenbruch des sowjetischen Herrschaftssystems hat uns mit zuverlässiger Terminierung niemand voraussagen können, auch nicht, daß uns der Zerfall der östlichen militärischen Machtstrukturen so glimpflich davonkommen lassen würde. Wir sind allerdings auch insoweit noch nicht am Ende des Weges. Was ins Rutschen gekommen ist, kann weiter abgleiten und neue Unsicherheiten bewirken.

Inzwischen war fast schon vergessen – bis es am Wochenende im schönen Bayern wieder wachgerufen wurde –, mit wieviel Freude man in den letzten Jahren Beifall spendete, wenn der Name Gorbatschow fiel. Er hatte es sogar verdient. Denn er ließ uns nicht nur rascher, als irgendwer noch in jenem Herbst 1989 vermutete, zur Einheit kommen. Er sorgte auch dafür, daß die Dinge auf einem friedlichen Weg geregelt wurden und keiner mehr ernsthaft daran dachte, militärische Mittel einzusetzen. Er scheiterte – aber was heißt hier schon „scheitern“? –, weil die Verhältnisse den eigenen Reformprojekten nicht hold waren und diese, zumal auf wirtschaftlichem Gebiet, viel zu kurz griffen.

Daß man ihm applaudierte, wird den Beteiligten hoffentlich nicht irgendwann vorgehalten. Er war bekanntlich Kommunist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir ehrlich mit der Vergangenheit umgehen wollen, sollten wir die internationalen Zusammenhänge jedenfalls nicht aus dem Auge verlieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Es bleibt aus meiner Sicht wichtig, daß wir uns nicht zu Opfern von zuviel Pharisäertum und verlängertem Spitzelwesen machen lassen.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ein vergeblicher Versuch, mag man fragen? Ich will das nicht glauben, sondern ich setze weiter darauf, daß wir über den bitteren Erfahrungen aus beiden Diktaturen den Sinn von Demokratie nicht vergessen.

Damit wir uns richtig verstehen: Wer zurechenbares Unrecht begangen hat, muß dafür geradestehen. Er wird geltend machen können, auf welche Weise

er in welche Verstrickung geriet. Er muß sich jetzt in einem Rechtsstaat verantworten, der keine wie auch immer

vom Recht abgehobene Legitimität zu beanspruchen hat.

Ich beneide nicht die Justiz und hielte es für fatal, wenn sie sich – unbenommen ihrer eigenen unabhängigen Prüfung des Einzelfalls –, was die Wertung der nationalpolitischen Zusammenhänge angeht, allein gelassen fühlte.

Allein kann die Justiz der großen Aufgabe gewiß nicht gerecht werden. Ihre am Einzelfall normierten Verfahren könnten sich, wie schon unterschiedliche Urteile zum gleichen Sachverhalt zeigen, für eine Gesamtbewältigung als untauglich erweisen. Eine bewährte Rechtsordnung darf nicht Schaden nehmen, indem der Eindruck entsteht, es würden die Untergebenen hinter Gitter geschickt und die Vorgesetzten ungeschoren davonkommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Aber ich hielte es für ungerecht, überforderte Staatsanwälte und Richter zur Zielscheibe von Groll über den Stand der Dinge zu machen, einen Stand der Dinge, von dem wir wissen, daß er von vielen im Osten, aber auch im Westen, mit Enttäuschung und Irritation begleitet wird. Eher wäre danach zu fragen, ob genug darüber nachgedacht worden war, wie sie mit dem fertig werden sollen, was ihnen aufgeladen wurde, und ob nicht ganz andere Vorkehrungen hätten getroffen werden müssen, vielleicht noch getroffen werden können, um im Länder-Bund-Verhältnis neue und wirksame Formen kooperativer Rechtshilfe zu entwickeln.

Für unseren deutschen Neubeginn wäre es unnötig belastend, würde ein Aufarbeiten der Vergangenheit in dem Sinne betrieben, daß der rechtlich, politisch oder moralisch zur Verantwortung Gezogene sich wie zwischen zwei Spiegeln befindlich fühlte, um ein Bild eines tschechoslowakischen Schriftstellers, der jetzt auch Diplomat ist, zu gebrauchen: Er, der mit der Verantwortung Konfrontierte, meint, wenn er in den Spiegel vor sich schaut, er blicke in die neue Richtung, und doch ist es in Wirklichkeit die alte.

Mit opportunistischem Verdecken oder voreiligem Vergessen haben solche Erwägungen nichts zu tun. Daß allein mit den Mitteln des Rechtsstaats die Vergangenheit nicht aufgearbeitet werden kann, wissen wir alle. Sorgfältig vorbereitete Foren, ein vieltausendfaches offenes Gespräch der Bürger und gerade auch die Kommission des Deutschen Bundestages können dabei helfen. Was wir dabei vor allem brauchen, ist die Kraft zur Differenzierung.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink [F.D.P.]

Aus dieser Kraft zur Differenzierung kann Konsens erwachsen. Und der Blick nach vorn darf dann nicht durch Gespenster der Vergangenheit verstellt werden. In diesem Sinne darf ich der Kommission eine überzeugende Arbeit wünschen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS/Linke Liste)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Das Wort hat der Bundeskanzler Helmut Kohl.

Dr. Helmut Kohl, Bundeskanzler: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es war nicht meine Absicht, in dieser Debatte das Wort zu ergreifen, weil ich glaube, es ist wichtig, daß vor allem Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern – das ist jetzt der Ausdruck, Herr Brandt – hier sprechen und wir aufmerksam zuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Aber nachdem ich auf Grund einer Bemerkung des Kollegen Brandt hier das Wort ergriffen habe, will ich zunächst einmal für die Bundesregierung sagen, daß wir im Rahmen unserer Möglichkeiten alles tun werden, um die Arbeit der Enquete-Kommission zu unterstützen. Ich halte diese Arbeit – hier stimme ich dem Kollegen Brandt zu – für einen der wichtigsten historischen Aufträge an unsere Generation. Denn ich bin weiterhin davon überzeugt, daß es uns gelingen wird, die materiellen Verhältnisse in den neuen Bundesländern in Ordnung zu bringen, daß wir jedoch sehr viel länger – hier stimme ich wiederum dem Kollegen Brandt zu – daran zu tragen haben werden, die seelischen Verwundungen dort zu heilen.

Herr Kollege Brandt, weil Sie den Vergleich gezogen haben: Ich erinnere mich noch sehr gut an die Diskussion – ich war damals noch Schüler –, als die Entnazifizierung begann. Damals haben manche im westlichen Teil unseres Vaterlandes, in der späteren Bundesrepublik, geglaubt, das sei in ein paar Jahren abgeschlossen. Wenn Sie heute die internationale Diskussion betrachten, stellen Sie jedoch fest, daß gerade jetzt, gegenüber dem wiedervereinten Deutschland, dies alles wiederkommt – und das wird so bleiben, solange Menschen leben, die die NS-Zeit ganz persönlich erlebt haben. Diese Erfahrung ist, glaube ich, wichtig auch im Blick auf das, was wir jetzt gemeinsam tun wollen.

Ich will meinen besonderen Respekt dem Kollegen Eppelmann bezeugen, der hier in einer sehr einfühlsamen Weise eine Richtung für diese Arbeit gewiesen hat. Ich möchte hoffen, daß wir das so begreifen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gemeldet habe ich mich, Herr Kollege Brandt, weil Sie eine Bemerkung machten, von der ich hoffe, daß sie nur mißverständlich formuliert war. Denn das, was Sie zum Besuch des damaligen Staatsratsvorsitzenden der DDR 1987 sagten, läßt sich natürlich so nicht halten, es sei denn, es soll eine Legendenbildung begründen.

(Zustimmung bei der CDU/CSU – Gerhard O. Pfeffermann [CDU/CSU]:

Genauso ist es! – Dr. Hartmut Soell [SPD]: Sie müssen das Protokoll nachlesen, Herr Bundeskanzler! – Weitere Zurufe von der SPD)

Deswegen will ich das hier auch sehr präzise ansprechen.

(Peter W. Reuschenbach [SPD]: Sie sind so kleinkariert und das an diesem Morgen!)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Müssen wir diese Debatte jetzt hier so führen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dr. Helmut Kohl, Bundeskanzler: Meine Damen und Herren! Im Vorfeld des Besuches des damaligen Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker waren viele Gespräche darüber geführt worden, was für die Menschen in der damaligen DDR wie auch in der damaligen Bundesrepublik psychologisch erträglich sein würde. Ich stehe nicht an zu erklären, daß unter den vielen Entscheidungen in den beinahe zehn Jahren meiner Amtszeit für mich, Herr Kollege Brandt – Sie wissen dies –, die Entscheidung über den Ablauf dieses Besuches eine der schwierigsten war. Der Besuch mußte so ablaufen, denn sonst wäre er nicht zustande gekommen.

Herr Kollege Brandt, was war nun das Ziel des Besuches? Ziel des Besuches war für uns doch, alles zu tun, um die Mauer etwas durchlässiger zu machen.

(Freimut Duve [SPD]: Genau diese Zwecke hat Willy Brandt doch eben geschildert!)

Ziel dieses Besuches war aus meiner Sicht, das, was wir nach meiner Amtsübernahme als Bundeskanzler eingeleitet hatten – ich sage das gerne einmal bei dieser Gelegenheit: auch tatkräftig unterstützt von Franz Josef Strauß –, fortzusetzen und mittels der Gewährung einer Kreditgarantie die Mauer durchlässiger zu machen. Daß es zu den Ereignissen des Jahres 1989, zum 9. November 1989, zum Fall der Mauer, kommen konnte, hat viele Gründe, die ihren Ursprung nicht in Deutschland hatten – aber auch Gründe, die ihren Ursprung in Deutschland hatten. Zu den wichtigen Gründen, die ihren Ursprung in unserem Land hatten, gehörte, daß bis zum Fall der Mauer viele Millionen Landsleute aus der damaligen DDR zu Besuch in die Bundesrepublik kommen

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

und bei dieser Gelegenheit erleben konnten, daß die ganze SED-Propaganda über die Verhältnisse in der Bundesrepublik verlogen und falsch war, und daß sie neue Hoffnung geschöpft haben, auch neue Hoffnung auf die Einheit unseres Vaterlandes.

Wenn ich auf etwas von dem stolz bin, was in den vergangenen Jahren geleistet wurde, dann darauf, daß am Abend des 7. September 1987 – –

(Zuruf des Abg. Freimut Duve [SPD])

- Das werden Sie nie verstehen, das weiß ich. Schon die Tatsache, daß Sie in diesem Augenblick diesen Zwischenruf machen, zeigt, daß Sie nicht in der Lage sind, überhaupt einmal etwas Bedenkenswertes von einem anderen zu akzeptieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Abg. Freimut Duve [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Ich denke nicht daran, die Frage jetzt zu beantworten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Für mich war es an diesem Abend wichtig – darauf bin ich in der Tat stolz –, daß ich vor dem Forum der deutschen Öffentlichkeit in Ost und West – und nicht hinter verschlossenen Türen – und in Anwesenheit von Herrn Honecker sagen konnte, daß die Mauer fällt, daß die Einheit unseres Vaterlandes kommt. Daran habe ich, Herr Kollege Brandt, immer geglaubt.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der F.D.P.)

Willy Brandt (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Bundeskanzler bitten, sich das Protokoll genau anzuschauen. Dann wird er feststellen, daß ich ausdrücklich gesagt habe: Ich war nicht gegen, sondern für den Besuch. Zweitens habe ich der Vermutung Ausdruck gegeben, daß der Bundeskanzler ebensowenig wie wir anderen 1987 hat wissen können, was 1989 passieren würde. Ich denke, das bleibt richtig.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Jürgen Schmieder.

Dr. Jürgen Schmieder (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Mit der Einsetzung einer Enquete-Kommission unternimmt der Deutsche Bundestag einen Versuch, seinen Teil zur Aufhellung der Vorgänge und Zusammenhänge in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR beizutragen.

(Unruhe)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Herr Schmieder, wenn Sie einen Augenblick warten, bis wieder Ruhe eingekehrt ist. Ich darf die Kollegen bitten, wieder Platz zu nehmen.

Bitte.

Dr. Jürgen Schmieder (F.D.P.): Hierbei geht es um eine politische Aufarbeitung, Erklärung und Darstellung der Geschichte, um eine Verdeutlichung der Folgen der Diktatur der SED und der deutschen Teilung. Es geht um die Untersuchung der Lebens- und der Verhaltensweisen der Menschen und deren Befindlichkeiten. Es geht auch darum, die Formen der Unterdrückung zu analysieren.

Durch die Unterdrückungsherrschaft der SED und durch die ständig expan-

dierende Machtausübung unter verfeinerten Methoden waren Bedingungen entstanden, unter denen die Menschen im Osten leben mußten, denen sie sich anpaßten – einige willfährig, andere widerwillig –, wo einzelne Freiräume schufen und Widerstand leisteten und so die Voraussetzungen für die politische Wende herbeiführten. Es gilt, das Befinden der Menschen gestern und heute zu ergründen und Chancen für eine Rehabilitierung der Opfer und für eine Bestrafung der Täter zu schaffen.

Gerade die Kenntnis der konkreten Lebensumstände der Menschen in der ehemaligen DDR würde meiner Meinung nach den Prozeß des eigenen Erkennens und der gegenseitigen Akzeptanz im Verhältnis

der Bürger Ost/West im jetzt vereinten Deutschland wesentlich unterstützen.

Dabei wird natürlich deutlich, daß die Menschen angesprochen sind. Die Geschichte kann eine einzelne Kommission nicht aufarbeiten. Und es sind die Menschen in Ost und West angesprochen. Es geht zwar vorrangig um die Offenkundigmachung der Geschichte der sowjetischen Besatzungszone und der DDR, aber es geht selbstverständlich auch um deren Einordnung in die gesamtdeutsche Geschichte und die Darstellung der Wechselbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Denn auch hier gilt der Grundsatz „actio gleich reactio“: Eine Aktion auf der einen Seite bedingte, forderte oder ermöglichte bzw. begünstigte eine Aktion auf der anderen Seite. Deshalb müssen beide Seiten betrachtet werden.

Bei aller Sorgfalt bei der Ergründung der einzelnen sachlichen Vorgänge und Zusammenhänge, die die Kommission leisten muß, bleibt natürlich der Mensch im Vordergrund; denn die Politik wird von Menschen gemacht. Also sind auch die Auswirkungen auf die Menschen in die Betrachtungen einzubeziehen, und die Empfindungen und das Denken über diese oder jene politische Darstellung bzw. Zwangssituation sind gleichfalls von Interesse.

Es gilt zu ergründen, wo die Ursachen für Erscheinungen wie Desinteresse und Lethargie lagen. Es gab ja unbestritten eine Resignation vor den allgegenwärtigen Auswirkungen der Volksverdummung, vor den Potemkinschen Dörfern und den kommunistischen Losungen, die von einer Großtat zur anderen Wegbegleiter sein und zu Selbstverpflichtungen Anlaß geben sollten.

Viele Bürger sahen diese Sachen einfach nicht mehr: die kommunistischen Losungen am Werktor, die roten Fahnen, die Verherrlichung der sowjetischen Filme und Sportler. Das war eben so, und damit gut. Nur wenige fanden die Kraft zum offenen Widerstand. Andere taxierte den Spielraum der Gesetze aus und gerieten damit auch in das Gesichtsfeld der Stasi. Die meisten aber hatten die Gegebenheiten zur Kenntnis genommen und versucht, den eigenen Lebensraum aufzubauen. Man zog sich zurück in die Familie, in seine eigenen vier Wände oder in seinen Garten.

Die ersten drei bzw. vier Buchstaben des Namens eines bekannten, von vielen

wie die Pest gehaßten Moderators des DDR-Fernsehens galten als Maß für Schnelligkeit, nämlich für Schnelligkeit beim Umschalten des Fernsehsenders, wenn man aus Versehen beim DDR-Sender gelandet war. Es gab aber auch noch andere Maßeinheiten für Schnelligkeit. Man war da erfinderisch. Ein „HON“ z. B. entsprach etwa einem Viertel „SCHNI“. Damit hatte sich das Problem. Man schaltete um, bzw. man schaltete eben ab oder auf Durchgang, z. B. bei den montäglichen „Roten Schulungen“.

Doch man konnte der SED nicht entfliehen. Alles war von deren Seite wohlorganisiert und kontrolliert – zum Wohle des Volkes selbstverständlich – und schließlich war außen ja noch ein Zaun drum herum.

Viele von denen, zu deren Wohl angeblich alles geschah, sahen mit zunehmender Deutlichkeit das drohende Ende. Durch den Überwachungsstaat eingeschüchtert, verspürten erst nur wenige die Kraft der Gleichgesinnten; andere kämpften für sich allein und sahen keine Chance für die Aktivierung der Masse. Eines aber einte alle und reihte auch viele von den einfach nur Unzufriedenen ein: Man war fertig mit dem Staat DDR und mit dessen Führung.

Der Volksmund hatte seine eigene Interpretation der Symbolik der DDR-Flagge, nämlich: „An einem schwarzen Tag versprachen die Roten goldene Zeiten; doch jetzt haben wir einiges zu zirkeln, daß wir nicht unter den Hammer kommen und wieder Ähren lesen müssen.“

Diese Erkenntnis, der erneute Wahlbetrug zu den Kommunalwahlen 1989 und das hochgestochene Jubelfest im Oktober 1989 gaben dann den letzten Anstoß: Die Zurückhaltung, die Angst vor der eigenen Courage und die Angst vor dem Unterdrückungsregime wurden überwunden. Oppositionelle Gruppen, allen voran das Neue Forum, riefen, und der Funke sprang über.

All diese Prozesse gilt es jetzt zu ergründen und zu analysieren: Wie gelang es der SED, rund 16,5 Millionen Menschen zu beeinflussen, mitzumachen oder wenigstens stillzuhalten? Wie gelang es einigen, Kraft und Mut zu finden, um Auswege aus der gelähmten, weitestgehend neutralisierten Situation zu finden und ein ganzes Volk zu aktivieren?

Hier hat die Enquete-Kommission ein reiches Betätigungsfeld. Es muß motiviert werden; und es wäre wünschenswert, wenn erreicht werden könnte, daß sich viele Bürger angesprochen fühlen und an der Erkennung und Identifikation der deutschen Geschichte teilhaben.

Neben der Aufarbeitung im Bundestag mit parlamentarischen Mitteln – ich denke, die Enquete-Kommission ist dazu ein hervorragendes Instrument – muß es weitere Formen der Aufarbeitung und der Beschäftigung mit dieser Problematik geben. Einige Vorstellungen hierzu sind bereits bekannt, und man hört auch von ersten Aktivitäten. Es gibt Foren, Gesprächskreise an runden Tischen, Arbeitsgemeinschaften, Zirkel. Das ist gut so. Man kann hierbei

keinen einzigen Tag auslassen und sollte, ja, man muß beim 8. Mai 1945 beginnen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es wäre nicht gerechtfertigt, das Aufgabenfeld der Kommission erst mit der Gründung der DDR beginnen zu lassen; denn auch und gerade in den Anfängen der sowjetischen Besatzungsherrschaft liegen die Wurzeln und Ansätze für viele spätere Fehlentwicklungen. Ebenso bestand keine Möglichkeit, durch die Besatzungsmacht verübtes Unrecht aufzuarbeiten und öffentlich darzustellen. Diese Chance bietet sich jetzt. Es geht hier nicht nur darum, nicht weiter Gras darüber wachsen zu lassen, sehr geehrter Herr Brandt, sondern – ich möchte das erweitern – man muß auch das Gras wachsen hören. Man muß hellhörig sein, auf bestimmte Probleme eingehen und natürlich allen Befindlichkeiten hier Rechnung tragen.

Ein wesentlicher Punkt in diesem Zeitabschnitt ist die Erforschung des Wechselspiels und des Ausprägens der politischen Kräfte, allem voran die Parteienlandschaft, ausgehend von vier Parteien über die Drei- bis hin zur Fünf-Parteien-Landschaft. Wo lagen die Beweggründe, wo die Triebkräfte, welches waren die äußeren und inneren Zwänge? Hätte es sein müssen, oder wäre dieses oder jenes zu verhindern gewesen?

Vor der Kommission, über deren Einsetzung wir heute beschließen, liegt eine umfangreiche und schwierige Aufgabenstellung; aber die Besetzung der Kommission sollte es ermöglichen, daß man auch unter Ansetzung eines relevanten Zeitumfanges erste gesicherte und inhaltsreiche Zwischenergebnisse erwarten kann. Ich gehe davon aus, daß die Kommission Ende 1993 einen ersten Zwischenbericht vorlegen sollte.

In Punkt 5 des Antrages zur Einsetzung der Enquete-Kommission wird formuliert, daß sich die Enquete-Kommission den Inhalt des Auftrages zunächst selbst erarbeiten soll und ihn dann dem Bundestag bis zum 20. Mai als Beschlußempfehlung vorzulegen hat. Die Arbeit der Kommission beginnt also mit der Erledigung von Hausaufgaben. Es geht um die Ausgestaltung des Auftrages und meiner Meinung nach auch um die Fixierung eines geeigneten Arbeitstitels dieser Enquete-Kommission. Die jetzt gefundene Formulierung – Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der deutschen Teilung und der SED-Diktatur – wirft doch zumindest die Frage auf: Welche Geschichte soll denn hier aufgearbeitet werden? Auf der anderen Seite steht die Frage: Kann es sich denn hierbei schlechthin nur um Aufarbeitung handeln, Aufarbeitung eines Stapels von Geschichte, den man nach der Aufarbeitung zur Seite legt? Die Kommission kann aus meiner Sicht nur Erfolg haben – das darf ich hier noch einmal in aller Deutlichkeit sagen –, wenn jede Frage gestellt werden darf und versucht wird, auf jede gestellte Frage Antworten zu finden. Ich schließe mich da Herrn Eppelmann an, daß man keine parteitaktischen

Spielereien zulassen darf und daß keine gegenseitigen Schuldzuweisungen stattfinden dürfen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Die Enquete-Kommission darf nicht instrumentalisiert werden; denn andernfalls wäre ihre Arbeit umsonst.

Durch meine Einführung ist hier gerade deutlich geworden, daß es eben nicht nur um Aufarbeitung geht, sondern im wesentlichen um Erkennung und Darstellung, Offenlegung und Identifizierung mit eben dieser Geschichte. Hier ist die Kommission gefordert. Die Kommission sollte sich zum Ziel setzen, die diktatorischen Machtstrukturen, die repressiven Unterdrückungsmechanismen dieser Macht einschließlich der Auswirkungen auf die Verhaltensweisen der Menschen im Osten Deutschlands vom 9. Mai 1945 an bis zur friedlichen Revolution sowohl in allgemeingültiger Art, aber auch exemplarisch und dokumentarisch aufzuzeigen.

Zwischen 1945 und 1949 wurde im Osten Deutschlands an der Entstehung eines diktatorischen, politischen Systems gearbeitet, das in seinem Kern die Erhaltung und den Ausbau der Machtstrukturen einer kommunistischen Partei – der SED – hatte. Unter dem Vorwand, es handle sich um Diktatur des Proletariats, wie man im nachhinein festzustellen mußte, bereitete sich die SED dort den Boden für ihre künftigen Machtstrukturen. Im Prinzip legte sie den Grundstein für ihr Machtpotential bereits bei der Vereinigung von KPD und SPD, zumindest in der Quantität.

War diese Vereinigung wirklich Zwang, war sie Mittel zum Zweck, war sie notwendig? Auf all diese Fragen gilt es Antworten zu suchen. Die tatsächlichen Machtstrukturen blieben bisher vielfach verborgen. Diese aufzudecken und in ihrer wirklichen Durchdringung wichtiger gesellschaftlicher Bereiche deutlich zu machen, muß Ziel der Untersuchungen sein.

Natürlich wird die Kommission hier schnell an den Rand des Machbaren, des in eigener Regie Machbaren, stoßen. Man muß sich zwangsläufig um die Zusammenarbeit mit anderen Forschungseinrichtungen bemühen. Ja, man sollte vielleicht gezielt Forschungsaufträge vergeben.

Es gilt hier, unter dem Stichwort „Machtstrukturen“ die Aufdeckung der eigentlichen Machthierarchie vorzunehmen und den Aufbau und die Arbeitsweise der SED zu ergründen. Gleichzeitig gilt es, die Differenzierung der einzelnen Machtbereiche innerhalb dieses Apparates, das Zusammenwirken mit anderen Parteien und Massenorganisationen, die Werbungsverfahren sowie Beitrittsmotive und die internen Motivierungsmechanismen zu eruieren.

Es geht um eine Untersuchung der Einflußnahme der SED auf andere gesellschaftliche Bereiche hinsichtlich der Mittel, Methoden und Intensität der Einflußnahme, natürlich insbesondere gegenüber der Volkskammer, gegenüber den Staatsorganen auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene, gegenüber dem Mi-

nisterium für Staatssicherheit, gegenüber der Justiz und gegenüber einzelnen Personen. Es geht um die Ergründung und Untersuchung der Einflußnahme der SED und des Staates auf die Kirche. Es geht um die Aufdeckung der tatsächlichen Funktionen der Blockparteien und Massenorganisationen sowie um die Ergründung ihres Umfangs der Teilhabe an der Macht.

Zur Absicherung ihrer umfassenden politischen Herrschaft war es für die SED lebensnotwendig, Unterdrückungsapparate aufzubauen, die es ihr ermöglichen, selbst nicht als Unterdrückungsorgan in Erscheinung treten zu müssen. Hier geht es für die Kommission vorrangig darum, den Umfang, die Formen der Repressionen und die Vielfalt der Repressionsorgane zu ergründen und deren Arbeitsweise aufzudecken.

Eine Aufgabe der Kommission muß folglich darin bestehen, diese Repressionsmechanismen darzustellen und hierbei folgende Sachverhalte aufzuklären und zu ergründen: Strukturen und Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit in der Innen- und Außenwirkung; Repressionen durch die Organe der Justiz, insbesondere Mißhandlungen und Haftbedingungen; Menschenrechtsverletzungen, selbstverständlich unter Einbeziehung der Unterlagen von Salzgitter; Maßnahmen der Repression an den Grenzen durch alle dort tätigen Organe; Strukturen bzw. Organisationsstrukturen der Organe des nationalen Verteidigungsrates; Auftrag und Arbeitsweise der Sonderabteilung K 1 der Kriminalpolizei; repressive Funktionen der Kampfgruppen, der Zivilverteidigung und der Nationalen Volksarmee.

Des weiteren geht es um die Klärung der Informations- und Kontrolltätigkeit der Kaderleitungen in den Betrieben, um Untersuchungen der Auswirkungen der Repressionsfunktion von politischen Schulungen, Kampagnen sowie von politischer Agitation und Propaganda. Es geht um die Ergründung der Rolle der SED-dominierten Bereiche wie Bildung, Kultur, Sport und Medien. Und es geht schließlich um die Ergründung der Rolle untergeordneter Strukturbereiche wie der Wohngebietsausschüsse und der Nationalen Front.

Neben der Kenntnis der SED-Strukturen, der Hierarchie in dieser Partei, der Organisationsstrukturen untergeordneter Organe, neben dem Wissen um einzelne Unterdrückungsmechanismen geht es natürlich, wie eingangs schon gesagt, um die spezifischen Auswirkungen auf das Leben der Menschen. Diese Bedingungen haben die Mitbürger über 40 Jahre geprägt und deren Lebensinhalte bestimmt. Eine Untersuchung der Bedingungen ist für das eigene Erkennen und gegenseitige Akzeptieren von außerordentlicher Bedeutung. Deshalb sollte die Kommission einen wesentlichen Teil ihrer Arbeit gerade dieser Untersuchung widmen.

Es geht hier, wie schon geschildert, um die Offenlegung des Umfangs und der Form des politischen Widerstandes, der politischen Verfolgung. Es geht um Beziehungen zwischen politischem Widerstand und Kirche, zwischen Kirche und Staat – denn schließlich reifte die friedliche Revolution unter

dem Dach der Kirche –, und es geht um die Darstellung des Lebens in der Diktatur, insbesondere um die Klärung bestimmter Phänomene, die durch Anpassung, Desinteresse, Lethargie, Mitläufertum, Fanatismus, Verhetzung und Verdummung geprägt waren.

Die Beschäftigung mit der Geschichte der letzten 40 Jahre Ostdeutschlands läßt sich eben nicht nur auf die Stasi-Frage und den Umgang mit dem riesigen Aktenberg, den diese Behörde hinterlassen hat, reduzieren. Vielmehr geht es bei der Beschäftigung mit der Geschichte darum, die von der SED maßgeblich und dominant gestalteten Prozesse im Osten unseres Vaterlandes zu ergründen, ihre Auswirkungen auf die Menschen darzustellen und die Geschichte von der Vergewaltigung und der Zwangsdeutung durch die SED zu befreien.

Die Geschichte des Lebens der Bürger in der ehemaligen DDR in ihren inneren Zusammenhängen und in ihrer Wechselbeziehung innerdeutsch und mit dem Umland ist eigentlich eine weitestgehend unbekannte Geschichte. Helfen Sie mit, meine Damen und Herren, diese Geschichte ehrlich aufzuarbeiten, zu analysieren und damit transparent zu machen. Die F.D.P. ist dazu bereit. Es ist unsere Geschichte, ein Bestandteil der Geschichte des deutschen Volkes.

Danke.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Das Wort hat der Abgeordnete Gerd Poppe.

Gerd Poppe: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Geschichte hat das Urteil über die SED-Diktatur gesprochen. Jedoch mit der bloßen Feststellung des Zusammenbruchs eines mehr als 40 Jahre aufrechterhaltenen Herrschafts- und Unterdrückungssystems können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sprich, den mühevollen Weg zur demokratischen Erneuerung der neuen Bundesländer und zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland gehen. Das können wir schon deswegen nicht, weil es sich um einen Vorgang von weltpolitischer Dimension handelt, in seiner Bedeutung bei aller Unterschiedlichkeit allenfalls vergleichbar mit dem Ende des NS-Regimes und dessen Folgen.

Das Verschwinden der DDR von der politischen Weltkarte ist ein Bestandteil des Niedergangs des gesamten sowjetischen Imperiums, der Beendigung der Blockkonfrontation und des mit ihr verbundenen politischen und militärischen Status quo. Für die Deutschen brachte der Zerfall des östlichen Imperiums die langersehnte, wenngleich etwas hastig vollzogene Einheit, für die europäischen Völker des vormaligen sowjetischen Einflußbereiches immerhin die Aussicht auf eine baldige Rückkehr nach Europa. Und selbst die Menschen in der Dritten Welt, so weit sie in ihrer großen Mehrheit auch von einem menschenwürdigen Dasein noch entfernt sind, könnten nun, da sie nicht mehr Spielball der geopolitischen Interessen zweier Supermächte sind und sich darüber hinaus

im Westen eine zunehmende Sensibilisierung in Menschenrechtsfragen anzudeuten scheint, vielleicht neue Hoffnung schöpfen.

Was jedoch im Herbst 1989 in Leipzig und in Berlin, in Prag und Budapest so friedlich begann, was schließlich in Moskau und Sankt Petersburg den Versuch widerlegte, das poststalinistische System zu restaurieren, ist seitdem in eine lange Reihe gewaltsamer Auseinandersetzungen eingemündet, die uns jetzt täglich aufs neue erschrecken und die uns allesamt, gestandene Föderalisten, Demokraten und Politprofis aus dem Westen ebenso wie die mitunter belächelten Amateure oder die mit leicht unwilligem Kopfschütteln bedachten Moralisten aus dem Osten, reichlich hilflos aussehen lassen.

Wollen wir den auf Grund der weltpolitischen Veränderungen entstandenen neuen Herausforderungen und Gefahren gerecht werden, wollen wir verantwortungsvoll und in Kenntnis der Befürchtungen anderer Völker unsere Rolle als Deutsche neu bestimmen, so werden wir darin um so glaubwürdiger, je offener und konsequenter wir mit unserer eigenen Vergangenheit umgehen.

Darüber hinaus kann uns vieles, was wir an analytischer Arbeit zur Aufklärung der Strukturen und Mechanismen der SED-Diktatur leisten, den Blick für die Probleme Osteuropas öffnen. So viele Unterschiede gegenüber der DDR es dort auch gab, so viel war andererseits an Analogien und Gemeinsamkeiten vorhanden. Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte kann schon wegen der weltpolitischen Dimension der deutschen Einheit keineswegs nur als ein Problem der Ostdeutschen angesehen werden, und mitnichten ist sie gar ein den Ostdeutschen aufgezwungenes Produkt einer westdeutschen Siegerpose. Ich wehre mich ganz entschieden gegen die anlässlich der Stasi-Akten-Diskussion betriebenen Verkürzungen und Verballhornungen, seien sie nun aus einer Verunsicherung heraus oder in demagogischer Absicht entstanden, die dem Muster folgen: Der Wessi macht den Ossi platt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der ...)

Um ein deutsch-deutsches Problem handelt es sich schon deswegen, weil sich beide deutsche Nachkriegsstaaten aus der gemeinsamen Vergangenheit der NS-Diktatur und des von dieser verursachten Weltkrieges und seiner Folgen ableiteten und sich überdies auch permanent aufeinander bezogen. Die West- und die Ostdeutschen sind, wenngleich auf ganz unterschiedliche Weise, mit der Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit gescheitert. Die alten Verdrängungsleistungen mögen auch heute noch so manche daran hindern, sich allzu intensiv mit der Repression in der DDR zu beschäftigen. Vielleicht kann nun aber die gegenwärtige Diskussion neue Impulse auslösen, daß sich Deutsche in Ost und West offener als bisher auch jenem verdrängten Teil deutscher Geschichte zuwenden.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwähne dies nur als Möglichkeit, weil es ja auch nicht Gegenstand der heutigen Debatte ist.

Durchaus aktuell scheint mir aber jene im Zusammenhang mit der Rolle der Kirchen aufgeworfene brisante und für manchen hier im Plenum sicherlich auch unbequeme Fragestellung zu sein, ob denn nun zu allen Zeiten die bundesdeutsche Politik gegenüber der DDR so und nicht anders nötig und richtig gewesen sei, ob der DDR nicht zu lange eine Stabilität zuerkannt wurde, die sie nicht besaß, ob es sich nicht gelohnt hätte, eher und aufgeschlossener auf die – wenn auch zahlenmäßig kleine – Opposition zuzugehen. Diese – so wird dem entgegengehalten – hätte sich erst im Zuge der Entspannungspolitik formieren können, da nur durch sie das Regime zu einem moderateren Verhalten gegenüber Andersdenkenden Anlaß gehabt hätte.

Die jeweiligen Argumente sind hinlänglich bekannt. Manche meiner Zweifel bleiben jedoch – sowohl am roten Teppich für Honecker als auch an den Versuchen der ideologischen Koexistenz. Von den Zweistaatlichkeitsthesen mancher unserer potentiellen Bündnispartner will ich gar nicht erst reden. Ich will damit sagen: Die Untersuchung des Problems lohnt sich – ohne Blauäugigkeit, aber auch ohne Geschichtsfatalismus. Vielleicht vermittelt sie uns Einsichten über den Umgang mit heutigen Diktaturen. Soviel zur deutsch-deutschen Dimension.

Sie werden feststellen, daß ich mit der Auflistung der Probleme vom jeweils größeren und vielleicht politisch bedeutsameren zum jeweils bescheideneren und für uns überschaubareren komme. Die notwendige Einschränkung macht die Aufgabe, vor der wir stehen, trotzdem nicht leicht. Der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Aber ich schließe mich denjenigen an, die sagen, die Aufgaben einer Enquete-Kommission sollten präzise formuliert und in einem absehbaren Zeitraum abzuschließen sein. Eine Überfrachtung birgt das Scheitern in sich.

Niemand aber wird uns verwehren, die Umriss des Gesamtbildes im Hinterkopf zu bewahren, bevor wir uns der sorgfältigen Darstellung des Details zuwenden.

Wenn nun über die konkrete Aufgabenstellung der Enquete-Kommission nachgedacht wird, so wird natürlich vor allem vom Leben der Ostdeutschen die Rede sein, von den Herrschaftsstrukturen, denen sie unterworfen waren, von den Repressionsmechanismen, den Opfern und Tätern, aber auch von den Auswirkungen im Alltag und den Möglichkeiten, dem scheinbar übermächtigen Apparat zu widerstehen.

Ich hoffe, Sie sind in allen Fraktionen mit mir der Meinung, daß aus Gründen der Sachkenntnis und der elementaren Betroffenheit Abgeordnete und Sachverständige aus den neuen Bundesländern im Vergleich zur prozentualen Zusammensetzung des Bundestages überproportional in der Enquete-Kommission mitarbeiten sollten –

(Beifall bei der SPD)

allen genannten deutsch-deutschen Gemeinsamkeiten zum Trotz.

Ich meine, daß es der Sache dient und daß wir einen Anspruch darauf haben. Schließlich sind 1989 trotz aller Anpassung Hunderttausende aus ihren Nischen gekommen und haben mit Hilfe derer, die in Osteuropa viel eher als wir zum Protest fähig waren, mit Hilfe auch derjenigen, die mit den Füßen abstimmend dem Staat den Rücken kehrten, dazu beigetragen, daß das nur scheinbar stabile System ohne nennenswerte Gegenwehr in sich zusammenfiel.

Die gewaltlosen Revolutionäre des Herbstes 1989 haben eine wichtige Vorleistung für die heute mögliche Analyse der Diktatur erbracht, indem sie deren Hauptwerkzeug, das Ministerium für Staatssicherheit, zerschlugen, auflösten, den größten Teil der Akten sicherten und seit jener Zeit mit großer Energie die Akteneinsicht für die Betroffenen forderten – an Runden Tischen, in Bürgerkomitees und in Parlamenten. Wenn ich an dieser Stelle die ostdeutschen Bürgerbewegungen ausdrücklich erwähne, so unternehme ich damit nicht wie in letzter Zeit mehrfach unterstellt wurde, einen Profilierungsversuch, den wir auf Grund einer uns im vereinten Deutschland drohenden Bedeutungslosigkeit angeblich nötig hätten. Weil es sich für uns nach wie vor um ein existentielles Problem handelt, ist das für uns vielmehr eine Frage der Selbstachtung und letztlich auch der Demokratiefähigkeit.

An dieser Stelle möchte ich einige Anmerkungen zu den ersten Erfahrungen mit den Akten der Staatssicherheit machen. Es ist seit der Öffnung der betroffenen Akten einige Unruhe entstanden. Hysterische

Überreaktionen sind ebenso zu bedauern wie die mitunter zu vermutende bewußte Vernebelung von Fakten. Neue Legenden entstanden, wie z. B. die von der angeblichen Steuerung der Wende durch die Stasi. Unerträglich finde ich es, wenn die Opfer von einst nunmehr zu Denunzianten erklärt werden, einige Erfüllungsgehilfen des Regimes sich dagegen ihrerseits als Opfer darstellen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Unerträglich finde ich es auch, wenn Stasitäter als Kronzeugen aufgerufen werden, um je nach Interessenlage andere zu be- oder entlasten,

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

wenn sie als glaubwürdig gelten, die von ihnen selbst angelegten Akten aber als unglaubwürdig

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

oder wenn sie sich andererseits unter Berufung auf eine ihnen von anderen Tätern auferlegte Schweigepflicht weiterhin in ihren Villen verschanzen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Die Fortsetzung der öffentlichen Auseinandersetzung darf nicht behindert werden. Jedoch sind eindeutige Feststellungen und zugleich eine sehr viel differenziertere Betrachtungsweise als bisher nötig. Nach der Durchsicht meiner mehr als 10 000 Blatt umfassenden „Sammlung“ in den letzten zehn Wochen darf ich sagen, daß das Stasi-Unterlagen-Gesetz vorerst hinreichende Voraussetzungen für die Aufarbeitung dieser Akten bietet. Es gibt keine zwingenden Gründe für eine schnelle Novellierung des Gesetzes, erst recht nicht für eine Schließung der Akten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Wichtig ist aber die vollständige Umsetzung des Gesetzes, vor allem die schnellstmögliche Einsetzung des vorgesehenen Beirats und die Schaffung der Benutzerordnung.

Auch die Gauck-Behörde hat ihre prinzipielle Eignung unter Beweis gestellt. Allerdings bedarf sie größerer Unterstützung, um die Flut der Anträge in angemessener Zeit bewältigen zu können.

Die Akten selbst sind durchaus geeignet, zur Aufklärung des gesamten Repressionsmechanismus beizutragen. Sie beschreiben nicht die ganze, aber immerhin einen Teil der Wahrheit. Es handelt sich um pedantische, meist in einer entsetzlich bürokratischen Sprache verfaßte Faktensammlungen monströsen Ausmaßes, die zu ihrer Bewertung unbedingt der Erinnerung der Betroffenen bedürfen. Erst dadurch werden sie für die Darstellung des Geschehenen verwendbar.

Unangebracht wäre es aber andererseits, die von den stalinistischen Denkschablonen der Täter geprägten Fehlinterpretationen als Fälschungen anzusehen. Die übergroße Bereitwilligkeit der vielen Helfershelfer machte ein solches Vorgehen überflüssig. Entscheidend war auch nicht die Bezeichnung als Inoffizieller Mitarbeiter, die Unterschriftenleistung oder die Annahme von Geld. Einzig entscheidend, gemäß den Intentionen der Stasi, für meine Begriffe auch entscheidend für die heutige Bewertung war die anhaltende Bereitschaft zur geheimgehaltenen Zusammenarbeit,

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie des Abg. Horst Kubatschka [SPD])

aus welchen Motiven auch immer.

Die in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit entstandenen Mißverständnisse und Spekulationen erweisen sich schon mit unserer heutigen Kenntnis als völlig unnötig. Eine Versachlichung erscheint dringend geboten. Ich habe die Hoffnung, daß die Enquete-Kommission dazu beitragen kann. Insbesondere gilt dies für die Benennung der eigentlich Verantwortlichen für die Bespitzelung und Unterdrückung. So unverzichtbar die vielen Zuträger für das Gesamtgefüge auch waren, verantwortlich für Maßnahme- und Zersetzungspläne waren die Offiziere des MfS

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

und ihre Auftraggeber in den verschiedenen Entscheidungsgremien der SED.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Entscheidungsmechanismen zur Durchsetzung des Machtmonopols der SED in allen gesellschaftlichen Bereichen harren bis heute der detaillierten Aufdeckung. Vor allem hierin sehe ich eine wesentliche Aufgabe der Kommission.

Neben der Analyse der innerparteilichen Hierarchien kommt es darauf an, die formelle und personelle Entscheidungsgewalt des SED-Apparates auf allen staatlichen Ebenen sowie in der Wirtschaft darzustellen und zu verdeutlichen, in welcher Weise sie alle gesellschaftlichen Bereiche einschloß, von den repressiven Institutionen der Staatssicherheit, der Justiz, der Polizei, der Armee, des Strafvollzugs über die Betriebe, über das Gesundheits- und Bildungswesen bis hin zum Kindergarten.

Zu untersuchen sind die Methoden der politischen Indoktrination u. a. mit Hilfe der Blockparteien, der Gewerkschaften und der Massenorganisationen. Die Abhängigkeit sämtlicher Institutionen von den Entscheidungen des SED-Apparats muß untersucht und dokumentiert werden, ebenso die besondere Rolle der Ideologie als Herrschaftsinstrument, transportiert u. a. über die Massenmedien, die Bildungseinrichtungen, den staatskonformen Kunst- und Kulturbetrieb.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Es wird vor allem auch darum gehen, die offenen und verdeckten Methoden der Repression offenzulegen. Für das Gros der Bevölkerung war die mittelbare Unterdrückung erlebbarer und wirksamer als die eher als exotisch angesehene unmittelbare Verfolgung durch Stasi und Justiz. Meist ging es nicht um die nackte Existenz, sondern um die Disziplinierung durch Gewährung kleiner Privilegien sowie durch deren Entzug. Mangelnde Anpassung wurde im allgemeinen durch ein abgestuftes System von Schikanen bestraft. Dazu gehörten beispielsweise die Verhinderung einer angemessenen Ausbildung, der Abbruch von Karrieren, Berufs- und Reiseverbote.

Nun ist festzustellen, daß sich durchaus eine Mehrheit in diesem Gefüge von Anpassung und Disziplinierung einrichtete. Wer will heute darüber richten? Zweifellos gelten in einer Diktatur andere Verhaltensnormen als in einer Demokratie.

Aber gerade, weil das so ist, wundere ich mich in diesen Tagen häufig darüber, in welcher Weise Menschen in den alten Bundesländern über eigenes Anpassungsverhalten in Extremsituationen spekulieren und wie sie daraus mitunter mehr Verständnis für die kleinen und mittleren Täter ableiten als für die Opfer.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Ich finde, das ist ein fragwürdiges Gedankenexperiment. Nicht die Selbstzweifel an der eigenen Widerstandsfähigkeit werden die Westdeutschen dazu bringen, die Ostdeutschen besser zu verstehen, sondern ganz im Gegenteil.

Das eigentliche Phänomen, das letztlich auch den Herbst 1989 ermöglichte, ist die Widerstandsfähigkeit der Ostdeutschen trotz insgesamt 56 Jahren Diktatur, auch wenn sie vorwiegend nur in Form des privaten Rückzugs oder einer mühsam verschleierte Verweigerung bestand.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Schon die uns bisher vorliegenden Stasi-Akten belegen eindrucksvoll die Vielfalt solcher Widerstandsformen bis hin zu beeindruckenden Versuchen des aufrechten Ganges.

Wir waren kein Volk von Widerständlern, aber noch weniger eines von Denunzianten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Die Akten beschreiben nicht die Allmacht der Staatssicherheit, sondern die lange Geschichte ihres Scheiterns. Schon um dieses Nachweises willen müssen sie geöffnet bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Zur Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur gehört zwingend die Darstellung ihrer Grenzen. Deshalb müssen auch das Alltagsleben, die Bedeutung der Privatsphäre, die Rolle von Individuen und Gruppen und der Umgang des einzelnen mit der Macht gezeigt werden. Die Prüfung konkreter Fallbeispiele könnte dabei den zweifellos erheblichen Aufwand minimieren. Überhaupt könnten wir uns zur Arbeitsmethodik vorstellen, daß parallel zur Analyse der hier angedeuteten grundsätzlichen Themen Untersuchungsgruppen zur Behandlung exemplarischer Vorgänge in der DDR-Geschichte gebildet werden. Damit könnte eine möglichst große Anschaulichkeit der Problemfelder erreicht werden, was die öffentliche Diskussion auch schon vor Beendigung der Arbeit der Kommission erleichtern und möglicherweise schon in einem relativ frühen Stadium der Arbeit Anregungen für das Verfahren der Gesetzgebung wie auch für die Arbeit der Justizbehörden liefern könnte.

Derartige Einzeluntersuchungen sollten sich sowohl auf die frühe DDR-Geschichte beziehen, z. B. auf die politischen Prozesse der fünfziger Jahre, die Zwangskollektivierung oder auch die Zwangsumsiedlung von Bewohnern der grenznahen Gebiete,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

als auch auf die jüngere Geschichte, z. B. die Behandlung von denjenigen, die einen Antrag auf Ausreise stellten, möglicherweise im Zusammenhang mit den

Ereignissen im Januar und Februar 1988 infolge der Luxemburg-Liebknacht-Demonstration.

Hier findet sich vielleicht schon eine Erklärung für den späteren Zusammenbruch des Regimes. Darüber hinaus würde eine große Gruppe von Menschen angesprochen, deren Handeln auf die Untrennbarkeit der Geschichte der beiden deutschen Staaten verweist, und es würde zugleich der Zusammenhang zwischen der Aufgabe der Kommission und der unmittelbaren Betroffenheit einzelner Menschen deutlich.

Soll die Arbeit der Enquete-Kommission erfolgreich sein, so müßte sie sich aus zwei essentiellen Grundvoraussetzungen entwickeln. Die erste lautet: Die Geschichte des SED-Staates ist nicht hinreichend beschreibbar, wenn sie sich vordergründig auf früheres Herrschaftswissen bezieht, sondern nur, wenn sie aus der Sicht der Betroffenen nachvollziehbar wird. Die zweite Voraussetzung: Die Arbeit der Kommission kann nicht isoliert von anderen Formen der Aufarbeitung betrieben werden. Schlußfolgerungen aus der Stasi-Akteneinsicht, wissenschaftliche Forschung, rechtsstaatliche Verfahren, die vielfältigen Formen von bürgernahen Initiativen und Foren, die Arbeit von Betroffenenverbänden und die parlamentarische Arbeit sollten aufeinander Bezug nehmen und sich ergänzen.

(Beifall des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Ich bin mir darüber im klaren, daß schon der hier nur angedeutete Katalog möglicher Aufgaben die Kapazität einer Enquete-Kommission bei weitem übersteigt. Die Überwindung parteipolitischer und eventuell noch vorhandener Ost-West-Barrieren vorausgesetzt, sollte uns jedoch eine sinnvolle Auswahl von Themen gelingen.

Meine Damen und Herren, das Vorhaben einer umfassenden Aufklärung und Erneuerung verpflichtet uns dazu, die weißen Flecken der jüngeren deutschen Geschichte so vollständig wie möglich auszufüllen und zugleich die Flecken auf den weißen Westen der Täter sichtbar zu machen. Der Deutsche Bundestag wird seinen Beitrag dazu leisten. Wenigstens dies schulden wir den Opfern, in dem schmerzlichen Bewußtsein, daß volle Gerechtigkeit für sie immer unerreichbar bleiben wird.

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit lenkt uns nicht ab von den aktuellen Aufgaben der Vollendung der deutschen Einheit, sondern schafft erst eine ihrer unabdingbaren Voraussetzungen: die Erlangung des inneren Friedens.

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Präsident Dr. Rita Süßmuth: Das Wort zu einer Kurzintervention hat nach der ersten Runde der Abgeordnete Duve.

Freimut Duve (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich

beziehe mich auf die Intervention des Herrn Bundeskanzlers und auf den Zorn, den ich mir während seiner Rede anscheinend zugezogen habe.

(Zuruf von der CDU/CSU: Zu Recht!)

– Hören Sie mir doch bitte zu.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Hätten Sie zugehört, hätten Sie auch keinen Zorn gehabt!)

Es hat 1982/83 keine Wende in der Deutschlandpolitik gegeben.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Legende!)

Wir Deutschen können dankbar dafür sein, daß es diese Wende nicht gegeben hat.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Noch eine Legende!)

Wir haben großen Respekt davor gehabt, daß Sie sich in die Kontinuität der Deutschlandpolitik Willy Brandts gestellt haben. Das war für uns alle sehr wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Fragestellung galt mein Zwischenruf, obwohl ich gesagt habe: Und Sie standen, Herr Bundeskanzler, damit in der Tradition Willy Brandts. – Wir haben großen Respekt gehabt, meine Kollegen von der Union, für den Weg, den Sie von der Ablehnung Helsinkis zu dieser Kontinuität zurückgelegt haben. Davor haben wir Respekt. Dieser Respekt bleibt auch. Aber wir haben keinen Respekt vor Versuchen, Geschichte jetzt umdeuten zu wollen. Das würde uns allen schaden.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dr. Wolfgang Schäuble.

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde auf die Kurzintervention des Kollegen Duve bei passender Gelegenheit noch eingehen.

(Zuruf von der SPD: Das war ja zu erwarten!)

– Dafür führen wir ja Debatten, damit wir auf das eingehen, was der Vorredner sagt. Wenn Sie das nicht wollen, sollten Sie eigentlich parlamentarische Debatten nicht führen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Lassen Sie mich an der Stelle nur eines sagen, Herr Kollege Duve. Es gibt vielleicht schon einen Unterschied, nämlich den, daß die Union an dem Ziel der Einheit in Frieden und Freiheit in diesen 40 Jahren, auch in den 80er Jahren, festgehalten hat

(Beifall bei der CDU/CSU)

und daß dieses nicht bei allen Mitgliedern Ihrer Partei und Ihrer Fraktion in

gleicher Weise der Fall gewesen ist, um eine sehr zurückhaltende Formulierung zu gebrauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Herr Schäuble, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Zuruf von der CDU/CSU: Er hat nachher noch Redezeit!)

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU): Herr Kollege Schmude, bitte sehr.

Dr. Jürgen Schmude (SPD): Vielen Dank, Herr Schäuble. Würden Sie denn wenigstens zugestehen, daß bei allen Mitgliedern der SPD und ihrer Fraktion Übereinstimmung darin bestand, daß wir die Deutschen in beiden getrennten Staaten immer mehr zusammenführen, daß wir das weitere Umsichgreifen der Teilung und Trennung nicht zulassen durften und daß wir an der einheitlichen deutschen Nation als einer politischen Lebenswirklichkeit festhalten und diese stärken mußten? Würden Sie das bitte zugestehen?

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU): Herr Kollege Schmude, das ist wahr, aber es ist nicht die ganze Wahrheit. Sie haben eben auch die eine deutsche Staatsangehörigkeit zur Disposition gestellt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie haben die Wiedervereinigung als Lebenslüge erklärt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie haben nach der Öffnung der Mauer gesagt, man solle jetzt nicht von Einheit und solchem reden,

(Beifall bei der CDU/CSU)

auch nicht von der Hauptstadt Berlin. Deswegen ist die ganze Wahrheit eben komplizierter, als sie sich in Ihrer Zwischenfrage erschließt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr wahr!)

Aber, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich würde gerne dafür werben, daß wir diese Debatte nicht nur im Sinne einer Fortsetzung unserer westdeutschen politischen Auseinandersetzungen führen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Wolfgang Thierse [SPD]: Das machen Sie! – Abg. Dr. Jürgen Schmude [SPD] meldet sich zu einer weiteren Zwischenfrage)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Herr Schäuble, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU): Nein, Frau Präsidentin, ich möchte im Augenblick zum Thema kommen. Aber ich bitte doch, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, sich nicht darüber zu beklagen, daß ich auf das eingehe, was der Kollege Brandt und was der Kollege Duve hier gesagt haben. Das muß wohl noch möglich sein.

Gleichwohl finde ich, daß wir uns bewußt sein müssen, daß wir diese Debatte in einer Zeit führen, in der vielfältige Verletzungen spürbarer werden als zuvor, Verletzungen aus eben diesen 40 Jahren totalitärem Sozialismus und Teilung und auch als Folge des schnellen Wechsels zur Einheit, zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Sozialer Marktwirtschaft, wie wir sie in diesen 40 Jahren im Westen entwickelt haben.

Bei den Diskussionen, die sich aus dem Zugang zu den Stasi-Akten ergeben, zerfließen die Grenzen zwischen Tätern und Opfern. Während auf der einen Seite das System der Stasi-Bespitzelung in seiner konkreten menschlichen Ausformung immer bedrückender sichtbar wird, wächst auf der anderen Seite auch die Einsicht, daß nicht jeder Kontakt mit dem System schon zu einer Stigmatisierung führen darf und daß die Motive und Zwänge zu solchen Kontakten vielfältig waren und eben die ganze Skala zwischen Edelmut und Niedertracht ausfüllen konnten.

Mich bewegt übrigens auch die Sorge, daß bei der medienwirksamen Konzentration auf einige wenige Personen, auf einige wenige Fälle von Opfern und Tätern sich eine Mehrheit vor allem der Menschen in den östlichen Bundesländern zunehmend unbeachtet, in ihrem persönlichen Schicksal vergessen sehen könnte, über 40 Jahre ausweglos unter einem totalitären System gelebt zu haben, in dem Bestreben, das Beste daraus zu machen, unter dem Zwang, sich anzupassen, für die eigene Lebensplanung oder für die Zukunftsperspektiven der Kinder Kompromisse einzugehen, aber eben auch in dem Willen, so anständig zu bleiben, wie es uns Menschen allgemein gegeben und möglich ist.

Gerät nicht über diesem Schicksal einiger weniger, die jetzt im Vordergrund öffentlicher Aufmerksamkeit stehen, das Schicksal der vielen anderen zunehmend in Vergessenheit, die zumal in den ersten Jahren und Jahrzehnten unter der SED-Diktatur im Osten Deutschlands zu leiden hatten? Ich meine das Schicksal z. B. derer, die zwangsweise umgesiedelt, zwangsweise enteignet wurden, das Schicksal der Bauern, die in die LPGs gepreßt wurden, das Schicksal der zwangskollektivierten Gewerbetreibenden und Handwerker in den Städten. Wie viele Hausbesitzer wurden auf kaltem Wege enteignet, indem man ihnen systematisch die Mittel vorenthielt, um ihr Eigentum instand halten zu können! Wie vielen Menschen hat das SED-Regime die Möglichkeit genommen, sich ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen einzurichten, indem es ihnen etwa die gewünschte Ausbildung, den gewünschten Beruf reglementierte oder verweigerte! Wie vielen Menschen hat dieser Zwangsstaat das Recht genommen, sich frei zu ihrer Konfession zu bekennen und danach zu leben!

Deshalb dürfen nach meiner Überzeugung über den noch so spektakulären Einzelschicksalen die nach Hunderttausenden zählenden Fälle der Unterdrückung, Benachteiligung und Diffamierung nicht vergessen werden, die sich

im täglichen Leben abspielten, das Hundertausendfache alltägliche Unrecht unter diesem Regime.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wird denn die Diskussion zwischen denen, die die damalige DDR vor dem Mauerbau 1961 und wieder zunehmend in den 80er Jahren verlassen haben, und denen, die blieben, wirklich geführt – eine Diskussion, von der jeder weiß, wie notwendig sie ist, der sich noch erinnert, wie viele zwischen Gehen und Bleiben schwankten oder sich Vorwürfe machten oder machen lassen mußten, weil sie die Chance vor dem Mauerbau nicht genutzt hatten?

Manche Diskussion, die derzeit scheinbar zwischen Ost und West geführt wird, ist in Wahrheit Auseinandersetzung zwischen Menschen, die gingen, und Menschen, die blieben.

Schon deshalb darf diese Debatte nicht nur zwischen den Deutschen im Osten geführt werden, obwohl ich Ihnen, Herr Kollege Poppe zustimme, daß Sie sich in dieser Debatte natürlich besonders engagieren müssen. Ich nehme an, daß Sie selber sagen müssen, daß Sie es mit mir zusammen als einen Skandal empfinden, daß während Ihrer Rede, Herr Kollege Poppe, nicht einmal ein einziges Mitglied der Gruppe Bündnis 90 bei dieser Debatte anwesend gewesen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das hat mit dem Anspruch Ihrer Kolleginnen und Kollegen nichts mehr zu tun. Auch das muß hier ausgesprochen werden, weil es zur Wahrheit gehört.

(Gerd Poppe [Bündnis 90/GRÜNE]: In der nächsten Legislaturperiode werden wir mehr sein!)

– Ja gut, aber auf diese Weise werden Sie nicht mehr, sondern überhaupt nicht mehr dasein; denn nur reden und überhaupt keinen mehr zum Zuhören zu stellen geht in parlamentarischen Debatten auch nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Jedenfalls müssen auch wir im Westen uns an dieser Debatte beteiligen, weil wir ebenfalls betroffen sind. Die Teilung war unser gemeinsames Schicksal. So einfach konnte sich keiner selbst aussuchen, ob er in Freiheit oder Unfreiheit zu leben hatte. Es ist unsere gemeinsame Vergangenheit, um die wir uns gemeinsam mühen, unsere gemeinsame Last, unsere gemeinsame Verantwortung. Nur wenn wir das begreifen und uns danach verhalten, wird aus dieser Diskussion auch Einheit wachsen.

Wir wollen eine sachbezogene Aufarbeitung dieser Vergangenheit, nicht die Jagd nach Enthüllungen. Nicht die DDR als Skandalgeschichte soll im Vordergrund stehen, sondern die systematische Aufarbeitung, Aufklärung der Zusammenhänge der ehemaligen DDR und ihre Auswirkungen auf Personen,

gesellschaftliche Organisationen, das Staatsgefüge

und auf die innerdeutschen und internationalen Beziehungen.

Es scheint ja, als würde derzeit das Ausmaß von Elend und Unterdrückung erst richtig sichtbar: die Perfektion des Bespitzelungssystems, der Mißbrauch der Psychiatrie, um Unliebsame zu vernichten, Zwangsumsiedlungen, Zwangsdoptionen, die menschenverachtende Behandlung von Frühgeburten oder die Todestrakte in Bautzen, um nur einige der Perversionen eines der Menschenwürde des Individuums nicht verpflichteten Systems zu nennen.

Aber sind alle diese schrecklichen Erkenntnisse wirklich so neu? Hatten wir das meiste nicht wenigstens in Umrissen auch schon in früheren Jahren gehört und wissen können, wenn wir es denn wissen und glauben wollten? Ist es vielleicht also so, daß manches an Wahrheiten in den letzten Jahren und Jahrzehnten zunehmend verdrängt wurde, und zwar in beiden Teilen Deutschlands gleichermaßen?

(Dieter Wiefelspütz [SPD]: Vorsichtig ausgedrückt!)

Verdrängt, vielleicht weil in den 70er und 80er Jahren die Scheußlichkeiten nach Zahl und Brutalität tatsächlich weniger wurden, wie überhaupt in der öffentlichen Diskussion vielleicht die 80er Jahre zu einseitig im Vordergrund stehen, obwohl die größeren Verletzungen ja schon lange zuvor zugefügt wurden? Aber verdrängt vielleicht auch, weil es unbequem, inopportun war, die Scheußlichkeiten zur Kenntnis zu nehmen, auszusprechen, weil von innen wie von außen der Versuch unternommen wurde, auf Besserung der Verhältnisse hinzuwirken?

Dazu gab es ja kaum eine verantwortbare Alternative, solange jedenfalls Teilung und totalitärer Sozialismus auf Grund der weltpolitischen Konstellation einstweilen unabänderlich zu sein schien. Aber es könnte schon sein, daß dabei diejenigen, die immer noch auf menschenverachtendes Unrecht hinwiesen, leiser oder weniger gehört wurden.

Deshalb gilt es um so mehr, sorgfältig und wahrhaftig zu prüfen und vor allzu eilfertiger Überheblichkeit zu warnen. Ich will einige Bemerkungen dazu beitragen: Einmal zu den Wirkungen, die von der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland ausgingen, weil wir uns ja auch mit den wechselseitigen Einflüssen im geteilten Deutschland beschäftigen, und zum anderen zu der jetzt intensiv diskutierten Rolle der Kirchen.

Die Politik der Bundesregierung, für die ich von 1984 bis 1989 als für die deutsch-deutschen Beziehungen zuständiger Chef des Kanzleramtes Verantwortung tragen durfte, war, die Folgen der Teilung zu lindern, Verbindungen im geteilten Deutschland aufrecht zu erhalten, möglichst viele Begegnungen zwischen Menschen aus beiden Teilen Deutschlands zu ermöglichen. Das konnte nur in Zusammenarbeit mit denen erreicht werden, die für die Men-

schen in der damaligen DDR Verantwortung trugen, und das bleibt meines Erachtens auch aus heutiger Sicht im Ziel wie in der Methode richtig.

Das war übrigens auch außergewöhnlich erfolgreich, wenn ab Mitte der 80er Jahre – ausgehend von den Gesprächen des Bundeskanzlers Kohl, die er im März 1985 beim Amtsantritt Gorbatschows in Moskau mit Honecker führte, übrigens umgesetzt in meinen Verhandlungen mit Schalck-Golodkowski – statt ein paar tausend jüngerer Menschen jedes Jahr Millionen aus der damaligen DDR zum Besuch der Bundesrepublik Deutschland reisen konnten. Was das am Ende zum Wandel in der damaligen DDR im Herbst 1989 und zur Einheit Deutschlands beigetragen hat, sollte gewiß auch nicht so leicht unterschätzt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dem entsprach im Prinzip auch vieles an den Bemühungen, insbesondere in der evangelischen Kirche. Sie war von Teilung und totalitärem Sozialismus – und ist es sinngemäß auch in der aktuellen Diskussion – stärker betroffen, als die katholische Kirche, die in ihrer Diasporasituation leichter abgrenzbar war, für sich selbst wie für das totalitäre System. Ich will mir mein Urteil über die unterschiedliche Rolle und Betroffenheit beider Kirchen nicht anmaßen. Aber wer sich damit beschäftigt, darf gewiß nicht übersehen, daß die evangelische Kirche schon wegen der konfessionellen Grundstruktur mehr Kontakte im geteilten Deutschland aufrechterhielt, was Dienst an der Einheit war und bleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Die evangelische Kirche schuf auch Freiräume für viele, die nicht immer nur aus Glaubensgründen solche Freiräume bei der Kirche suchten. Daß damit die Gefahr wechselseitiger Ansteckung zwischen Kirche und sozialistischem System größer war, ist wohl auch kaum zu bestreiten, aber das galt eben in beiden Richtungen. Jedenfalls haben das auch die Machthaber der damaligen DDR so gesehen. Deshalb war die evangelische Kirche mehr als andere Objekt von Infiltration und Bespitzelung.

Für jeden, der sich an einer solchen Politik beteiligte – ob er nun aus dem Westen oder aus der DDR kam –, war das immer eine Gratwanderung, vielleicht zwischen Wandel und Annäherung. So wird sich jeder prüfen müssen, ob die notwendige Balance auch immer eingehalten wurde, ob insbesondere die grundsätzlichen Unterschiede im Werteverständnis wie im Ziel hinreichend deutlich bewußt blieben, wenn man sich mit den Mächtigen des sozialistischen Systems einließ, um eine mißliche Lage zu verbessern, solange man sie denn nicht grundsätzlich beseitigen konnte, ob man sich mit Teilung und Sozialismus nicht doch abgefunden hatte, ob der Wunsch, Linderung für die Opfer zu erreichen, bestimmend blieb oder ob diejenigen, die vom Regime verfolgt wurden, nicht eher als störend, lästig empfunden wurden.

Ich habe z. B. die Prozessionen westdeutscher Politiker zu Honecker, etwa anlässlich der Leipziger Messe, immer eher als peinlich empfunden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch bei dem Empfang für den Volkskammerpräsidenten Sindermann war es mir der Ehre eher zuviel. Umgekehrt habe ich dem Bundeskanzler Helmut Kohl geraten, Honecker im September 1987 so zu empfangen, wie es geschah.

Ich kann auch heute die Gefühle der Resignation und der Verbitterung vieler Opfer des SED-Unrechtsregimes gerade in jenen Tagen gut verstehen. Ich bleibe dabei, daß dies in der Abwägung aller Gesichtspunkte pro und kontra richtig war, etwa weil mit Honeckers Besuch die Öffnung im Reiseverkehr unumkehrbar wurde oder weil als Gegengewicht zu Fahne und Hymne eben jene auch im Fernsehen der DDR live übertragene unvergeßliche Rede Helmut Kohls stand.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Schonungsloseres zum Unrecht von Teilung und Unterdrückung mußte sich Honecker bis zu seinem Sturz niemals anhören.

Die Regierung Kohl jedenfalls hielt am Ziel der Einheit in Freiheit fest, auch wenn sie dafür als reaktionär gescholten wurde. Über die Geraer Forderungen war mit uns nicht zu verhandeln. Wir waren in den Grundsatzpositionen unverrückbar fest. Vielleicht haben wir gerade deshalb in der praktischen Zusammenarbeit mehr erreicht, als es andere und als es insbesondere viele Sozialdemokraten für möglich hielten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die SPD jedenfalls muß sich fragen, was aus Deutschland geworden wäre, wenn wir eine eigene DDR-Staatsangehörigkeit akzeptiert hätten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Oder wie wollen Sie den Opfern des SED-Unrechts heute erklären, daß sich sozialdemokratisch regierte Bundesländer seit Januar 1988 an den Kosten für die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter nicht mehr beteiligt haben?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Sie reden immer von anderen Zeiten, aber Sie haben in der Endphase der Geschichte der DDR die größten Fehler in Ihrer Deutschlandpolitik gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will hier wirklich keine parteipolitische Auseinandersetzung führen.

(Lachen bei der SPD)

Nur, wenn wir uns unter dem Gebot der Wahrheit bezüglich der Geschichte von Teilung und SED-Unrecht beschimpfen, dann kann man die Unterschiede nicht so wegwischen; denn das ist gelogen und nicht die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Aufarbeitung der Geschichte von SED-Diktatur und Teilung ist nötig, um Wirkungszusammenhänge zu verstehen, Verhaltensweisen zu bewerten, Maßstäbe zu finden und vor allem auch um Verantwortlichkeiten und Betroffenheiten offenzulegen. Das Unrecht von über 40 Jahren kann nicht oder allenfalls nur sehr unvollkommen wiedergutmacht werden.

Aber die Feststellung von Unrecht, Opfer und Verantwortung kann immerhin heilsam wirken. Vielleicht wird so auch das Verständnis wachsen oder erhalten werden, wie unter den Bedingungen von totalitärem Sozialismus und Teilung die Menschen in Deutschland lebten: zwischen Anpassung und Widerstand in Zeiten weltpolitischer Konfrontation und in Zeiten der Entspannung. Die Einsicht, wie man sich damit in Ost und in West arrangiert hat, kann auch Gemeinschaft stiften, kann helfen, die Teilung zu überwinden.

Auch die Justiz, die Strafgerichtsbarkeit, muß ihren Beitrag zur Aufarbeitung leisten. Allerdings wissen wir und müssen immer wieder sagen, daß die Möglichkeiten im Rechtsstaat sehr begrenzt sind, mehr jedenfalls, als die Opfer von Unrecht und Unterdrückung verstehen können. Aber so wie die Grenzen des Rechtsstaats unbedingt einzuhalten sind, so müssen auch die Möglichkeiten innerhalb dieser Grenzen ausgeschöpft werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Da Strafverfolgung nach dem Grundgesetz grundsätzlich Ländersache ist, finde ich nicht in Ordnung, wie sich die Bundesländer insgesamt bei der Verfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität verweigern bzw. wie sie das mit dieser Aufgabe allein überforderte Land Berlin im Stich lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zu dem Ausschöpfen der rechtsstaatlichen Grenzen gehört für mich auch, daß wir gesetzgeberisch klarstellen, daß die Verjährung der Strafverfolgung von SED-Unrecht gehemmt war, solange eine Verfolgung während des Bestehens der DDR praktisch nicht stattfand.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Der Prozeß der politischen wie der strafrechtlichen Aufarbeitung des SED-Unrechts ist zusätzlich kompliziert wegen des historisch ganz einzigartigen Prozesses, in dem SED-Regime und Teilung überwunden wurden: von der Fluchtbewegung über Ungarn und der CSFR zu den massenhaften Protestkundgebungen, die zunächst teilweise auch als Alternative zur Massenflucht verstanden wurden, zur Einsicht in die Unhaltbarkeit der Situation in der herrschenden SED mit dem Sturz Honeckers und dem Übergang zu Krenz und Modrow, wobei ersterer eine Episode blieb und aus letzterem eine Übergangsregierung bis zu den freien Wahlen am 18. März wurde, nach denen dann die erste und einzige demokratisch legitimierte Volksvertretung der ehemaligen DDR nicht etwa die alte Ordnung mit einem Federstrich für

null und nichtig erklärte, sondern sich schrittweise an ihre Änderung machte. Einen eigentlich revolutionären Akt hat es auf diesem Weg nicht gegeben. Das ist nicht zu kritisieren, weil der Weg zu Einheit und Freiheit nur so unblutig und wahrscheinlich überhaupt nur so gelingen konnte.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der SPD)

Aber die Beschäftigung mit der Vergangenheit wird schwieriger, wenn sich der Übergang so fließend vollzogen hat, daß schon deshalb ein einfacher Schlußstrich nicht gezogen werden kann. Das schafft gewiß auch zusätzliche Konflikte. Nicht jeder in Deutschland kann so einfach ertragen, daß etwa den Hauptrepräsentanten des früheren Unrechtsregimes heute im wesentlichen der Prozeß nur wegen Veruntreuung von SED-Vermögen gemacht werden soll

(Peter Conradi [SPD]: Nicht einmal das!)

oder auch daß etwa Herr Modrow im frei gewählten Parlament des vereinten Deutschlands sitzt,

(Peter Conradi [SPD]: Ihr Briefpartner!)

oder gar ein Vertreter der PDS im Brandenburgischen Landtag Vorsitzender des Untersuchungsausschusses in Sachen Stolpe ist.

(Freimut Duve [SPD]: Oder Herr Schalck am Tegernsee weilt!)

– Für das Verfahren gegen Herrn Schalck-Golodkowski ist die Staatsanwaltschaft im Lande Berlin zuständig.

(Peter Conradi [SPD]: Geben Sie Ihren Brief heraus!)

Ich verweise Sie auf die Aussagen der Frau Justizsenatorin Limbach, SPD. – Im übrigen zeigen Ihre Zwischenrufe nur, daß Ihnen an einer ernsthaften Erörterung der Probleme nicht sehr gelegen ist, daß Sie sie eher fürchten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich jedenfalls frage mich, wie es auf viele Menschen wirken muß, wenn im Brandenburgischen Landtag im Untersuchungsausschuß in Sache Stolpe ein Mitglied der PDS Vorsitzender ist.

Ich habe den historischen Ablauf gelegentlich als unvollendete Revolution bezeichnet. Man könnte auch sagen: unvollkommene Revolution. Zu den damit verbundenen Verwerfungen gehört auch, daß der Umschwung seit Herbst 1989 zumindest nach eigenem Verständnis und in der Wahrnehmung der Medien wesentlich von vielen mitgestaltet wurde, die sich zuvor nicht unbedingt im Widerstand oder in fundamentaler Opposition zu Sozialismus und Teilung befunden hatten.

Ich habe den Konflikt zwischen Bleiben und Gehen, den viele Menschen in der früheren DDR aushalten mußten, schon erwähnt. Manche, die geblieben waren und sich im Herbst 1989 engagierten, hingen an der Eigenstaatlichkeit der DDR, glaubten an die Reformierbarkeit von Sozialismus und DDR. Das

gab es übrigens in Ost wie in West gleichermaßen. Der Kollege Brandt hätte dies natürlich auch erwähnen müssen.

Sie waren dann überrascht, wie schnell aus dem Streben nach Reformen und Freiheit auch der unwiderstehliche Wunsch nach Einheit wurde, wie sich der Satz „Wir sind das Volk“ in den Ruf „Wir sind ein Volk“ weiterentwickelte und wie sich in den ersten freien Wahlen am 18. März 1990 eine klare Mehrheit für die Grundzüge der im Westen entwickelten Ordnung entschied. Ich habe für solche Betroffenheit auch Verständnis, finde aber, daß, wer sich für Reformen in der damaligen DDR engagierte, als die Zeit reif schien, deswegen noch nicht einen Monopolanpruch auf Widerstand und Verfolgung hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Auch die Wende selbst im Herbst 1989 ist in der damaligen DDR nicht nur von der Bürgerbewegung erzwungen worden, sondern hat gewiß auch viel mit der Übersiedlungswelle und damit auch mit unserer Politik des Offenhaltens und der Nichtausgrenzung zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das alles schafft Verletzungen und macht den Prozeß der Aufarbeitung so schwer, wobei umgekehrt auch hinzugehört, daß mit dem schnellen Wandel und der Herstellung staatlicher Einheit die Sache noch nicht erledigt ist, sondern die Bereitschaft, die Teilung zu überwinden, von uns allen, in Ost wie in West, fortdauernd gefordert wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Noch stehen wir bei der Aufgabe, Unrecht und Teilung zu überwinden, eher am Anfang. Deshalb gilt es zunächst, auch für die Enquete-Kommission, die richtigen Fragen zu stellen.

Einiges lehren uns die Erfahrungen der letzten Jahre schon heute: Gebrauchte Menschen, wie Lothar de Maizière gesagt hat, im Sinne unserer Vergangenheit sind wir alle, in Ost wie in West.

Schon deshalb war übrigens die Blockflöten-Diskussion, wie sie von vielen Linken ab 1990 geführt wurde, voreilig, überheblich, ungerecht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Das Nachdenkliche, was der Kollege Willy Brandt zu den Mitgliedern der SED gesagt hat, steht ja schon in einem schrecklichen Gegensatz zu den Reden, die die Sozialdemokraten im Jahre 1990 und im Jahre 1991 in diesem Hause gehalten haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist schwer erträglich für uns.

Wenn Sie manches an unseren Äußerungen beschwert, überlegen Sie sich doch einmal die Widersprüche zwischen dem, was der Nachfolger von Willy Brandt als Parteivorsitzender der SPD von diesem Pult aus in den letzten Jahren zu

der Blockflöten-Diskussion beigetragen hat, und dem, was Willy Brandt heute zu den Mitgliedern der SED gesagt hat. Schwer zu ertragen für Ihre Partner in parlamentarischen Auseinandersetzungen!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Eine Zeitlang konnte man aus Ihren Reden fast den Eindruck gewinnen, als wären für das Unrecht in der früheren DDR nur die sogenannten Blockparteien verantwortlich, allenfalls noch die Politik der Regierung Kohl.

(Wolfgang Thierse [SPD]: Hat ja nie jemand behauptet!)

– Aber Herr Thierse, Sie waren noch gar nicht hier, als schon so geredet worden ist. Es wurde kaum noch erwähnt – Herr Vogel hat es nicht erwähnt –, daß es die SED war. Und davon, welche Rolle viele SPD-Funktionäre und -Mitglieder aus Ost und West bei der Vereinigung von SPD und KPD 1946 auch aus freien Stücken spielten, ist in jener Blockparteien-Diskussion überhaupt nicht mehr die Rede gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wieviel Entmutigung

(Peter Conradi [SPD]: Eine Beleidigung der Opfer ist das!)

– Herr Kollege Conradi, hören Sie einmal zu; denken Sie mal an die Opfer –

(Zuruf des Abg. Wolfgang Thierse [SPD] – Freimut Duve [SPD]: Sie sprechen von Stil! – Günter Rixe [SPD]: Er hat doch keinen Stil!)

wieviel Entmutigung, Herr Thierse, mag es für die Menschen in der damaligen DDR bedeutet haben

(Weitere Zurufe von der SPD)

– ich sage es so lange, bis Sie zuhören –, daß der Sozialismus in der DDR im Westen in manchen politischen wie in vielen sogenannten intellektuellen Kreisen so viel verständnisvolle Sympathie fand.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Zu den Erfahrungen der letzten Zeit gehört auch, daß sich keiner leicht der Eigengesetzlichkeit unserer westlichen Medienwelt entzieht, die ja Verführung genauso wie grausame Betroffenheit beinhalten kann. Manche, die heute bitter darüber klagen, haben gestern noch sehr den Glanz von Kameras und Schlagzeilen genossen. Deshalb ist es unwahr, wenn jetzt in der Debatte über die Stasi-Akten behauptet wird, der Westen walze den Osten platt.

(Freimut Duve [SPD]: Jedenfalls ist Ihre Rede eine schwere Belastung für die Arbeit der Kommission!)

Es waren Vertreter aus der früheren DDR schon vor dem 3. Oktober 1990 und aus den ostdeutschen Bundesländern danach selbst, die die Öffnung der Akten am entschiedensten forderten, auch gegen manche Mahnung aus dem Westen, daß daraus neue Verletzungen entstehen müssen.

Wir brauchen mehr Ehrlichkeit und weniger Verdrängung, und wir brauchen faire Maßstäbe.

(Peter Conradi [SPD]: Weniger Verdrehung!)

– Herr Duve, Sie machen – –

(Freimut Duve [SPD]: Das war ich nicht! Wir sind über 200 Kollegen!)

– Dann war es Herr Conradi. Aber Sie machen jetzt schon wieder einen Zwischenruf. Sie haben sich vorhin beklagt, daß man Ihnen nicht so genau zuhöre. Meine Sorge ist, daß Sie überhaupt nicht zuhören, weil Sie ständig nur reden. Aber sei es drum.

Ich sage jedenfalls: Wir brauchen faire Maßstäbe.

(Beifall des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Wer über de Maizière mit Häme herzog, tut sich heute bei Stolpe schwer.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Freimut Duve [SPD]: Wer hat denn de Maizière fallenlassen?)

– Sie schreien immer, wenn es weh tut. Deswegen schreien Sie ruhig laut, damit wir auch wissen, daß Sie getroffen sind.

Wer sich in der ehemaligen DDR zurecht fand, muß mit Fundamentalkritik gegen die unter dem Grundgesetz gewachsene Freiheitsordnung behutsam sein, wenn er nicht die Frage riskieren will, ob er sich mit Teilung und Sozialismus doch besser abgefunden hatte als mit Einheit und Freiheit.

(Dr. Wolfgang Bötsch [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wem es um Demokratie und Freiheit geht, der muß den Willen der Mehrheit zur Einheit, auch zur schnellen Einheit, respektieren.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Herr Kollege Schäuble, würden Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Ullmann gestatten?

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU): Bitte sehr.

Dr. Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/GRÜNE): Herr Schäuble, sind Sie der Meinung, daß Ihre Darstellung der Rolle von Herrn de Maizière in Ihrem Buch über den Vereinigungsprozeß fair ist?

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU): Ja, ich denke, daß ich mich in meinem Buch nach besten Kräften, die mir zur Verfügung und zu Gebote standen, bemüht habe, meinen Freund Lothar de Maizière in seiner Rolle und auch in seinen Widersprüchen, denen wir alle ausgesetzt sind, fair zu würdigen.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Deshalb mußte er als stellvertretender Parteivorsitzender gehen!)

Ich finde auch, daß derjenige, der für die Aufarbeitung von Unrecht und für Wiedergutmachung steht, nicht nur an die Oppositionellen der 80er Jahre denken darf, sondern daß er auch an die Opfer seit 1945 denken muß,

gleichgültig, ob sie heute im Westen oder im Osten leben, wenn sie denn überhaupt noch leben.

Die Enquete-Kommission kann einen Beitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit leisten. 40 Jahre totalitärer Sozialismus und Teilung haben tiefe Wunden geschlagen. Wenn die Debatte über die Vergangenheit Nachdenklichkeit und Verständnis fördert, kann sie auch über alle Betroffenen Heilung schaffen.

Lew Kopelew schreibt in der Schlußbetrachtung seines Buches „Und schuf mir einen Götzen“ die folgenden Sätze:

Der Vergangenheit kann man nicht entinnen, und dazu ist es nötig, sich zu erinnern, an alles zu erinnern, was mit uns, mit unserem Land, mit der Welt geschehen ist, nichts zu verbergen, nichts zu unterschlagen, immer wieder aufs neue Zurückliegendes und kürzlich Geschehenes überdenken.

In der Zukunft blüht die Vergangenheit, in der Vergangenheit reift die Zukunft, schreibt Anna Achmatowa. Darauf hoffe auch ich, auf die heilsamen Kräfte des Gedächtnisses.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Das Wort hat nun der Kollege Markus Meckel.

Markus Meckel (SPD): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was wir hier eben erlebt haben, zeigt, wie schwierig das ist, was wir vorhaben. Ich bin beschämt über die Diskussion der letzten Minuten. Viele große Erwartungen der Menschen im Osten unseres Landes sind mit dieser Kommission und mit dem verbunden, was hier auch im Bundestag geschehen soll. Ich hoffe, daß das, was wir dann tun werden, an die beiden ersten Redner der heutigen Debatte anknüpft

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

und zur Klärung, zur wirklichen Differenzierung und zu fairen Maßstäben führt. Denn mit dem, was wir heute beginnen wollen, stellen wir uns eine Aufgabe, die für ein Parlament bisher wohl ohne Vergleich ist. Die Aufarbeitung der eigenen Geschichte ist eine Aufgabe, die wir in Deutschland nicht zum erstenmal haben, der sich ein deutsches Parlament in dieser Weise aber zum erstenmal stellt.

Das gesamtdeutsche Parlament versucht, seinen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR als eines Teils der deutschen Geschichte zu leisten. Es macht damit deutlich, daß es eine Geschichte ist, die uns alle angeht.

In wie unterschiedlicher Weise dies der Fall ist, zeigt auch diese Debatte.

Die Aufarbeitung dieser Geschichte ist eine gesamtdeutsche Verantwortung und muß deshalb gemeinsam geschehen. Diese zweite deutsche Diktatur betrifft uns in Deutschland eben alle; Rainer Eppelmann hat dies eindrücklich

dargestellt. Wir Deutsche sind zumindest in der Weise alle Betroffene, als es an uns allen gemeinsam ist, mit dieser Geschichte fertigzuwerden.

Ich bin davon überzeugt, daß da, wo es uns gelingt, wirklich zu Differenzierungen zu kommen, alle ausgestreckten Zeigefinger wieder in der Hand verschwinden werden.

Wer selber in der DDR gelebt hat, hat natürlich ein ganz besonderes Verhältnis zu dieser Geschichte. Sie hat unseren Lebensweg geprägt, so geprägt, daß ich eine Frau im Herbst 1989 habe sagen hören, sie habe 40 Jahre umsonst gelebt. Mich hat dieses Wort zutiefst erschreckt, sagt es doch so viel über die vergangene Gesellschaft, aber auch über die Menschen, die so etwas sagen können.

Es ist viel Unrecht geschehen, Unrecht, durch das allein sich dieser menschenentmündigende Staat so lange halten konnte. Die Opfer dieses Unrechts fordern heute Gerechtigkeit. Wir stehen vor vielen Fragen, die wir heute noch nicht beantworten können. Diese Kommission wird intensiv an ihnen arbeiten müssen.

Deutlich aber ist: Die Art und Weise, wie wir mit diesem Unrecht umgehen, wie es uns gelingt, diese Geschichte zu verarbeiten, hat für viele Menschen im Osten Deutschlands direkte Auswirkungen auf ihr Vertrauen in die Demokratie.

(Beifall bei der SPD sowie des Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann [Bündnis 90/GRÜNE])

Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist Verantwortung für die Opfer der Vergangenheit und für die Zukunft der Demokratie. Heute sind viele Menschen enttäuscht. Sie hatten von einem Rechtsstaat erwartet, daß diejenigen, die für das Unrecht der vergangenen Jahrzehnte verantwortlich sind, für dieses Unrecht vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden. Es ist ja wirklich ein Skandal, daß bisher kaum einer der Hauptverantwortlichen wegen dieser Schuld vor Gericht steht, während die Handlanger und Befehlsempfänger die Strafe trifft.

Es ist für viele schwer zu lernen, daß es in einem Rechtsstaat keine Strafe ohne Gesetz geben kann, daß bis zum Beweis der individuellen Schuld von der Unschuld auszugehen ist. Jetzt haben die – so sagen viele –, die kein Recht kannten und es verdrehten, die ihr Interesse zum Recht erklärten, den Nutzen von dieser strengen Rechtsauslegung.

Das ist richtig; man kann es verstehen. Andererseits gehört das nun einmal zu den festen Prinzipien der so lange ersehnten Rechtsstaatlichkeit und darf nicht aufgegeben werden.

Und doch stellen sich Fragen, die weiter diskutiert werden müssen. Es kann doch wohl nicht sein, daß ein Diktator zu Beginn seiner Herrschaft nur

alles Recht außer Kraft zu setzen braucht, um dann für nichts mehr zur Verantwortung gezogen werden zu können.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Die Diskussion muß geführt werden, welches Recht hier eigentlich angewendet werden kann und muß, um Recht zu schaffen. Doch es ist wichtig, zu betonen: Diese Kommission kann und sollte zwar ein Forum auch für diese Diskussion sein und sie voranzutreiben versuchen; die juristische Aufarbeitung der Vergangenheit aber ist ihre Aufgabe nicht. Hier muß es bei der klaren Unterscheidung zwischen Parlament und Justiz bleiben.

Unsere Aufgabe ist die politische Aufarbeitung dieser Vergangenheit. In den letzten Monaten ist viel darüber gestritten und nachgedacht worden, wie sie geschehen kann. Mir sind dabei zwei Grundsätze wichtig:

Erstens. Es kann kein Monopol auf eine Aufarbeitung der Geschichte geben. Sie ist ein langer Prozeß, der von möglichst vielen auf allen gesellschaftlichen Ebenen getragen werden muß. Die Auseinandersetzung mit der eigenen persönlichen Geschichte ist genauso wichtig wie die Darstellung der historischen Zusammenhänge und der gesellschaftlichen Strukturen und das Gespräch miteinander, auch zwischen Opfern und Tätern. Kunst, Kultur und Wissenschaft haben dabei eine langfristige Aufgabe, die für die Gesellschaft und das öffentliche Bewußtsein in dem einen Deutschland von nicht zu überschätzender Bedeutung ist.

Zweitens. Die Aufarbeitung der Geschichte kann nicht stellvertretend geschehen. Ich kann es nicht für andere tun, und andere können es nicht für mich tun. Man kann es aber selber so tun, daß es beispielgebend für andere ist.

Es ist also die Aufgabe des Bundestages, sich für sein eigenes Handeln bessere Voraussetzungen zu schaffen. Die bessere Klärung der DDR-Wirklichkeit wird zu eigenem Handlungsbedarf führen. Eine genauere Kenntnis dieser Zeit wird für den Umgang mit den Verhältnissen und den Menschen, die von dieser Geschichte geprägt sind, nicht ohne Folgen bleiben können.

Die letzten Wochen haben wieder sehr deutlich gemacht, wie schwierig es ist, mit der Vergangenheit in der DDR und ebenso der Vergangenheit mit der DDR sachgemäß umzugehen. Die Instrumentalisierung dieser Vergangenheit für die gegenwärtige politische Auseinandersetzung haben wir soeben wieder und schon vorher mehrmals auch beim Streit um Manfred Stolpe erlebt.

Gleichzeitig zeigt sich immer wieder, wie wenig es bis heute gelungen ist, zu einem klareren öffentlichen Verständnis für die DDR-Wirklichkeit zu kommen, viel weniger noch zu einer wirklich angemessenen Einschätzung und Beurteilung der Situation und von Verhaltensweisen. Aber genau das ist notwendig.

Die Öffnung der Archive der Staatssicherheit für die Betroffenen führte zu immer neuen Enthüllungen. Gleichzeitig zeigt sich vielfach die Unfähigkeit,

mit solchen Texten umzugehen, wenn man glaubt, daß diese Akten als letzte Wahrheitsquelle benutzt werden können. Es besteht die Gefahr, sich in der öffentlichen Diskussion nur noch der Kategorien der Staatssicherheit zu bedienen, mit denen man eben kein wirklichkeitsgetreues Bild malen kann.

Manche sind zu der Konsequenz gekommen, man solle die Akten wieder schließen. Genau das aber darf nicht passieren. Das Wissen der Täter von einst würde für sie dann zu einem Monopol, das gern teuer verkauft wird. Jede Denunziation würde für wahr gehalten werden, da sie nicht überprüft werden könnte. Die Menschen haben ein Recht, das Herrschaftswissen vergangener Zeiten, das auf unterschiedlichste Art zusammengetragen wurde, den Tätern von einst zu entreißen und in ihren Akten ihrer Geschichte aus der Sicht der Staatssicherheit wiederzubegegnen. Das ist oft hart. Aber das Recht darauf gehört einfach zur Verarbeitung dieser Geschichte. Die Opfer haben ein Recht, zu sehen, was die Absichten dieses Machtapparats waren, wie man sie kaputtmachen wollte und welche unmenschlichen Mittel man dabei benutzte.

Erst wo offengelegt wird, was war, wird auch persönlich Vergebung und Versöhnung möglich sein. Die Glaubwürdigkeit von Institutionen und auch von Parteien hängt daran, wie offen sie mit ihrer Vergangenheit umgehen.

Versöhnung braucht Wahrheit.

Es muß jedoch klar sein: die Stasi-Akten allein sind nicht die Wahrheit. Die Stasi war ein Teil des Systems der Unwahrheit, in dem wir lebten und dessen ganze Wirklichkeit wir erst noch in den Blick bekommen müssen. Gewiß verdichtete sich in ihr der absolute Wahrheits- und Machtanspruch der Partei. Sie war Schild und Schwert der Partei und hatte eine doppelte Funktion: Sie sollte den Herrschenden Sicherheit durch Bedrohung und Angst und den Beherrschten den Eindruck der Allmacht und Allwissenheit der Herrschenden geben, dies beides übrigens nicht zufällig alte göttliche Attribute. In ihr wird die menschenverachtende Entmündigung dieses Systems besonders deutlich. Deshalb sind die öffentliche Aufmerksamkeit und die persönliche Wut und Betroffenheit der Menschen hier natürlich besonders groß. Statt die Personalakten zu schließen, wie manche fordern, brauchen wir möglichst bald auch die Aufarbeitung der Sachakten der Staatssicherheit sowohl als auch der der Parteien und des Staatsapparates.

Mit dem Zugang zu diesen Akten haben wir eine neue Grundlage, die vergangene Wirklichkeit nun besser zu erfassen; denn die gesetzlichen Grundlagen dafür sind geschaffen.

Wir können hier nur darum bitten, daß auch die Kirchen ihre Akten über das Verhältnis zum Staat öffnen. Gleichzeitig, denke ich, wird es notwendig sein, auch die Akten des innerdeutschen Ministeriums zu öffnen.

Das Bemühen um eine wirklich differenzierte Darstellung der DDR-Wirklichkeit

auf breitem Kenntnisstand ist eine zentrale Voraussetzung für die dringend erforderliche politische Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte, dem Leben in ihr und ihrer Bewertung.

Es gehörte zu diesem System, in dem wir lebten, nicht offen zu sein, sich nicht durchsichtig zu machen. Man kann dies an vielen Beispielen darstellen, nicht nur an der strikten Geheimhaltung von Umweltdaten. Die meisten Menschen in der DDR wußten deshalb auch nicht, wo und durch welche Mechanismen die Entscheidungen fielen. Es war immer nur klar: schuld ist die Partei. Und das war natürlich auch richtig.

Partei, Staat und Stasi waren eine undurchsichtige Einheit, die Begriffe austauschbar, weshalb die Begriffe Partei und Staat für viele im Osten bis heute belastet sind. Ich glaube, daß der normale DDR-Bürger auch in der Vergangenheit z. B. mehr Minister aus der Bundesregierung kannte als Politiker oder gar Minister des eigenen Landes; sie hatten einfach keine Bedeutung und nichts zu sagen. Wichtig war eben nur der Spitzenmann in einer zentralistischen Kommandogesellschaft.

Für mich selbst war in den 70er Jahren das Buch von Zdenek Mlynar „Nachtrost“ wichtig, in dem er die Vorgeschichte und die Ereignisse in Prag 1968 erzählt, und zwar aus der Innenperspektive. Es war wichtig für mich, weil man hier endlich einmal in einem ähnlichen Apparat Entscheidungsabläufe nachvollziehen und daraus auch seine Schlüsse ziehen konnte.

So ist es kein Zufall, daß wir heute oft noch zuwenig von den strukturellen Zusammenhängen und Verantwortlichkeiten wissen. Dabei ist es für unsere Beurteilung heute von großer Bedeutung, zu wissen, welche Kompetenzen z. B. bei einem Vorsitzenden des Rates des Bezirks lagen, bzw. wie die Kommunikationsabläufe zwischen Partei, Staatsapparat und Stasi waren. Natürlich sind auch die Blockparteien, die Massenorganisationen und ihre Rolle in diesem System mit zu untersuchen.

Wir werden bei all diesen Fragen genau zu unterscheiden haben zwischen dem, was man heute weiß, und dem Horizont, aus dem man damals handelte. Gerade auch letzteren zu rekonstruieren wird wichtig sein. Wir werden heute diese ganze Geschichte neu ansehen und fragen müssen, wo wir die damalige Situation heute anders einschätzen müssen als damals, und dann natürlich auch zu Bewertungen unseres eigenen Handelns kommen: Wann haben wir uns eben einfach nur geirrt? Wo und wie haben wir uns einspannen lassen in dieses System? Wann waren wir feige und opportunistisch? Dabei ist klar: Feigheit und Opportunismus sind nicht strafbar. Doch wann haben sie einen in eine Situation gebracht, in der wir schuldig geworden sind? Wie groß war der Druck wirklich, so im normalen Alltag? Wer glaubte wirklich, daß das, was er tat, richtig war? Wann ist von Verrat zu sprechen? – Fragen, die schwer zu beantworten sind, selbst wenn man das Leben in der DDR kennt.

Das Leben in dieser Diktatur hatte viele Schattierungen. Eine schnelle

Beantwortung der obigen Fragen, besonders durch Menschen, die im Westen gelebt haben, kann nicht erfolgen. Deshalb ist es gut, wenn immer wieder auch geäußert wird: Wer weiß, was ich im Osten getan hätte? Man muß dann aber andererseits natürlich auch darauf achten, daß diese Formulierung dann nicht heißt: In der Dämmerung sind alle Mäuse grau – als wäre es egal, wie man sich verhalten hat. „Man mußte ja“, lautet dann die allgemeine Entschuldigung. Und fast alles scheint entschuldigbar, was ich von der Möglichkeit der Vergebung deutlich unterscheiden möchte.

Der zentrale Unterschied zwischen der DDR und einem demokratischen Staat war die fehlende Unterscheidung von Staat und Gesellschaft. Alles sollte beherrscht und gelenkt sein. Jedes selbständige Handeln und Denken galt als gefährlich – und war es für diesen Staat auch wirklich. Jeder Versuch, selbst Verantwortung zu übernehmen und sich für die eigene Wirklichkeit zuständig zu fühlen, mußte mit Bedrohung rechnen. Initiative und Verantwortungsbereitschaft waren eine Gefahr für die Herrschaftsstrukturen.

Von dem Versuch der Vermeidung dieser Gefahr war das Bildungssystem, vom Kindergarten bis zum Studium, geprägt. Indoktrination und Disziplinierung waren die wichtigste Zielstellung. Ein wichtiges Zeichen dafür war auch die alles durchdringende Dimension des Militärischen. Selbst bei Mathematikbüchern mußten die Autoren den Nachweis erbringen, daß sie die Wehrbereitschaft fördern. Recht im wirklichen Sinne gab es nicht. Ein feudales System von Privilegien sollte die Menschen lenken, was vielfach auch gelang. Recht war – wie im Schulbuch und bei Marx zu lernen – das Instrument der herrschenden Klasse. Wo aber Verantwortungsbereitschaft und Rechtsbewußtsein nicht gefördert und entwickelt werden, kommt es zu einem Defizit an Gewissensbildung, oder, wenn ich das altmodische Wort benutzen kann, an Sittlichkeit. Alles, was nützt, scheint erlaubt.

Kultur wurde als Ideologieträger mißbraucht. Mit Zuckerbrot und Peitsche wurde versucht, Künstler in der Linie zu halten; nicht selten gelang das. Gleichzeitig gab es aber die ständige Angst des Staates vor einer freien und eigenständigen Kultur. Da es diese dann doch immer wieder gab – gerade noch geduldet oder auch verfolgt –, war die Sucht der Menschen nach Büchern und gutem Theater ungeheuer groß.

All das hat langwirkende Folgen hinterlassen. Es war und ist ein Wunder, daß es trotz all dieser zerstörenden Mechanismen so viele aufrechte, verantwortungsbewußte und wundervolle Menschen im Osten Deutschlands gibt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/GRÜNE)

Während die Wahl in der früheren DDR den Herrschenden immer wieder zeigte, daß es noch klappt, die Leute ohne allzu große Bedrohung in Schach zu halten, daß sie einfach folgten, weil Angst und Anpassung so groß sind, zeigt andererseits das stetige Anwachsen der Stasi an, wie sehr die SED wußte, daß sie sich des Volkes nie sicher war, und auch, daß mit den

Jahren offensichtlich der Mut wuchs, doch wenigstens im kleinen einmal zu widerstehen, nein zu sagen, dem eigenen Gewissen zu folgen statt dem, was verlangt wurde. Es gab viele Formen des Widerstehens oder wenigstens des Versuchs, sich herauszunehmen und nicht mitzumachen, vom Rückzug in die Nische, von der Ausreise und der gezielten Verweigerung, vom Nichtaufsagen eines Gedichts bis zur Wehrdienstverweigerung und zum Sich-Versammeln in Gruppen, die gesellschaftliche Fragen thematisierten, und vieles mehr.

An dieser Stelle müßte man auch auf das Handeln der Kirchen eingehen, der einzigen nicht gleichgeschalteten Institutionen in diesem Staat. Sie haben für die Menschen in der DDR unendlich viel geleistet. Ich möchte das ausdrücklich betonen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich gab es auch Fehleinschätzungen, Versagen und Schuld. Ich will das jetzt nicht weiter erläutern, denke aber, daß auch hier gilt, was schon gesagt wurde: Versöhnung und Glaubwürdigkeit erwachsen allein aus der offenen und öffentlichen Darstellung dessen, was war.

Meine Damen und Herren, mit dieser Enquete-Kommission – das wird immer deutlicher – haben wir eine nicht leichte Arbeit auf uns genommen. Ich habe am Anfang auf die Schwierigkeit hingewiesen, die auch in dieser Debatte deutlich wird, und auf die Belastungen, die von ihr ausgehen. Die Anträge, die wir vorliegen haben, weisen ebenso wie die Rede am Anfang dagegen doch in die Richtung, daß es vielleicht – was ich hoffe – möglich sein kann, zu einer Übereinstimmung, zu einem Konsens in der Aufgabenbeschreibung zu kommen.

Wir brauchen für die Arbeit in dieser Kommission die Öffentlichkeit als Korrektiv. Vielleicht aber werden wir auch manchmal versuchen, als Korrektiv einer pauschalisierenden Öffentlichkeit aufzutreten. Ich hoffe, daß es uns gerade angesichts der nicht geringen Schwierigkeiten, die Aufgaben zu begrenzen und zu operationalisieren, gelingt, zu möglichst klaren Konsequenzen für den Bundestag zu kommen. Dies kann und darf nicht erst am Ende dieser Arbeit, sondern hat immer wieder zwischendurch zu geschehen.

Eine Bemerkung zum Schluß: Durch die Sitzverteilung im Bundestag ist klar, daß Bündnis 90 nur verhältnismäßig in der Kommission vertreten sein kann. Doch möchte ich mich an dieser Stelle für unsere Fraktion noch einmal sehr entschieden dafür aussprechen, daß die, mit denen wir nicht erst 1989 politisch gearbeitet haben und die mit uns im Herbst 1989 sehr viel bewegt haben, auch einen gleichberechtigten Sachverständigen im Ausschuß erhalten können.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE – Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Es ist doch alles einvernehmlich geregelt!)

– Wenn ich höre, daß dies inzwischen geregelt ist, freut es mich, daß Sie

dem zugestimmt haben. Daß dieses Recht in diesem Fall auch der PDS zukommt, dürfte kein Argument dagegen sein.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat das Wort der Innenminister des Landes Sachsen, Herr Heinz Eggert.

Minister Heinz Eggert (Sachsen): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unter der Parole „Wir sind das Volk!“ erhob sich die Bevölkerung der ehemaligen DDR gegen ein Unrechtsregime, das die Menschen im östlichen Teil Deutschlands über 40 Jahre lang bevormundet, ausgenutzt und unterdrückt hat. Dadurch, daß keine Gewalt angewandt wurde, geschah dies alles mit einer von aller Welt bewunderten Würde.

Diese Würde ist jetzt durch einen unwürdigen Umgang mit der Aufarbeitung der Vergangenheit in Gefahr. Immer dann, wenn Unwürdigkeit in einer Vergangenheitsbewältigung auftaucht, ist auch der innere Frieden in Gefahr.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Mit dem Slogan „Wir sind ein Volk!“ traten einige Zeit später viele Deutsche für die deutsche Einheit ein und gaben damit zu verstehen, daß sie kein zweites Experiment „Sozialismus“ mehr wollten. Denn trotz großer Ideale und vieler Ideen sah man keine Chance, in überschaubarer Zeit eine menschenwürdige Gesellschaftsordnung zu entwickeln. Nach dem, was wir heute über die metastasenhafte Durchsetzung aller Bereiche in der DDR durch die Staatssicherheit wissen, wäre allein schon dadurch ein zweites Experiment überhaupt nicht mehr gelungen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der F.D.P. und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Mit etwas menschlicherem Antlitz und wenig zugegebener Demokratie hätten sich die Herren von gestern als die Herren von morgen erwiesen und ihre Herrschaft fortgesetzt; denn die Strategie dazu war schon entworfen. Das hätte uns im Osten vielleicht die letzte Kraft und auch die letzten Möglichkeiten gekostet, den Westen Milliarden an Krediten, die letztlich – wie das DDR-immanent war – nicht viel bewirkt hätten, es sei denn, die Funktionärskonten im Ausland wären verstärkt worden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich weiß, daß es vielen nachdenklichen und kritischen Mitbürgern damals viel zu schnell ging, weil sie befürchteten, daß das marode System der DDR schnell zerbrechen würde und die Menschen weitgehend, auch unvorbereitet, Sog und Segnungen Westdeutschlands gleichermaßen preisgegeben sein würden. Sie hielten Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht für die beste aller denkbaren und hätten es lieber gesehen, mit genügend Zeit und ohne viele äußere Einflüsse eine menschliche Gesellschaftsordnung

entwerfen zu können. Dieses Nachdenken hätte – so glaube ich – Deutschland im Osten und im Westen gleichermaßen gutgetan,

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [Bündnis 90/GRÜNE])

aber die Zeit und die Geschichte geben diesen Raum zum Nachdenken nicht im voraus. Deshalb beginnen wir heute damit.

Nur für eine kurze Zeit bestand die Möglichkeit, die deutsche Einheit zu erwirken und einen für die Geschichte unseres Volkes so wichtigen Schritt zu unternehmen. Ich muß sagen – ich glaube, kaum jemand wird sich dieser Einschätzung verweigern -: Gott sei Dank ist dieser Schritt getan worden.

Trotz oder gerade wegen dieser repressiven Politik des frühen Systems in der DDR hat sich bei uns, bei vielen Landsleuten im Osten, ein feines Gespür für Gerechtigkeit, Solidarität, Ehrlichkeit und Echtheit entwickelt, das wir schon in unser gemeinsames Denken, auch politisches Denken, und Handeln einbeziehen wollen.

Wenn wir die deutsche Teilung aufarbeiten wollen – dieser Aufarbeitungsprozeß wird ein schmerzlicher Prozeß sein, weil er uns gleichzeitig auf unser eigenes persönliches Versagen hinweist –, dann müssen auch in dieser Diskussion diese Stimmen wieder stärker werden. Es geht letztlich doch um eine tragfähige Grundlage für eine menschenwürdige Gestaltung unseres gemeinsamen Vaterlandes. Von daher halte ich die Einsetzung dieser Kommission für ein geeignetes Mittel, wertvolle geistesgeschichtliche Grundlagen unserer gemeinsamen Geschichte und Kultur wieder bewußt zu machen, um daraus wesentliche Erkenntnisse für die Gestaltung unserer Politik zu erhalten und gleichzeitig auch die menschenverachtenden Strukturen einer Politik aufzuzeigen

– also schon aus dem Grunde! –, damit sie sich nicht wiederholen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der F.D.P. und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Neben allen noch so wichtigen Analysen von Ursachen kommt es mir deshalb vor allem darauf an, daß die Kommission auch Handlungsempfehlungen für Parlament und Regierung entwickelt. Wir müssen dabei nach den Wurzeln totalitärer Tendenzen in unserem Volk fragen, wir müssen die Gründe für Unrecht in der Vergangenheit analysieren, damit wir daraus für die Zukunft Konsequenzen ziehen können. Für mich bedeutet Vergangenheit bewältigen: erinnern, analysieren und daraus folgern; denn Vergangenheit ist immer Prolog.

Ohne diese Vergangenheitsbewältigung fehlen uns die Grundlagen für eine zukunftsweisende Politik, und dabei ist die Vergangenheitsbewältigung eine Angelegenheit unseres gesamten Volkes im Osten und im Westen gleicher-

maßen, die Angelegenheit eines jeden einzelnen und jeder gesellschaftlichen Gruppierung.

Das Dritte Reich war nicht Sache einzelner, das SED-Regime war es gleichermaßen ebensowenig. Viele haben mitgestaltet, sind mitgelaufen, haben stabilisiert, von innen oder außen. Manche sind schuldig geworden; viele haben sich dagegen gewehrt.

Dabei müssen wir natürlich beachten, daß manches, was früher angebracht erschien, uns heute in einem ganz anderen Licht erscheint. Was 1987 noch als politischer Erfolg galt – nach dem Motto: seid klug wie die Schlangen –, gilt heute als moralisch verwerfliches Taktieren oder sogar als Verbrechen. Ich denke, diese Einschätzungen sind Gratwanderungen. Hier ist wirklich nur ein zurückhaltendes und differenziertes Nachdenken angemessen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE – Dieter Wiefelspütz [SPD]: Solch eine Rede hätten Sie auch halten können, Herr Schäuble!)

– Deshalb halte ich jetzt das Nachwort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb brauchen wir aber auch notwendige Kriterien, die von einem hohen ethischen Niveau getragen sind und die die Würde des Menschen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellen. Wir wissen, viele Menschen waren Werkzeug und Opfer eines Systems, das eine freie Entfaltung der Persönlichkeit stark behinderte. Wenn diese Aufarbeitung jetzt nicht zur Farce werden soll, dann gibt es nur eines: Erstens müssen die Täter für ihr Handeln einstehen, und zweitens müssen die Opfer neue Chancen bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Ich sage ausdrücklich ja zum Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland, und ich bin dankbar, daß diese Rechtsordnung auch dort gültig ist, wo ich lebe. Ich bin dankbar dafür, daß wir ein Grundgesetz haben, das geschaffen worden ist, gerade um die Würde des einzelnen vor dem Zugriff und der Allmächtigkeit eines Staates zu schützen. Aber genau da liegt jetzt auch unser Problem. Die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland schützt die Täter von gestern mehr, als das DDR-Recht sie geschützt hätte. Jeden Tag wird anschaulicher, wieviel unglaubliches Unrecht und wieviel Menschenverachtung im SED-Regime an der Tagesordnung waren. Es ist von einer solchen Anschaulichkeit, daß viele am liebsten wieder wegschauen würden, um es nicht verarbeiten zu müssen; denn Verarbeitung ist mühsam, setzt Verständnis voraus und ist schmerzlich, besonders auch für die im besonderen Betroffenen.

Es verstärkt sich immer mehr der Eindruck: Die Kleinen hängt man, und die Großen läßt man laufen – wobei feststeht, daß die Schuld des einen die Schuld

des anderen nicht kleiner macht, daß jeder für seine Schuld einzustehen hat und daß jeder die Konsequenzen eines verkehrten Strebens zu tragen hat.

(Dr. Elke Leonhard-Schmid [SPD]: Sehr allgemein!)

Kaum noch ertragbar ist – jetzt komme ich aus dem allgemeinen heraus –, wenn die Namen der Inoffiziellen Mitarbeiter die Schlagzeilen füllen und die wirklichen Auftraggeber, die wirklichen Verantwortlichen, die Chefideologen und Volksverhetzer, die Chefs der Parteizentralen und der Zentralen der Staatssicherheit im Schatten bleiben,

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

nicht etwa um ein Schattendasein zu führen, sondern um bei bester Bezahlung zu Gesprächsrunden eingeladen zu werden, Bücher zu veröffentlichen,

(Gerlinde Hämmerle [SPD]: Jawohl!)

genug Raum und Platz in der Öffentlichkeit zu bekommen, um eloquent oder intellektuell – falls sie es können – über Vergangenes plaudern zu können, als beträfe es sie in keinster Weise.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Wir haben momentan die Situation einer unerträglich makaberen Politparty-Plauderei, wo man nicht mehr genau weiß: Wo hört das Verbrechen eigentlich auf, und wo beginnt hier schon wieder eine neue Entwürdigung der Opfer?

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Es ist kaum noch zu ertragen, wenn die sozialistischen Betriebsleiter von gestern auf einmal die marktwirtschaftlichen Geschäftsführer von heute sind,

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

die den gleichen Personenkreis, den sie früher politisch bedrückten, jetzt wirtschaftlich erpressen und auf die Straße setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Es ist unerträglich, daß hauptamtliche Staatssicherheitsoffiziere, die auch weiterhin ihre frühere Desinformationspolitik betreiben – das darf man ja dabei nicht vergessen –, als Kronzeugen gehört werden, ohne selbst strafrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Es ist schon unerträglich, wenn ein gewisser Personenkreis nach außen verbreiten läßt, nie als Inoffizieller Mitarbeiter für die Staatssicherheit gearbeitet

zu haben, und jeder weiß, daß dieser Personenkreis auf Grund seiner Stellung in der SED-Nomenklatur weisungsberechtigt gegenüber dieser Organisation gewesen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Unerträglich ist es auch, daß frühere SED-Funktionäre, die wir im Osten Deutschlands aus dem öffentlichen Dienst entfernen, im Westen Deutschlands in den öffentlichen Dienst eingestellt und zu 100 % bezahlt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Ich sage es ganz deutlich: Die Experten der DDR in den Bereichen Verwaltung und Ökonomie waren Experten für die DDR, und sie sind keine Experten für die Bundesrepublik. Sie könnten es nur neu lernen.

Von daher ist es notwendig, denjenigen unter uns eine Chance zu geben, die zu DDR-Zeiten eben keine Chance hatten, weil sie nicht das richtige Parteibuch hatten, das sich ja später als das falsche erwiesen hat. Denn auf dem Weg in die Gesetzlichkeit und die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik fangen wir alle von vorn an.

Meine Damen und Herren, ein wirtschaftlicher Aufschwung Ost ohne eine moralische Aufarbeitung mißlingt. Es darf nicht sein, daß Menschen, die andere mit Hilfe ihres Amtes entwürdigt haben, jetzt auch noch von den Steuergeldern ihrer ehemaligen Opfer im öffentlichen Dienst bezahlt werden. Zu Recht hört man immer wieder den Satz: Dafür sind wir nicht auf die Straße gegangen. Man kann es nur bestätigen: dafür wirklich nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Ein Wort zur Öffnung der Stasi-Archive: Es ist notwendig und unvermeidlich und übrigens auch für die Arbeit dieser Kommission unentbehrlich, daß die Stasi-Akten nun offen und zugänglich sind. Die Atmosphäre der Angst und des Mißtrauens läßt sich nur durch Einsichtnahme und Offenlegen abbauen. Wir sehen jetzt klarer. Wir wissen jetzt, wer die Täter waren, und wir wissen gleichzeitig, wer sie nicht waren.

Das Nennen der Täter entlastet die vielen Unschuldigen von ungerechtfertigten Verdächtigungen und schützt gleichermaßen die Schuldigen vor späteren Erpressungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich halte es für sehr bedenklich, daß schon wieder die Schließung der Archive der Staatssicherheit gefordert wird. Ich halte es auch für sehr bedenklich, daß diese Forderung mit Diskussionen um die politische Vergangenheit eines prominenten ostdeutschen Politikers verknüpft wird. Denn die Diskussion um

seine Person ist kein Ergebnis der Öffnung der Archive der Staatssicherheit, sondern ein Ergebnis seiner Selbstoffenbarung in der Presse.

Die Frage nach dem menschlichen Umgang miteinander und der menschlichen Kultur bleibt bei alledem natürlich bestehen.

Ich halte es auch für sehr bedenklich, wenn man glaubt, Aufarbeitung als Instrument parteipolitischer Personalpolitik gebrauchen zu dürfen,

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD)

und ich halte es für sehr bedenklich, wenn man glaubt, zur Aufarbeitung der Vergangenheit und der persönlichen Verantwortung die Frage ausklammern zu können, was aus dem Westen zur Systemstabilisierung

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]): Sehr richtig!

der DDR und des SED-Regimes beigetragen worden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

An dieser Stelle ergeben sich große Arbeitsfelder.

Meine Damen und Herren, wir sind ein Volk – ob wir es wahrhaben wollen oder nicht.

(Dieter Wiefelspütz [SPD]: Begriffen haben wir es schon!)

Wir selbst sind am Aufarbeiten in Ost und West gleichermaßen beteiligt, weil uns die Einheit in Deutschland insgesamt verändert hat. Das ist wie bei einer Ehe: Es geht niemand unverändert hinaus, und die Scheidung steht für uns ohnehin nicht an.

Die selbstkritische Frage im Westen, wo der einzelne gestanden hätte, wenn er im SED-Staat gelebt hätte, ist genauso abseits aller Überheblichkeiten ehrlich zu beantworten, wie wir im Osten zu unserem eigenen Versagen zu DDR-Zeiten stehen müssen.

Trotzdem, glaube ich, ist es richtig, daß sich im Osten wie im Westen gleichermaßen herumspricht, daß das Rückgrat nicht nur ein Teil des Körperbaus ist, sondern daß man es auch zum Leben braucht,

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

gerade als Ermunterung für die Jugend, damit sie den Mut zum Widerstehen bekommt, falls sie mit ihren Begabungen und Idealen wieder einmal ideologisch mißbraucht werden soll.

Meine Damen und Herren, wir waren keine 17 Millionen Widerstandskämpfer, und wir sind auch keine 17 Millionen Täter. Wir hatten Täter, wir hatten Opfer, und wir hatten viele Mitläufer. Genau an dieser Stelle muß differenziert werden.

Trotzdem wissen wir: Die Bundesrepublik Deutschland hat nur so viel Perspektiven, wie jeder einzelne Bürger in diesem Land eine Perspektive hat. Wie schaffen wir es, diese Vergangenheit aufzuarbeiten? Wie schaffen wir es, daß aus dem Vereinigungsprozeß

kein Anpassungsprozeß wird? Von den Antworten dieser Kommission erwarte ich mir sehr viel.

Ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Kollege Uwe-Jens Heuer das Wort.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Wort an Herrn Schäuble, wenn er es gestattet: Ich meine, daß die Entscheidung, wen der brandenburgische Landtag zum Vorsitzenden einer Untersuchungskommission bestellt, Sache des brandenburgischen Landtages ist. Das ist jedenfalls mein Verfassungsverständnis.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Bei uns nennt man das: „den Bock zum Gärtner machen“!)

Der Deutsche Bundestag steht vor einer sehr schwierigen Aufgabe. Wir sollen eine Kommission einsetzen, die sich mit der Aufarbeitung von Geschichte befaßt, der Geschichte eines untergegangenen Staates, und dies zu einem Zeitpunkt, da die Bürger dieses Staates und auch wir Abgeordneten von einer Flut von Enthüllungen – wahren, halbweisen und falschen – über eben diesen Staat überschüttet werden. Wohl erstmals in der Geschichte steht einem Staat ohne Krieg und ohne Waffengewalt fast das gesamte Archivmaterial eines anderen Staates zur Verfügung, dessen Beseitigung, wie heute Bundeskanzler Kohl noch einmal bestätigt hat, stets sein innerstes Anliegen gewesen war.

Die gegenwärtige Atmosphäre kann in vielem nach meiner Ansicht nur mit der Atmosphäre der fünfziger Jahre, der Atmosphäre zur Zeit des KPD-Verbots verglichen werden. Damals betrachtete jeder der beiden Staaten sich als den rechtmäßigen deutschen Staat, den anderen als einen Unrechtsstaat. Damals waren hier Vokabeln wie „Stalinismus“ und „Totalitarismus“ in aller Munde, dort wurde vom „Kolonialstaat BRD“ gesprochen und scheute man nicht vor der Bezeichnung „vorfaschistischer“ oder „kriegstreiberischer Staat“ zurück.

Seitdem war das Klima ruhiger geworden. Die Entspannung brachte neue Einsichten, die auf realen Veränderungen, aber auch auf dem Willen zur friedlichen Koexistenz beruhten. Die SPD bescheinigte der DDR Reformfähigkeit, die SED der Bundesrepublik Friedensfähigkeit. Der Bundeskanzler Kohl empfing Erich Honecker als Staatsoberhaupt.

Heute ist die größere Bundesrepublik in großem Umfang zur Terminologie des Kalten Krieges zurückgekehrt. Die vielkritisierte DDR-Forschung greift wieder zur Vokabel des Totalitarismus. Honecker ist auf dem besten Wege, zum Stalin von heute zu werden.

In dieser Atmosphäre wird es sehr schwer sein, eine zweifellos notwendige – gerade auch für Sozialisten notwendige – Aufarbeitung der Geschichte

wahrhaftig durchzuführen. „Versöhnung unter Menschen kann ohne Wahrheit nicht gelingen“, erklärte Richard von Weizsäcker bei der Verleihung des Heine-Preises.

Jeder, der sich mit wissenschaftlicher historischer Arbeit beschäftigt hat, weiß, wie schwierig es ist, Wahrheit über Geschichte zu sagen. Ohne eigenen Standpunkt kann man nichts erkennen, und zugleich kann der eigene Standpunkt wichtige Einsichten verstellen. Der Scheinwerfer der Erkenntnis ist unabdingbar; aber er läßt auch immer etwas im Dunkeln – wie erst, wenn Interessen wirken und das Bild verzerren! Wenn solche geschichtliche Einsicht aber in einer Zeit der Aufgeregtheit bis hin zur Hysterie und der Suche absatzgieriger Medien nach immer neuen Enthüllungen gewonnen werden soll, muß das erste Gebot der Wissenschaft, aber auch der Politik Nachdenklichkeit sein: Radikalität der Kritik, die verstehen und begreifen und erst dann urteilen will. Ich glaube in den Reden von Willy Brandt und Rainer Eppelmann heute auch so etwas verspürt zu haben.

Ich weiß, daß das sehr viel von Politikern verlangt. Tatsächlich stimmen schon die Titel der Vorlagen bedenklich. Der SPD-Antrag ist überschrieben: „Politische Aufarbeitung von Unterdrückung in der SBZ/DDR“. Der gemeinsame Antrag lautet: „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“. Das DDR-Bild des SPD-Antrages wird bereits im Aufbau deutlich: erstens Machtstrukturen, zweitens offene Repressionsmechanismen, drittens verdeckte Repressionsmechanismen und viertens Leben in der Diktatur. Für Reformen ist hier kein Platz mehr. Das Leben in der Diktatur wird mit wenigen Begriffen erfaßt: Widerstand, politische Verfolgung, Kirche sowie Mitläufertum, Anpassung und Lethargie.

Auch für Dr. Jürgen Schmieder gab es heute in der Debatte nur Anpasser oder Widerständler. Er sprach von dem allgegenwärtigen System der Volksverdummung. Nun meine ich, daß die Ostdeutschen vielleicht solche Ausdrücke nicht immer gebrauchen sollten. Herr Dr. Schmieder war immerhin Absolvent einer Spezialschule der Physikalisch-mathematischen Richtung und der TH Chemnitz. Er ist Diplom-Ingenieur, besuchte die Betriebsschule Riesa und war dann Patentingenieur. Ich meine, wir sollten doch vielleicht auch in unserem eigenen Interesse nicht von einem allgegenwärtigen System der Verdummung im Osten sprechen.

Niemand kann, wenn man so herangeht, mehr die Frage beantworten, warum so viele in ganz Deutschland sich einst für das Ziel des Sozialismus eingesetzt haben und gerade in diesem ostdeutschen Weg eine Antwort auf die Katastrophe des Faschismus sahen. Ich schäme mich auch heute noch nicht, 1946 von Schleswig-Holstein nach Berlin gegangen zu sein, um dabei mitzutun. Ich sah damals in Westdeutschland einen Weg zur Restauration der alten Verhältnisse, weitgehend mit dem alten Führungspersonal.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber ich frage mich natürlich immer wieder, woran unser Vorhaben gescheitert ist, was wir falsch gemacht haben, welche Chancen es gegeben hat, die versäumt wurden.

(Zuruf des Abg. Dr. Günther Müller [CDU/CSU])

Alle diese Fragestellungen aber kennen diejenigen nicht, die hier eine Enquete-Kommission vorschlagen.

Geschichtsaufarbeitung mit einer solchen Zielstellung droht zur Stunde der großen Vereinfacher, zum Werkzeug für jene zu werden, die das Jahr 1992 zum Jahr der endgültigen Vernichtung der DDR-Reste machen wollen

(Zuruf von der CDU/CSU: Die gibt es doch gar nicht!)

und dabei seit anderthalb Jahren doch immer wieder dem alten Unrecht neues Unrecht hinzufügen.

Unsere Zweifel an der Tauglichkeit einer solchen Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte haben vielfältige Gründe. Warum soll Aufarbeitung von Unrecht in der deutschen Geschichte sich auf die Geschichte der DDR beschränken, eines Staates, mit dessen Untergang auch das in ihm existierende Unrecht untergegangen ist?

Aus welchem Grunde wird die sehr komplexe Geschichte der DDR von vornherein verkürzt als Unrechtsgeschichte definiert?

(Zuruf von der CDU/CSU: Weil sie es war!)

Im SPD-Antrag wird einerseits von der unbearbeiteten Geschichte der DDR gesprochen und der Standpunkt bezogen, daß die tatsächlichen Machtstrukturen vielfach verborgen blieben. Die DDR erscheint gewissermaßen als Terra incognita. Zum andern aber wird diese Geschichte bereits bewertet mit einer Vielzahl von Begriffen, die zu verstehen geben, daß man schon sehr genau weiß, wie es war.

Ich habe schon von dem Herangehen her den Eindruck, daß es das gleiche Muster ist, das wir aus der DDR sehr gut kennen. Die politische Absicht bestimmt das wissenschaftliche Ergebnis. Die erste Position ist bezogen auf die dringliche Notwendigkeit, eine politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu begründen. Die zweite Position zeigt, daß man sich partout von dem bereits feststehenden Urteil, die DDR sei ein Unrechtsstaat, durch keinerlei Tatsachen abbringen lassen wird.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Das war sie doch wohl auch!)

Die Enquete-Kommission wird sich zunächst mit der Aufgabe konfrontiert sehen, den generellen Sinn der Aufarbeitung von deutscher Geschichte und von DDR-Geschichte nach der Vereinigung zu bestimmen. Geschichte ist abgeschlossene Vergangenheit, aus der man für Gegenwart und Zukunft Lehren ziehen kann und muß. Aber diese Aufgabe ist wissenschaftlich zu diffizil und politisch viel zu brisant, als daß man sie ausgerechnet einzig

und allein einem Gremium von etablierten Politikern überlassen sollte, deren Meinung – jedenfalls wenn ich die Anträge studiere – bereits feststeht. So wie es keine allgemeine Moral gibt, so gibt es auch keine allgemeinverbindlichen Kriterien zur Bewertung von Geschichte.

(Abg. Freimut Duve [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Wir sind jetzt mit der Gefahr konfrontiert, daß eine Kommission des Bundestages zur Bewertung eines wichtigen Abschnitts deutscher Geschichte von der Moral und Autorität der Sieger beherrscht wird.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Kollege Heuer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Duve?

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Ja, bitte schön.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Das ist unerträglich! Sie waren doch einer der Chefideologen dieses Staates!)

Freimut Duve (SPD): Herr Kollege, Sie beschwerten sich über mögliche politische Absichten, die politische Parteien bei der Einsetzung haben könnten. Ich habe Ihren Antrag genau studiert, und ich muß sagen, daß Sie an mehreren Stellen politische Absichten, was das Verhalten verschiedener Bundesregierungen angeht, in diesen Antrag bereits so hineingebaut haben, daß jedenfalls ich Ihrem Antrag genau diese gleiche Absicht unterstellen muß, die Sie aus den anderen Anträgen glauben herauslesen zu müssen.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Ich will Ihnen eines sagen: Wir bewegen uns hier auf dem Feld der Politik, und es ist für Politiker sehr schwer, Wissenschaft zu betreiben. Ich weiß das. Ich war mein Leben lang gerne Wissenschaftler.

(Lachen bei der CDU/CSU – Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Chefideologe waren Sie doch, Herr Heuer!)

– Entschuldigen Sie, mein Herr. Lesen Sie meine Bücher! Ich habe das schon früher anderen Kollegen von Ihnen empfohlen. Lesen Sie meine Bücher, dann können wir uns ernsthaft unterhalten.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Die habe ich doch gelesen, deswegen weiß ich es!)

– Das ist sehr schön. Dann unterhalten wir uns darüber.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Sie haben doch die Verfassung interpretiert!)

Sie kennen doch gar nicht den Unterschied zwischen Ideologie und Wissenschaft. Darüber können wir uns ein anderes mal unterhalten.

(Widerspruch bei der CDU/CSU – Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Das ist die Arroganz der SED!)

Aber nun zu Herrn Duve.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Bitte sehr.

Freimut Duve (SPD): Sie haben in Ihrem Antrag mehrfach politische Ereignisse der 50er und 60er Jahre und auch Konföderationsangebote in einer Weise angesprochen, daß die politische Absicht in dem Antrag ganz deutlich wird. Ich denke, das sollten Sie hier auch nicht verschweigen und nicht so tun, als seien Sie der Reine und wir seien die Unreinen. Das geht nicht.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Nein, das behaupte ich nicht. Wenn wir einig wären, daß wir hier alle gemeinsam arbeiten und uns gemeinsam –

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Nein!)

– Entschuldigen Sie!

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Ich war kein Marxist-Leninist! Sie waren einer!)

– Das fehlt Ihnen, mein Herr; das fehlt Ihnen.

(Zuruf von CDU/CSU: Nein, das ehrt ihn!)

Das ist eine gute Schule.

(Dr. Rudolf Karl Krause [Bonese] [CDU/CSU]: Eine sehr gute Schule für Massenmörder!)

– Der erste Tote in diesem Hause war Gerhard Riege; ich will Ihnen das einmal sagen. Sie sollten das Wort nicht ungestraft in den Mund nehmen.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Sie waren doch ein Marxist-Leninist!)

– Was hier Mord betrifft, sage ich: Der erste Tote aus diesem Hause war Gerhard Riege, und Sie sollten dieses Wort nicht in den Mund nehmen.

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU)

– Darf ich weitersprechen?

Ich bestreite nicht, daß wir eigene Gesichtspunkte zur Geschichte haben. Wir haben eine Fülle von Fragen aufgelistet, und ich halte es für unser gutes Recht, auch unsererseits Fragen in die Debatte einzubringen.

Politische Aufarbeitung gerade auch der DDR-Geschichte ist eine Aufgabe aller politischen Strömungen gerade in Ostdeutschland, die nicht durch allgemeinverbindliche Vorgaben oder Schlußfolgerungen einer Kommission ersetzt werden kann. Für die politischen Kräfte, die im Kapitalismus den Endpunkt der Geschichte sehen, stand und steht die Schlußfolgerung aus dem Sozialismusversuch in der DDR fest: Es darf nie wieder einen solchen Versuch geben, auch keinen mit menschlichem und demokratischem Antlitz. Diejenigen, die sich für einen solchen Versuch in der DDR engagiert haben, müssen moralisch abqualifiziert und bestraft werden.

Für die Sozialisten in Ostdeutschland gibt es ganz andere Schlußfolgerungen: Gescheitert ist sowohl das Konzept der Diktatur des Proletariats als auch das der administrativen Kommandowirtschaft.

Wir als Partei des Demokratischen Sozialismus stellen uns die Frage nach

unserer Verantwortung für das Schicksal des Sozialismus in unserem Lande. Wir sprechen und wollen weiterhin sprechen über die Verantwortung von Sozialisten und von denjenigen, die sich als solche ausgaben, für Fehler und Verbrechen, die bei diesem Versuch begangen wurden.

Die überwiegende Mehrheit in der zu bildenden Enquete-Kommission bzw. die politischen Richtungen, die sie repräsentieren, waren von Anfang an gegen diesen Versuch, eine sozialistische, sozial gerechte Gesellschaft in Deutschland zu gestalten. Sie haben uns – das ist meine Meinung – von Anfang an nicht für unsere Fehler kritisiert, auch nicht primär für Unrecht, sondern dafür, daß wir diesen Versuch überhaupt annahmen.

Ich bin überzeugt: Wären Rosa Luxemburg oder Robert Havemann Präsident der DDR geworden, die Herrschenden der BRD hätten der DDR, so sie denn gekonnt hätten, auch kein anderes Schicksal bereitet.

Wir haben ein eigenständiges Interesse an der Aufarbeitung der DDR-Geschichte, sowohl, um daraus konzeptionelle Konsequenzen für unsere Programmatik zu ziehen, als auch, um daraus politische Schlußfolgerungen für die Bewertung der Vergangenheit und unser politisches Verhalten in Gegenwart und Zukunft abzuleiten.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: 40 Jahre habt ihr die Andersdenkenden ins Gefängnis gebracht und umgebracht!)

Gegenüber einer generellen Aburteilung der DDR und des in ihr unternommenen Sozialismusversuchs werden wir immer wieder aufs neue darauf verweisen, daß der Einsatz von Millionen Menschen für den Aufbau einer anderen Gesellschaftsordnung in Überwindung des faschistischen Erbes keiner Entschuldigung bedarf,

(Dr. Karl-Heinz Hornhues [CDU/CSU]: Eingekerkert, gefoltert, das ist euer Versuch gewesen! Schämen Sie sich!)

daß es zur Realität im Nachkriegsdeutschland nun einmal gehörte, daß zwei Staaten existieren.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Herr Kollege Heuer, es liegen zwei Wünsche auf Zwischenfragen vor. Sie müssen mir zwischendrin einmal Gelegenheit geben, Sie zu fragen, ob Sie sie zulassen.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Ja, bitte schön.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Herr Kollege Schmude und dann der Kollege Poppe.

Dr. Jürgen Schmude (SPD): Herr Heuer, wenn Sie eben davon sprachen, daß die Herrschenden in der Bundesrepublik Deutschland der DDR ein bestimmtes Schicksal bereitet hätten, wären Sie vielleicht so freundlich, darüber zu sprechen, daß die Bürger der DDR ihrem Staat selber ein Schicksal bereitet haben? Das ist doch nicht von hier gekommen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Ich weiß, welche Rolle die Bürger der DDR in diesem Zusammenhang gespielt haben. Aber diese Bürger der DDR wollten im Herbst 1989 nicht die Beseitigung der DDR; das wissen auch Sie, Herr Schmude.

(Zuruf von der CDU/CSU: Was? Wo haben Sie denn gelebt? – Weitere lebhaftere Zurufe von der CDU/CSU)

– Entschuldigen Sie, Lautstärke entscheidet nicht über wissenschaftliche Fragen.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Herr Poppe.

Gerd Poppe (Bündnis 90/GRÜNE): Herr Kollege Heuer, sind Sie der Meinung, daß es angemessen ist, für diese These ausgerechnet die Person Robert Havemanns zu erwähnen, nach dem Schicksal, das ihm die SED bereitet hat?

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Ich verurteile das, was gegenüber Robert Havemann geschehen ist. Aber Robert Havemann war Sozialist, und Robert Havemann hätte an der Spitze dieser DDR das gleiche Schicksal erlitten. Das ist meine Überzeugung.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Heute!)

– Sie können eine andere haben. Allende ist in Chile ermordet worden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Was haben Sie denn für Herrn Havemann gemacht?)

– Das habe ich eben gesagt. Das weiß ich ja. Ich habe es nicht gemacht. Aber andere.

(Zuruf von der CDU/CSU: Für ihn!)

– Ich will Ihnen einfach erläutern, daß ich der Meinung bin, daß auch dann, wenn Reformsozialisten, wenn Sozialisten wie Luxemburg und Havemann, an der Spitze dieses Staates gestanden hätten, diejenigen, die den Sozialismus in keiner Form wollen, diesen Staat ebenfalls erbittert bekämpft hätten. Das ist meine Meinung. Aber das würde genügen. – Darf ich bitte fortfahren.

(Zuruf von der SPD: Gegen Dubcek in Prag sind Sie gemeinsam einmarschiert!)

– Mein Herr, ich bin nicht einmarschiert. Ich war nie Soldat, im Gegensatz zu Ihnen vielleicht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aber Ihre Partei! Sie haben es doch verantwortet!)

Es ist wichtig, über Unrecht in der DDR zu sprechen. Aber es ist ebenso wichtig, über gegenwärtiges Unrecht zu sprechen, über die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und über das, was etwa die Hälfte der DDR-Bevölkerung gegenwärtig als Kolonialisierung empfindet, über die massenhafte Verletzung von Menschenwürde und Menschenrechten im Rahmen der Abwicklung und der Deindustrialisierung Ostdeutschlands und der bevorstehenden Vertreibung von Hunderttausenden von ihren Grundstücken und Häusern.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch Quatsch! Niemand wird vertrieben!)

Unser Verständnis von Geschichtsaufarbeitung ist in unserem Antrag dargestellt. Ich möchte die fünf Punkte, die wir im Antrag beschrieben haben, erläutern.

Erstens sagen wir nachdrücklich ja zu einer sachlichen und differenzierten Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Wir haben dabei auf vielfältige Unterdrückungsmechanismen hinzuweisen, aber auch zu beachten, daß es Leistungen, Konfliktregulierungsmechanismen und Werte in dieser DDR gab, die Zustimmung vieler Bürger fanden. Eine differenzierte Aufarbeitung der DDR-Geschichte durch die Enquete-Kommission ist deshalb so schwierig, weil das gesellschaftliche Klima, auch das Klima in diesem Hause, wie Sie beweisen, auf Verdammung und nicht auf Klärung aus ist. Die große Lüge der SED-Machthaber, daß das politische System auf einem tiefen, unerschütterlichen Vertrauensverhältnis zwischen der Partei, der Arbeiterklasse und dem Volk beruhe, wird ersetzt durch die ebenso große Lüge von der DDR-Geschichte als Horrorgeschichte von Repressionsakten und -mechanismen.

Hier wird die reale Widersprüchlichkeit des gesellschaftlichen Lebens in der DDR ebenso eliminiert wie auch keineswegs wirkungslose Möglichkeiten der Interessenartikulation und der Lösung sozialer Konflikte im politischen System oder am Arbeitsplatz. Die Normalität des gesellschaftlichen Lebens, im Arbeitsbereich, im Territorium, im Gesundheits- und Bildungswesen wird allein aus dem verengten Blickwinkel von Machtmißbrauch und des bornierten Machtbegriffs der SED erfaßt, bis hin zu erfundenen Schauergeschichten, der Ertränkung der Frühgeborenen in Wassereimern. Bewußt negiert wird, daß die DDR Vorbildliches auf den Gebieten der Sozialpolitik, der Kultur-, Wohnungs- und Bildungspolitik geleistet hat,

(Zuruf von der CDU/CSU: Plattenbauweise!)

daß es bei einer „halbierten deutschen Geschichte“ – Richard von Weizsäcker – bleibt, wenn wir dies unbeachtet lassen.

(Zuruf von der SPD: Sie haben nichts dazugelernt!)

Diese differenzierte und widersprüchliche Gesellschaft in der DDR wird reduziert auf eine Opfer-Täter-Struktur. Die wichtigste und gefährlichste Konsequenz dessen ist, daß, wer nicht Täter sein will, sich als Opfer darstellen muß und so Wendehälse, Heuchler und Karrieristen produziert werden.

Zweitens wenden wir uns gegen das vor allem für die CDU/CSU charakteristische Bemühen, in das Zentrum der Aufarbeitung der DDR-Geschichte die Formel vom Unrechtsregime DDR zu plazieren, um von da aus den großen, repressiven Rachefeldzug gegen alle, die sich mit der DDR verbunden fühlten,

(Zuruf von der CDU/CSU: Wo gibt es denn einen repressiven Rachefeldzug?)

und mitunter sogar gegen alle, die in der DDR nicht aus politischen Gründen im Gefängnis saßen, zu rechtfertigen. Ich erinnere nur an die Frage von Mertens an Stolpe, auf welche Gesetzesverletzungen er sich denn berufen könne.

Die DDR war ein völkerrechtlich souveräner Staat mit einem eigenen Rechtssystem.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Einem Unrechtssystem, und Sie waren der Interpret!)

Im Grundlagenvertrag von 1972 hat die Alt-BRD dies anerkannt. Die Untersetzung der Formel von „Unrechtsregime DDR“ durch die Geschichtsaufarbeitung soll alles das vergessen machen bzw. als nichtig erscheinen lassen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Eine Zumutung!)

Der Enquete-Kommission erwächst hier eine sehr fragwürdige Funktion: die Kriminalisierung der DDR-Geschichte, den nachträglichen Ausschluß der DDR aus der Völkerrechtsgemeinschaft und der Hinweis auf ihren Charakter als Unrechtsstaat.

(Dr. Rudolf Karl Krause [Bonese] [CDU/CSU]: Kriminelle werden nicht kriminalisiert!)

Drittens schließlich halten wir es für notwendig, die Ursachen des Scheiterns des Versuchs zu ergründen, auf deutschem Boden einen sozialistischen Staat zu errichten. Dabei geht es auch darum, die Ursachen für Verantwortung und Schuld zu bestimmen. Zum Sozialismusversuch in der DDR gehören zahlreiche positive Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit,

(Zurufe von der CDU/CSU)

um ein solidarisches und friedliches Gemeinwesen auf deutschem Boden. Dazu gehören aber auch Fehler, Irrwege, Versäumnisse und Unrecht.

Warum gelang es nicht, den Weg zu Demokratie und Rechtsstaat im Rahmen des Sozialismusversuchs in der DDR zu gehen?

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Weil die Diktatur des Proletariats der Maßstab war!)

Demokratie ist immer ein Risiko, Recht ist immer ein Risiko. Beide schränken die Allmacht ein, stabilisieren aber zugleich das System. Der Kapitalismus hat das in vielen Krisen gelernt. Die SED-Führung war nicht bereit, ein

Risiko einzugehen, und ging damit notwendig den Weg in ihren glanzlosen Untergang, der zugleich das Ende des Sozialismusversuchs war.

Man kann der DDR als Staat nicht vorwerfen, daß sie ein Staat war und entsprechend handelte. Man kann ihr aber sehr wohl vorwerfen, daß die Ablehnung jeglicher Reformen mit einer unablässigen Vergrößerung des Sicherheitsapparats und mit teilweise der eigenen Verfassung und den Rechtsvorschriften widersprechenden Repressionsmaßnahmen Hand in Hand ging.

Viertens muß die Aufarbeitung der DDR-Geschichte von den Wechselbeziehungen der Nachkriegsgeschichte zwischen beiden deutschen Staaten und deren Einbindung in internationale Kräftekonstellationen und spezifische Bündnisse ausgehen. Wir können nicht übersehen, daß die DDR wie auch die BRD, wie die deutsche Teilung überhaupt Resultate des Kalten Krieges waren. Eine sachliche und kritische Aufarbeitung der DDR-Geschichte hat auch nach den Auswirkungen des Kalten Krieges auf die Entwicklung in der DDR und in der BRD zu fragen.

Fünftens kann wirkliche Vereinigung über Geschichtsaufarbeitung nur gelingen, wenn wir uns einer Aufarbeitung der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert in ihrer Gesamtheit widmen. Es ist für die Zukunft Deutschlands verhängnisvoll, wenn sich die Tendenz fortsetzt, hinter der Abrechnung mit der DDR die ungenügende Bewältigung des faschistischen Erbes zu verdecken und die Dinge in Zusammenhang mit der Aufarbeitung der DDR-Geschichte so darzustellen, als ob die DDR die Fortsetzung des Nazi-Staates gewesen sei,

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Sehr wahr! Rot und Braun!)

ansonsten aber über die Verbrechen dieses Nazi-Staates kein Wort zu verlieren.

In der Debatte hat heute einzig und allein Herr Poppe ein Wort der Kritik am Nazi-Staat gefunden. Sonst hat hier niemand etwas in dieser Richtung gesagt.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Warten Sie ab! Es kommt ja noch! – Detlev von Larcher [SPD]: Sie haben ja nicht zugehört! – Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Da war er noch nicht im Plenum!)

Deswegen sehe ich in dieser Vorgehensweise die große Gefahr, daß die Verbrechen des Nazi-Staates durch die Kritik an der DDR verdeckt werden.

Wenn über Unrecht und Demokratieverletzung in der DDR zu reden ist, dann darf man auch über Unrecht in der BRD nicht schweigen.

Wir sagen ja zur Aufarbeitung der Geschichte in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit. Wir werden uns in diesem Sinne an der Arbeit der Kommission beteiligen. Wir sagen nein zu einer Unterordnung dieser Aufgabe unter das politische Ziel, die Schlachten des Kalten Krieges nun auch moralisch siegreich gewinnen und juristisch besiegeln zu können.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste – Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Höchst schwach!)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächster hat der Kollege Wolfgang Mischnick das Wort.

Wolfgang Mischnick (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon vieles zum Ausdruck gebracht worden, was von uns allen gleich gesehen wird: Erfahrungswerte, Notwendigkeiten. Ich will mich bemühen, ein paar Gesichtspunkte anzufügen, die ergänzend auf einiges hinweisen sollen.

Ich bin in letzter Zeit sehr viel von Ausländern gefragt worden: Wie war es eigentlich möglich, daß es nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur so lange gedauert hat, bis in dem, was die DDR war, der entsprechende Widerstand zur Beseitigung des Systems führte? Es sollte eine wichtige Aufgabe der Kommission sein, auch die Gesamtzusammenhänge aus den letzten 40, 45 Jahren mit sichtbar zu machen. Wir müssen uns davor hüten, daß die Kommission in erster Linie oder ausschließlich den innenpolitischen Teil – den ich für den wichtigsten halte – betrachtet. Sie muß sich vielmehr darüber im klaren sein, daß das Ergebnis dieser Enquete-Kommission auch international gesehen und beachtet wird. Das bedeutet für mich nicht, daß die Kommission nun bis in die letzte Einzelheit hinein alles, was in der Vergangenheit geschehen ist, auch entsprechend aufarbeiten muß. Aber es muß sichtbar werden, welche internationalen Zusammenhänge mit der nationalen Entwicklung verbunden waren. Dazu lassen Sie mich ein paar Bemerkungen machen. Dann wird nämlich auch die Bemerkung, die wir eben hörten, daß wir bei dieser ganzen Arbeit von Moral und Autorität der Siegermächte bestimmt seien, in sich zusammenfallen.

Meine Damen und Herren, mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß wir 1945 beginnen müssen, mit den vier Besatzungszonen und ihren unterschiedlichen Entwicklungen. Wir müssen berücksichtigen, wie der Versuch gemacht wurde, auch in der sowjetischen Besatzungszone eine demokratische Struktur aufzubauen. Es ist kein falscher Ansatz, wenn man darauf hinweist, daß der Zusammenschluß von KPD und SPD 1946 für die beiden anderen politischen Kräfte, die es damals gab, eine Schwächung bedeutete. Das hat nichts damit zu tun, daß wir davon etwas wegwischen wollen. Im Gegenteil: Wir müssen natürlich hinzufügen, daß von Kurt Schumacher von der späteren Bundesrepublik, den damaligen drei Westzonen, aus versucht worden ist, den Zusammenschluß zu verhindern, daß es Hunderte und Tausende von SPD-Mitgliedern gab, die das nicht mitgemacht haben, die versucht haben, woanders Zuflucht zu finden. Aber umgekehrt gab es Tausende und Hunderttausende, die in die Einheit gegangen sind und damit die anderen Kräfte, die damals noch die Hoffnung hatten, ein demokratisches System zu schaffen, in ihren Bemühungen geschwächt haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Auch das müssen wir in aller Ruhe untersuchen und uns damit auseinandersetzen.

(Dr. Elke Leonhard-Schmid [SPD]: Es gab keine Abstimmung darüber! Die sind unter Zwang hineingegangen!)

– Genau das ist der Punkt, wo die Untersuchungen ansetzen müssen. Man muß deutlich machen, wo der Ausgangspunkt war.

Es muß dann aber auch Klarheit darüber geben, daß das zu Entwicklungen führte, die es 1949 leichter machten, den DDR-SED-Staat in dieser Form zu bilden. Dazu gehört – das halte ich für ein ganz gewichtiges Kapitel –, daß man den Beginn der Freien Deutschen Jugend 1946 sehr sorgfältig untersucht. Denn machen wir uns nichts vor: Mit dieser Staatsjugend, die eingeführt wurde, wurde die Voraussetzung geschaffen, daß man über Jahrzehnte jungen Menschen das einimpfen konnte, was zumindest zum Dulden, zum Mittragen geführt hat, zum Glauben daran, daß es doch der richtige Weg sei. Man muß untersuchen, was es bedeutet hat, daß 1946, als die FDJ gegründet wurde, HJ-Führer pauschal übernommen wurden unter dem Motto: Entweder ihr macht mit, oder ihr geht in Haft. Warum sage ich das? Daß man daraus die Lehren für die Zukunft zieht und sichtbar macht, wo man bei Weichenstellungen aufpassen muß, die für die künftige Entwicklung vielleicht gefährlich sein könnten.

Das bedeutet doch, daß man das Erziehungssystem anpacken muß. Ein einzüiges, ein einheitliches Erziehungssystem birgt immer in sich, daß die Gefahr größer wird, daß Diktaturen Zugriff auf alle haben. Ein pluralistisches Erziehungssystem, wie wir es für richtig halten, hat eine größere Chance, solchen Gefahren zu wehren. Auch das als Erfahrungswert sichtbar zu machen scheint mir notwendig zu sein.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich gehe auch nicht darüber hinweg, daß man natürlich die Ministerpräsidentenkonferenz in München untersuchen muß: daß es damals Einwirkungen von außen gab, um manche Dinge, die man damals noch versucht hatte zu bewegen, nicht in die richtige Richtung zu bringen.

Wir war doch die Parole: Die Partei hat immer recht. Ganz nebenbei: Auch Parteitage haben nicht immer recht. Was will ich damit sagen? Es muß herausgearbeitet werden, daß in einem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat die Staatsgewalt nicht von einer einzelnen Gruppierung ausgeübt werden darf.

(Freimut Duve [SPD]: Das ist die Privatisierung des Staates!)

Hier muß es vielmehr eine Trennung geben. Ganz nebenbei: Daß es bei absoluten Mehrheiten auch in unserem Bereich manchmal Gefahren gibt,

ist nicht zu verschweigen. Das ist ein Thema, das man von beiden Seiten untersuchen muß.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Freimut Duve [SPD]: Das mußte doch einmal gesagt werden!)

– Natürlich. Weil es zum Demokratieverständnis insgesamt gehört.

(Dr. Elke Leonhard-Schmid [SPD]: Die Legitimation der F.D.P.!)

Was ist aber auch notwendig? Wenn wir werten und bewerten wollen, warum manche Entwicklungen so gekommen sind, müssen wir auch sehen, daß der Versuch 1953, sich zu befreien, scheiterte, weil die Besatzungsmacht diesen Aufstand niederknüppelte, weil man von westlicher Seite enttäuscht wurde. Auch das gehört für mich zur Aufarbeitung:

(Dr. Elke Leonhard-Schmid [SPD]: Richtig!)

daß 1956 das, was in Ungarn geschah, natürlich für die Vielzahl der Menschen, die anders dachten, den Eindruck erwecken mußte: Wir haben im Augenblick keine Chance, wir müssen uns einrichten; daß 1961 der Mauerbau natürlich dazu geführt hat, daß viele meinten: Nun liegt eine lange Zeit vor uns, und das, was mit der Fluchtbewegung von Hunderttausenden, ja Millionen, dem Abmarsch, geschehen ist, ist auch – ich sage das so offen, weil ich keine Legendenbildung haben will – mit Duldung des Westens geschehen. Da ist das Gespräch Chruschtschow-Kennedy in Wien, das man sehen muß – nicht, weil ich anklagen, weil ich andere beschuldigen will, sondern weil ich vermeiden will, daß morgen oder übermorgen der Eindruck entsteht, es wäre allein Sache der Deutschen gewesen, dies abzuschütteln. Vielmehr war es so, daß internationale Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben, die dann danach dazu führten, daß auf einer anderen Ausgangsbasis versucht werden mußte, an die Lösung der Probleme heranzugehen. Das gehört mit dazu.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, 1968 die Niederschlagung der Reformbewegung in der CSSR unter Mitwirkung der Nationalen Volksarmee war doch wiederum ein Punkt, bei dem der Eindruck entstehen mußte, hier werde alles hingenommen. Ich erinnere mich noch sehr genau dieser Nacht, als es manche Sorge bei uns innerhalb der Bundesrepublik gab: Könnte dieser Einmarsch nicht vielleicht bedeuten, daß man über die Grenzen hinweggeht? Ich habe damals schon gesagt: Das ist klar geregelt. Hier gibt es die Einflußspähren. Ich wiederhole noch einmal: Ich will damit niemanden anklagen, ich will nur, daß die Aufarbeitung wirklich richtig geschieht und nicht einseitig bei einer Seite stehenbleibt.

(Beifall im ganzen Hause)

Dazu gehört natürlich auch, obwohl ich geneigt wäre, hier noch zu vielen Einzelpunkten Stellung zu nehmen – aber die Zeit läßt es nicht zu –, daß diejenigen, die nur einen besseren Sozialismus wollten – da haben wir

manches gehört –, offensichtlich bis heute nicht erkannt haben, daß das ganze System, seine ideologische Grundlage, falsch war und daß sie sich jetzt selbst prüfen müssen, ob sie nicht auf dieser falschen Grundlage entscheidend dazu beigetragen haben, daß wir heute diese Vergangenheit aufarbeiten müssen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Wenn sich jemand davon nicht lösen kann, gut, das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Ich verstehe, daß es manchen gibt,

(Abg. Dr. Uwe-Jens Heuer [PDS/Linke Liste] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– kleinen Augenblick, lassen Sie mich noch einen Satz sagen; vielleicht hat es sich dann schon erledigt –, der sagt:

Mein Vater war Kommunist, er ist in der Nazi-Zeit verhaftet worden, ins Konzentrationslager gebracht worden, vielleicht sogar umgekommen oder hatte das Glück zurückzukommen, hat dann mit beim Aufbau gewirkt; ich bin als Kind dort erzogen worden; für mich war das die Welt, von der ich glaubte, daß dies auf Dauer das Richtige ist.

(Dr. Elke Leonhard-Schmid [SPD]: Das gab es!)

Da fällt es schwer, heute einzusehen, daß hier etwas zusammenbrach. – Ganz nebenbei: Das ist ja auch 1945 bei vielen geschehen, daß etwas zusammenbrach, von dem man glaubte, daß es richtig gewesen ist. Das hat doch nichts damit zu tun, daß man ein System verteidigt, sondern nur damit, daß man versucht, zu erforschen, zu erklären, zu erfassen, was die Hintergründe gewesen sind. Wenn man diese Aufgabe sieht, dann ist das ein wichtiger Punkt für die Aufarbeitung unserer Vergangenheit.

Bitte schön.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Eine Zwischenfrage.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Herr Mischnick, ist stimme vielem von dem zu, was Sie gesagt haben. Aber meinen Sie, daß die Art, wie hier zum Teil gehandelt und gerufen wird, z. B. bei meiner Rede, ermöglicht, einen vernünftigen Dialog mit denen zu führen, die für einen demokratischen Sozialismus waren und, was ich von mir sagen muß, auch noch sind?

Wolfgang Mischnick (F.D.P.): Herr Kollege Heuer, für mich ist es schwer, etwas dazu zu sagen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ich mich immer um einen fairen Umgang bemüht habe. Aber ich verstehe nicht, wenn heute nicht endlich die Einsicht besteht, daß es nicht einzelne Personen oder Persönlichkeiten waren, die diesen Staat DDR, wie Sie es genannt haben, ins Verderben geführt haben, sondern daß es das System war, das dort bestand. Da hätte sein können, wer wollte, es wäre zugrunde gegangen.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und dem Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der SPD)

Da habe ich das Gefühl, daß Sie noch nicht soweit sind, dies einzusehen. Das ist das Problem.

(Dr. Uwe-Jens Heuer [PDS/Linke Liste] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Bitte.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Meinen Sie, daß die Art des Umgangs mit mir und meinesgleichen heute und auch mit den Wissenschaftlern in Ostdeutschland wirklich in der Lage ist, uns bzw. sie von den Vorzügen des neuen Systems zu überzeugen?

Wolfgang Mischnick (F.D.P.): Ich muß Ihnen ganz offen sagen: Das hängt natürlich sehr oft davon ab, wie der Umgang mit den Andersdenkenden von deren und von Ihrer Seite her erfolgt. Es ist doch häufig so, daß es aus dem Wald so wieder herausschallt, wie man es hineingeschrien hat. Das ist ein Gesichtspunkt. Daß Sie heute schon wieder gesagt haben, der Kapitalismus sei nun eigentlich eine ganz schlimme Geschichte und wir hätten uns überhaupt nicht mit der Nazi-Vergangenheit auseinandergesetzt, das ist doch ein Punkt, der einfach nicht richtig ist. Wenn Sie das nicht lernen, wird natürlich die Gefahr immer wieder groß sein, daß man sich so auseinandersetzt, wie es eben geschehen ist.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nur noch zu einem Bereich ein paar kurze Bemerkungen machen. Wir sind jetzt dabei, die Tätigkeit der Stasi z. B. mit Akteneinsicht, verbunden mit der Verbreitung von Schuld, Mitwirkung usw., aufzuarbeiten. Ich habe die große Sorge, daß die berechtigten Interessen derjenigen, die als Opfer Einblick haben, und die berechtigten Interessen derjenigen, die als Dritte, nicht als Täter, beteiligt sein können, nicht immer ganz auseinandergehalten werden, so daß man da sehr aufpassen muß.

Ein zweites: Wissen Sie, der Vater oder die Mutter, die dem Kind ersparen wollten, Schwierigkeiten bei der Berufswahl zu haben, und sich dann zu irgend etwas entschieden haben, ohne daß sie straffällig geworden sind, sind für mich anders zu beurteilen als diejenigen, die vielleicht formal nirgendwo beteiligt gewesen sind, aber heute plötzlich so tun, als seien sie allein die Besseren gewesen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Der Mann, der zwar in dem System verhaftet war, z. B. – was weiß ich – als Wachtmeister oder Feldwebel der Volkspolizei, dem plötzlich wegen Westkontakten, die von ihm gemeldet worden waren, gesagt wird: Du mußt dich jetzt entscheiden: Scheidung oder raus aus dem Beruf, der sich für das Herausgehen aus dem Beruf entscheidet und dem heute vielleicht gesagt wird:

Auch du warst ja bei der Volkspolizei, obwohl das schon sechs oder sieben Jahre her ist, dieser Mann kann mutiger gewesen sein als mancher anderer, der sich nie geäußert hat.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will die Differenzierung. Das gilt für Künstler, das gilt für Sportler usw.

Es ist mehrfach gesagt worden – auch ich will es erwähnen, damit man nicht meint, ich denke nicht daran -: Die Anordnenden, die Netzauswerfer, die Bedrohenden, das sind doch die wirklichen Täter. Um diese muß man sich mehr kümmern als um diejenigen, die hineingeschlüpft, hineingeschlittert sind oder mißbraucht worden sind. Hier anzusetzen, das wird eine ganz entscheidende Aufgabe sein.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß sagen: Wenn es hilft, der Selbstgerechtigkeit mancher, vielleicht vieler in ganz Deutschland – das sage ich ausdrücklich – mit der Arbeit der geplanten Enquete-Kommission zu begegnen, dann wird sie in der vor uns liegenden Zeit nicht nur einen Sinn haben, sondern uns weiterhelfen. Denn die Selbstgerechtigkeit derer, die nichts davon durchlitten haben, ist schlimmer als manches, was man heute als Tat verfolgt.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE – Beifall bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Kollege Rolf Schwanitz das Wort.

Rolf Schwanitz (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man soll bei einem solch diffizilen und ausführlich behandelten Debattenthema eigentlich keine Noten verteilen. Ich will aber auf jeden Fall sagen, daß nach den vielen Zwischentönen der Redebeiträge von Kollegen Mischnick und Herrn Eggert bei mir der Mut, daß wir auch schaffen, was wir uns vorgenommen haben, wieder ein wenig größer ist. Dafür will ich an dieser Stelle ausdrücklich meinen Dank sagen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ich kann es mir nicht ersparen, ein Wort zu dem zu sagen, was Kollege Dr. Heuer in seiner Rede ausgeführt hat. Ich möchte hier nur auf einen Satz eingehen, weil er mir einfach wehtut. Wenn ich es richtig verstanden habe, Kollege Heuer, haben Sie gesagt, die Menschen in der DDR hätten die DDR weiter gewollt. Dazu muß ich ganz einfach sagen: Ich komme zu einer vollkommen anderen Einschätzung der damaligen Situation in den Jahren 1989/90. Man muß sich an das erinnern, was damals auf den Straßen vor sich ging. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Unterschriftenaktion „Für unser Land“. Ich erinnere daran, wie wenig Resonanz diese Aktion fand

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

und wie die Leute mit den Transparenten, auf denen dieser Slogan stand, in den Demonstrationen untergegangen sind. Es bestand der eindeutige Wille, dies solide zu Ende zu bringen, aber eben zu Ende zu bringen. Das war das Votum der Menschen in den Jahren 1989/90.

Das, was wir heute tun wollen, ist eigentlich die Fortsetzung dessen. Das hat nichts mit Siegermentalität zu tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Der Bundestag hat heute, nachdem wir vor nicht allzulanger Zeit das Stasi-Unterlagen-Gesetz und das Bundesarchivgesetz verabschiedet haben, den dritten Punkt auf der Tagesordnung, bei dem wir versuchen, etwas für die Aufarbeitung der Vergangenheit zu tun. Ich möchte einige Bemerkungen zu der Frage machen, welche Leistungen man von dieser Enquete-Kommission erwarten kann. Mir scheint, das ist für uns alle doch noch mit einem gewissen Fragezeichen versehen.

Ich glaube, die Leistungen dieser Enquete-Kommission sind auf drei Ebenen zu erwarten. Die erste Ebene ist – auch da möchte ich mich nicht einer eigenen Aussage enthalten –, daß diese Enquete-Kommission etwas gegen die Schiefelage der Aufarbeitung tut, die wir derzeit gerade in den neuen Bundesländern erleben. Wir haben schon darüber geredet: Die Vergangenheit wird auf den Punkt Staatssicherheit konzentriert. Die Staatssicherheit wird auf den Punkt der Tätigkeit von Inoffiziellen Mitarbeitern konzentriert. Eine Differenzierung fehlt vollständig. Es gibt zur Zeit keinen Mut, ausgewogen und differenziert über dieses Thema zu reden. Auch

bei den Kommunen in den neuen Bundesländern gibt es keinen derartigen Mut. Man möchte das gern wegdelegieren, man möchte sich nicht die Hände schmutzig machen. Es ist bei den sozialen Irritationen, die es in den neuen Bundesländern gibt, sicher auch eine schwierige Aufgabe. Es handelt sich um ein kompliziertes Thema. Niemand redet über die Führungsoffiziere, niemand redet über die Befehlsstrukturen der SED auf der Kreisebene, der Bezirksebene und der zentralen Ebene.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich erinnere mich sehr gut an das unvergeßliche Zitat von Erich Loest in seinem Buch „Zorn des Schafes“ aus einem Brief des damaligen stellvertretenden Kulturministers Höpcke, der heute, wie wir alle wissen, im thüringischen Landtag sitzt, an das Politbüromitglied Hager. Dort schreibt Herr Höpcke, der Genosse Hager möge Herrn Höpcke, also ihn selbst, im Falle Loest zu diesem und jenem beauftragen. Das geschah natürlich auch.

Diese Trennung zwischen der Befehlsebene und der geistigen Ebene, der Ebene der Urheberschaft, geht vollständig verloren. Diese müssen wir auch einmal angehen. Das geschieht hoffentlich in dieser Enquete-Kommission.

Wir müssen fragen: Wo waren die entsprechenden Entscheidungsgremien? Wo steht Verantwortlichkeit? Daß diese Schiefelage gemindert wird, verspreche ich mir auch von dieser Kommission.

Die zweite Ebene von Leistungen, die ich von der Enquete-Kommission erwarte, ist, daß die Enquete-Kommission sich damit auseinandersetzen und den Versuch starten muß, die doch noch weißen Flecken in der Unterdrückungsgeschichte dieser Vergangenheit aufzuarbeiten, daß sie – ich relativiere das – zumindest den Versuch macht, damit zu beginnen.

Wir wissen längst nicht alles. Teile der Unterdrückungsformen, die in der DDR existent waren, sind noch immer verborgen. Wie groß war tatsächlich der Umfang der Stasi-Präsenz in der Wirtschaft, in den Betrieben? Welche Rolle spielten die Kaderleitungen und das ganze Personalwesen an dieser Stelle? Wie wurde das System der Internierungslager durch die Bezirkseinsatzleitungen organisiert und geplant? Was war dort vorgesehen? Welche Aufträge und Anträge, welche Vorgehensweisen hatten die Abteilungen für innere Angelegenheiten bei den Räten der Kreise und der Bezirke beim Schikanieren von Ausreiseersuchenden an dieser Stelle?

Hier ist vieles bei uns nur im Gefühl vorhanden, ohne daß wir detailliertes Wissen haben. Hier kann aber nur Wissen die Befähigung zur Differenzierung schaffen. Die Enquete-Kommission muß versuchen, mit diesem Prozeß zu beginnen.

Eine dritte Leistungsebene erwarte ich von der Enquete-Kommission. Sie ist für mich – ich will das offen bekennen – vielleicht sogar die wichtigste. Ich erwarte von der Enquete-Kommission, daß sie ein Signal für die Opfer und für die Hinterbliebenen setzt.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dabei geht es – das will ich gern voranstellen – nicht um Rache oder Vergeltung. Aber ich will auch ganz deutlich sagen: Die vielen Toten, die mehr als zehntausend Toten in Bautzen, die mehr als zwanzigtausend Toten in Sachsenhausen, die vielen unschuldig Verurteilten und Schikanierten erwarten vom vereinten Deutschland, daß ihr Schicksal nicht vergeblich erlebt worden ist; sie erwarten von diesem Staat, daß bei allen wirtschaftlichen und sozialen Problemen – darüber werden sich Regierung und Opposition an dieser Stelle noch genug streiten – dieser Staat das nicht einfach vergißt und nicht einfach zur Tagesordnung und zum Alltäglichen übergeht, sondern sich dieser Schicksale annimmt und offenlegt. Denn Offenheit und Erkennen ist auch ein Teil von Gerechtigkeit. Und Gerechtigkeitsdefizite werden bleiben; ich glaube, das ist uns allen durchaus bewußt. Wir können die Wunden bei den Opfern nur dann heilen, wenn diese Offenlegung geschieht.

Das Hadern der Opfer mit ihrer eigenen Geschichte, das ich schon an

vielen Stellen bemerke, und die Frage, ob es sich denn überhaupt gelohnt hat, sich so zu verhalten, schlagen uns ja schon entgegen. Diesem Hadern muß etwas entgegengesetzt werden. Hierin steckt vieles, was mit Vertrauen zur Demokratie zu tun hat. Hier müssen wir etwas leisten, um auch über die schwierigen Zeiten der nächsten Jahre hinwegzukommen.

Aber ich glaube auch, daß der Bundestag selber als Organ von dieser Enquete-Kommission eine ganze Reihe wichtiger Informationen und Hilfsgrößen erwarten kann. Ich will bloß das Problem der Verjährung von Regierungskriminalität ins Feld führen. Reicht es aus, daß man sich eventuell einigt, daß die Verjährung erst mit dem 3. Oktober 1990 losgehen soll, also vorher quasi gehemmt war? Oder werden wir eventuell zu der Überlegung kommen, daß man die Verjährungsfrist verlängern muß? Das kann natürlich erst dann geschehen, wenn wir uns über den Tatenumfang Kenntnis verschafft haben. Hierzu wird die Enquete-Kommission hoffentlich auch Beiträge direkt für den Bundestag leisten können.

Und wie ist das mit den Bahnen, in denen die Aufarbeitung künftig laufen soll, wenn wir über diese schwierige Phase der ersten zwei, drei Jahre, in denen wir diese Defizite haben, hinwegkommen? Soll die Aufarbeitung dann Universitäten überlassen werden? Oder sollten wir nicht Institutionen schaffen, die sich mit diesem Problem auseinandersetzen? Es ist ein Thema, auf das wir momentan noch keine Antwort haben. Die Enquete wird uns hier sicherlich auch ein ganzes Stück weiterbringen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß noch ein paar Worte zur parlamentarischen Besonderheit dieser Enquete-Kommission hier sagen. Bei dieser Enquete-Kommission stehen die Abgeordneten in einer besonderen geschichtlichen Verantwortung. Ich glaube schon, daß das etwas Untypisches ist, was wir hier machen. Das hat mit dem eigentlichen Dasein von Politikern, von Abgeordneten in Oppositions- und Regierungsposition relativ wenig zu tun; das ist sicherlich so. Aber ich glaube, wir müssen hier über unseren Schatten springen. Es gibt gerade gegenüber den Opfern so etwas wie einen Zwang zum Konsens. Ich will hier nicht verhehlen, daß ich auch heute bei der Debatte an einigen Stellen Angst hatte, daß wir das nicht schaffen. Ich habe deswegen am Anfang gesagt: „Mir ist jetzt wieder wohler.“ Aber natürlich sind meine Ängste an diesem Punkt nicht vollständig über dem Berg. Wir werden Streit nicht vermeiden können; darüber bin ich mir klar. Aber wenn es nicht gelingt, meine Damen und Herren, parteipolitische Interessen zu minimieren und die Themen in der Enquete so aufzugreifen, wie sie für das Leben in der DDR und in der SBZ bestimmend waren, dann ist unser Auftrag vor der Öffentlichkeit gescheitert.

Hier wird es zwei Eckpunkte geben. Der erste Eckpunkt ist diese Debatte heute, wo wir das zeigen müssen. Der zweite Eckpunkt wird die Frage sein, ob es gelingt, bis zum 20. Mai einen konsensfähigen Arbeitsauftrag für die

Enquete zu erarbeiten, den man der Öffentlichkeit auch zeigen kann und nicht nur der eigenen Partei. Das wird ein Punkt sein, wo wir noch Leistungen erbringen müssen, und da sind nicht nur die Mitglieder aufgefordert, sondern auch die Fraktionen, die hinter den Mitgliedern stehen. Ich glaube, hier müssen wir ran, auch wenn wir vor den Schwierigkeiten Angst haben. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Kollege Dr. Gerhard Friedrich das Wort.

Dr. Gerhard Friedrich (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eingangs kurz auf zwei Vorredner eingehen, zunächst auf den Kollegen Heuer, der sich hier wiederholt darüber beklagt hat, daß wir PDS-Reden mit Zwischenrufen stören. Jetzt will ich mal den harmloseren Vorwurf hier wiederholen.

Herr Kollege Heuer, Sie haben schriftlich und mündlich empfohlen, daß die Enquete-Kommission gleichgewichtig Fehlentwicklungen in den alten Bundesländern und SED-Unrecht und SED-Verbrechen untersucht. Damit erweist sich der Kollege Heuer als ein ganz großer Verharmloser. Das empört uns, und deshalb gibt es Zwischenrufe.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das nennt man Dialektik!)

Meine Damen und Herren, mir wird da immer mehr klar, weshalb sich diese Partei nicht neu gegründet hat, um einen Neuanfang deutlich zu machen, sondern sich damit begnügt hat, nur einen neuen Namen darüber zu stülpen, aber die Inhalte offensichtlich im wesentlichen beizubehalten.

(Dr. Wolfgang Bötsch [CDU/CSU]: Alte Brüder – alte Kappen!)

Das zweite: Altbundeskanzler Willy Brandt hat uns durch seine Rede heute Vormittag gezwungen, das aufzugreifen, was wir als deutschlandpolitische Auseinandersetzung hier 40 Jahre lang erlebt haben. Das war heute früh notwendig; aber ich möchte – durchaus in ähnlichem Sinne wie mein Vorredner, der das angedeutet hat – empfehlen, diese Auseinandersetzung wenigstens nicht schwerpunktmäßig in diese Enquete-Kommission hineinzutragen.

(Detlev von Larcher [SPD]: Das hat Willy Brandt auch nicht gemacht!)

Willy Brandt hat gesagt: Wir haben überhaupt keine Probleme, daß unsere Wahlprogramme aus dem Jahr 1987 zitiert werden. Da steht drin: Der Kern der Deutschen Frage ist die Freiheit. Deshalb sage ich parteipolitisch völlig uneigennützig: Diese Auseinandersetzung ist wieder einmal die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition. Sie ist notwendig. Aber behandeln wir sie an einer anderen Stelle! Momentan und in der Enquete-Kommission interessieren uns weniger die deutschlandpolitischen Sünden der SPD als die SED-Verbrechen; davon dürfen wir nicht ablenken.

(Detlev von Larcher [SPD]: Das war alles sehr ausgewogen, was Sie da gesagt haben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich schwerpunktmäßig mit der Rolle der Justiz – die sie bisher gespielt hat und die sie in Zukunft spielen muß – und damit befassen, daß diese Enquete-Kommission die Arbeit der Justiz nicht ersetzen, sondern ergänzen soll. Anlaß ist für mich folgendes Zitat – ich kann es nicht einmal mehr zuordnen, ich habe es mir aber gemerkt, weil es mich tief getroffen hat und mich immer noch beschäftigt -: „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat.“

Hier kommt die Enttäuschung darüber zum Ausdruck – Kollegen haben das schon angedeutet –, daß im Hinblick auf die Schüsse an der Mauer zur Zeit ausschließlich diejenigen angeklagt werden, die den Finger am Abzug hatten, nicht aber die Schreibtischtäter, die politischen Hintermänner; die Enttäuschung darüber, daß ein Großteil der SED-Prominenz noch heute frei herumläuft und sich profimäßig vermarktet und andere SED-Größen – heute gibt es wieder Pressemeldungen darüber – bisher nur wegen Nebensächlichem angeklagt wurden: Untreue usw.

Natürlich wäre auch bei uns im Westen die Empörung groß, wenn hinsichtlich eines bekannten Totschlägers eine Anklage nur deshalb erhoben würde, weil er bei einem Streifzug so nebenbei einen Zigarettensautomaten geplündert hat. Diese Empörung gerade in den neuen Bundesländern muß man verstehen.

Zwar habe auch ich ein gewisses Verständnis für den Ruf nach einem schnellen Prozeß, aber unterstützen kann ich diese Forderung nicht. In dem Augenblick, in dem sich die revolutionären Kräfte in den neuen Bundesländern dafür entschieden hatten, einen gewaltfreien Weg zu gehen, auf Gewalt zu verzichten, war eigentlich klar, daß es schnelle Prozesse nicht geben kann und nicht geben darf. Der Rechtsstaat darf solchen populären Forderungen nicht entsprechen. Er würde sich sonst selbst aufgeben. Wir verurteilen nicht auf Grund allgemeiner Eindrücke – auch wenn die noch so richtig sind –, sondern auf Grund vieler Einzelfakten, auch wenn man diese in einem Prozeß erst mühsam sammeln muß.

Wir haben uns dafür entschieden, daß sozusagen lieber ein Schuldiger frei herumläuft, als ein Unschuldiger zu Unrecht hinter Gefängnismauern verschwindet. Diejenigen, die unter diesem Unrechtsregime gelitten haben, müßten deshalb eigentlich Erleichterung empfinden. Und wie für alles im Leben müssen auch diese Opfer einen Preis bezahlen. Der Preis besteht darin, daß nicht nur sie vor Willkür geschützt sind, sondern auch die Täter, unter denen sie so lange gelitten haben.

Ich möchte aber nicht den Eindruck erwecken, als ob alles, was ich an nicht Befriedigendem angesprochen habe, sozusagen unabänderlich und die notwendige Folge der Anwendung unseres Strafgesetzbuches oder der

Strafprozeßordnung ist. Es gibt Probleme, die wir durchaus besser lösen könnten, andere, die wir, befürchte ich, gar nicht lösen können.

Es fängt schon damit an, daß wir beim Beitritt der damaligen DDR einen ganz kleinen Justizapparat übernommen haben, weil Recht „dort drüben“ natürlich nicht groß-, sondern ganz kleingeschrieben wurde. Natürlich mußten wir überprüfen, ob sich diese früheren Richter und Staatsanwälte für die Justiz in einem demokratischen Staat fachlich und von den persönlichen Voraussetzungen her eignen. Schon das hat Verunsicherung ausgelöst. Und verunsicherte Menschen sagen natürlich: Ich mache am ehesten dann keinen Fehler, wenn ich überhaupt nicht entscheide.

Ich habe gehört, in einzelnen Bundesländern sind 30 %, 40 % der früheren Richter übernommen worden. Damit sind sie natürlich noch lange nicht Spezialisten in der Anwendung unserer Strafprozeßordnung. Manche fordern von uns strengere Maßstäbe bei der Personalpolitik. Wir wollen hier aber nicht der PDS zuarbeiten, die den Eindruck erweckt, als würden wir es sozusagen als eine reine Westaufgabe betrachten, quasi als Sieger in der Mitte und im Osten Deutschlands aufzuräumen. Das wollen wir gerade nicht. Deshalb müssen wir bei der Personalpolitik Kompromisse schließen.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Brief eines Leitenden Oberstaatsanwalts aus einem neuen Bundesland erwähnen, der darauf aufmerksam gemacht hat, daß er von den Westkollegen, die er brauche, nach seinen Berechnungen etwa ein Siebtel habe. Dieses Siebtel ist momentan überwiegend damit beschäftigt, die übernommenen Ostrichter und junge Assessoren auszubilden. Ich darf in diesem Zusammenhang einen Appell an unsere Rechtspolitiker und auch an den Bundesjustizminister richten: Bitte sorgen Sie dafür, daß das vom Bundesrat vorgelegte Gesetz zur Vereinfachung der Rechtspflege wenigstens in den Grundzügen schnell verabschiedet werden kann. Wir müssen im Westen vorübergehend auf einen Teil der Luxusausstattung unseres Rechtsstaates verzichten, damit wir in den neuen Bundesländern endlich die Grundausrüstung garantieren können.

Ich möchte einen zweiten Punkt sehr kritisch ansprechen. Nach dem Tatortprinzip ist die Berliner Justiz für die Regierungs- und Vereinigungskriminalität zuständig. Es gab Vorschläge aus Bonn, eine zentrale Ermittlungsstelle einzurichten. Auch die bayerische Justizministerin hat zugestimmt und entschieden, daß diese Aufgabe bei einem Land angesiedelt bleiben soll. Ich sage den Justiz- und Innenministern der Länder: Wer sich auf Landeskompetenzen beruft – man kann dabei auf die Verfassung verweisen –, muß daraus auch die Konsequenz ziehen, diese Kompetenzen tatsächlich auszuüben.

Es ist schon mehr als ärgerlich, daß es etwa neun Monate gedauert hat, bis 51 Weststaatsanwälte bei der Berliner Justiz angekommen sind. Es gibt immer noch riesige Defizite bei den Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft, bei den Kriminalbeamten. Eine Zahl, die ich mir aufgeschrieben habe, besagt,

daß 33 Westkriminalbeamte in Berlin angekommen sind; eine neueste Zahl: 15 vom Bundeskriminalamt, 26 aus den alten Bundesländern. Das kann doch nicht wahr sein. Wir haben gestern noch einmal in Berlin angerufen und eine erschütternde Nachricht erhalten, nämlich die Aussage, man habe den Eindruck, daß bei der Zusammenarbeit mit den Innenministern der alten Bundesländer die Tendenz absolut lustlos sei. Das kann nicht so bleiben. Wir dürfen uns sonst nicht wundern, daß in Berlin zur Zeit bestimmte Großverfahren schlicht ruhen und nicht weiterbearbeitet werden.

Der Bundesinnenminister – im Detail kann ich das aus Zeitgründen nicht vortragen – hat weitere Hilfe angeboten. Wir können von ihm aber nicht erwarten, daß er die Probleme löst. Das Bundeskriminalamt hat insgesamt etwa 1 500 ausgebildete Kriminalbeamte, Nordrhein-Westfalen 4 600. Hier wird deutlich, wo personelle Ressourcen sind und wer zur Zeit vorrangig Hilfe leisten muß.

Selbst wenn diese Defizite aufgearbeitet sind, sollten wir uns nicht der Illusion hingeben, daß uns das, was an Urteilen eines Tages herauskommt, voll befriedigen wird. Wir haben heute mehrfach übereinstimmend festgestellt, daß nach der Verfassung, nach vielen Gesetzen der DDR und nach dem Statut der SED die Hauptverantwortung für alles, was in diesem Staat passiert ist, im Politbüro angesiedelt war. Wir hoffen ja immer noch, daß es eines Tages der Justiz gelingt, die Kausalkette in Einzelfällen nachzuweisen. Das ist ein mühsames Geschäft.

Wenn wir uns anschauen, wie diese Männerriege im Politbüro zusammengesetzt war, dann sehen wir allerdings, daß es sich um eine Greisenriege handelt. Wir müssen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in den neuen Bundesländern ganz nüchtern sagen: Die Wahrscheinlichkeit, daß diese Greisenriege noch in einem verhandlungsfähigen Zustand ist, wenn ein rechtskräftiges Urteil verkündet werden kann, ist doch wirklich sehr gering. Hier müssen wir nüchtern bleiben, um nicht Erwartungen zu wecken, die wir nicht erfüllen können.

Es gibt auch bei den unmittelbaren Tätern eine Unzahl von Problemen, vor allem im Bereich der Schuld. Sie werden auf Befehlsnotstand und auf Verbotsirrtum verweisen. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß nicht alles, was Unrecht war, nach unseren Gesetzen strafrechtlich zu ahnden ist.

Gerade deshalb hat die CSU im November des letzten Jahres erstmals die Empfehlung abgegeben, daß man diese auf Dauer nicht voll befriedigende Arbeit der Justiz durch ein parlamentarisches Gremium begleiten muß, das ergänzend Arbeit leisten soll. Die Opfer, die feststellen werden, daß nicht alle ihre Täter verurteilt werden, haben wenigstens einen Anspruch darauf, daß ihr Schicksal persönlich beschrieben werden kann – wir sollten sie übrigens einladen und ihnen die Chance geben, ihr Schicksal selbst zu schildern – und Unrecht auch politisch bewertet wird.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns schwerpunktmäßig auch noch um die richtigen Leute kümmern – dazu ist heute schon vieles gesagt worden –, dann dürfen wir nicht nur dauernd die Stasi-Akten auswerten und darüber reden. Es ist doch ganz klar, daß Herr Modrow bei seiner Überprüfung auf Mitarbeit bei der Staatssicherheit selbstverständlich als Saubermann herauskommen muß. Die Staatssicherheit durfte doch nicht über diejenigen, die angeleitet haben, die überwacht haben, Akten führen.

Die eigentlich interessanten Akten – ich bitte die Enquete-Kommission, die mit in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen – sind die Kaderakten der SED. Ich freue mich, daß es uns gelungen ist, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese wichtigsten Personalakten der früheren DDR in staatliche Verwahrung überführt werden können.

Mein letzter Satz lautet, Herr Heuer: Die Glaubwürdigkeit der PDS – früher SED – hängt natürlich ganz entscheidend davon ab, in welchem Zustand Sie uns die Kaderakten Ihrer Partei übergeben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Dr. Uwe-Jens Heuer [PDS/Linke Liste]: Ich schicke Ihnen meine Kaderakte!)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Jetzt hat unser Kollege Dr. Jürgen Schmude das Wort.

Dr. Jürgen Schmude (SPD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der Einsetzung der Enquete-Kommission wollen wir einen Erkenntnis- und Arbeitsprozeß fördern und in eine neue Bahn bringen. Längst aber ist er im Gange und sucht sich seine Wege – angemessene und auch zweifelhafte.

Von der Enquete-Kommission erwarten wir, daß sie keine Entfremdung Ost-West aufkommen läßt. Jahrzehntelang war es im Bundestag eine häufig und einhellig bekräftigte Grundüberzeugung westlicher Deutschlandpolitik, daß die Bürger der DDR Deutsche wie wir waren und daß es bei dieser Gemeinsamkeit bleiben sollte. Ich rufe das noch einmal in Erinnerung, um allen Legendenbildungen entgegenzutreten, als hätte die SPD hier eine andere Position vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Es gilt, an den damals gewonnenen Einsichten festzuhalten und schon den Ansätzen des Empfindens zu widerstreiten, als gebe es zwei Sorten Deutsche, von denen die einen oben und die anderen unten seien, die einen überlegene Beobachter und die anderen belastet mit einer kritikwürdigen Vergangenheit.

Wie ungerecht solches Wertungsgefälle wäre, wird jedem schnell klar, der sich vorstellt, die Sowjetunion hätte ihre Besatzungszone nach dem Krieg in Bayern, in der Pfalz oder am Niederrhein gehabt. Im einzelnen beziehe ich mich auf das, was Herr Mischnick und Herr Schmieder dazu gesagt

haben – das war sehr wichtig –, und führe fort: Eine solche Abhängigkeit, wenn wir sie denn im Westen erlebt hätten, hätte auch in anderen Teilen Deutschlands gewiß zu den gleichen Ergebnissen geführt. Dann wären eben andere Menschen in dieser Lage.

Da gab es über die Jahre hin im östlichen Deutschland viel Unheil und Unterdrückung, Menschenrechtsverletzungen und Mißwirtschaft. Aber das war nur ein Teil der Wirklichkeit, die nicht im ganzen von diesen Belastungen her abgestempelt und nicht zur verlorenen Zeit erklärt werden darf. Insofern hat die Frau, die Herr Meckel vorhin zitiert hat, nicht recht. Sie hat sich irritieren lassen.

(Beifall bei der SPD)

Es war doch die Lebenszeit von Menschen, die sich unter den herrschenden Umständen eingerichtet, die ihren privaten Bereich gegen totalitäre Zugriffe so gut wie möglich behauptet und ihre persönliche Lage Schritt für Schritt verbessert hatten. Trotz mancher Bedrängnis und Enttäuschung haben sie glückliche Zeiten erlebt, haben Selbstbewußtsein und ein gewisses Maß an Zufriedenheit entwickelt. Und sie haben in ihrer großen Mehrheit wachsende innere Distanz zur Besatzungsmacht sowieso, aber auch zu den deutschen Machthabern gewahrt.

Darin und in ihrer schließlichen Bereitschaft, mit dem System schnell und gründlich zu brechen, unterschieden sie sich deutlich von ihren und unseren gemeinsamen Vorgängergenerationen während der Nazi-Zeit. In jener gemeinsamen deutschen Vergangenheit war die Identifikation mit dem Staat und seinen Gewaltherrschern sehr viel stärker ausgeprägt trotz des verbrecherischen Krieges und des mörderischen Rassismus.

Die Auseinandersetzung mit dieser Nazi-Zeit ist nach dem Krieg zögerlich erfolgt, bald ins Stocken geraten und hat sich dann mühsam über Jahrzehnte hingezogen. Stattfinden mußte sie doch – auch schmerzhaft, aber viel zu spät und unter Inkaufnahme von schweren Nachteilen für den neuen Anfang. So ungleich die Zeiten und Verhältnisse waren, die Erfahrungen mit der erst versäumten und dann verzögerten Aufarbeitung lehren uns, daß man die Dinge nicht auf sich beruhen lassen darf und daß man der Wahrheit nicht ausweichen kann.

(Beifall bei der SPD)

Der Weg zu Versöhnung und innerem Frieden – was wir ja alle wollen – führt durch die Wahrheit hindurch. Beide sind in der Abwendung von ihr nicht zu gewinnen. Deshalb sind es weder praktikable noch hilfreiche Vorschläge, mit denen angeregt wird, die gerade erst eröffnete Akteneinsicht zu beschränken oder gar zu beenden. Auch da beziehe ich mich auf das, was schon Herr Meckel gesagt hat. Die Wahrheit würde sich auf die Dauer Bahn brechen.

Vergebung und Aussöhnung müßten sich als trügerisch erweisen, wenn sie ahnungslos oder unter falschen Voraussetzungen begründet worden sind.

Die Enquete-Kommission ergänzt den Weg der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und setzt ihn in besonderer Richtung fort. Andere Vorgehensweisen werden damit nicht entbehrlich und beiseite gedrängt. So kann es durchaus sinnvoll sein, mit dem zur Zeit entstehenden Forum zur Aufklärung und Erneuerung in kleineren Bereichen und exemplarisch Menschen zum klärenden Gespräch zusammenzuführen. Und es wird natürlich weitergehen, daß Betroffene Folgerungen aus der Einsicht in ihre Akten ziehen und daß Journalisten und Wissenschaftler über gewonnene Erkenntnisse öffentlich berichten. Wünschenswert ist dabei jedoch, daß in der Wechselwirkung der verschiedenen Wege Maßstäbe geklärt und faire, sorgfältige Verfahrensweisen gefördert werden.

Dem Bundespräsidenten kommt hier das Verdienst zu, ein weiteres Mal für wichtige Entscheidungen wegweisende Orientierung gegeben zu haben. Die Akten der DDR, zumal ihres Staatssicherheitsdienstes, sagt er, sind einseitig, müssen bewertet werden und dürfen nicht als objektive oder moralische Instanz für Verurteilungen genutzt werden. Das wird auch die Enquete-Kommission zu bedenken haben. Sie wird sich bemühen müssen, in den wirklichen Bedeutungsgehalt von Äußerungen und Vermerken aus der damaligen Sicht einzudringen. Da wurden Leistungsberichte erstattet und Phrasen gedroschen, die niemand besonders ernst nahm. Sie waren eben so üblich. Und es wurde in vorsichtigen Formulierungen zwischen den Zeilen geschrieben und gelesen. Dem damaligen Zuhörer war das erkennbar; der heutige Betrachter, zumal der westliche Betrachter, sieht leicht darüber hinweg.

Die Enquete-Kommission wird sich nach den Planungen für ihren Auftrag mit der Rolle der Kirche in der DDR zu befassen haben. Sie wird dabei, so hoffe ich, klare Linien in eine Diskussion bringen, die gegenwärtig von Mißdeutungen und Verdachtsunterstellungen geprägt ist. Man muß ja wahrlich nicht am Bild der „Heldenkirche“ festhalten, das sich vorübergehend aus dem Überschwang der Gefühle während der Wendezeit zu entwickeln schien. Aber es hatte doch seinen Grund, daß Menschen der Kirche vertrauten, daß sie Pfarrer in verantwortliche Aufgaben für den neuen Anfang riefen oder sogar nötigten. Dieser Tatsache verdanken wir ja auch einige Mitglieder unseres Hauses.

Die Menschen hatten schließlich erlebt, daß die Kirche einzelnen und Gruppen Schutz gewährte und daß sie ihrem Auftrag treu geblieben war, ohne sich vom Staat vereinnahmen zu lassen. Wir alle haben das erlebt, woran Herr Meckel und Herr Schäuble heute noch einmal erinnert haben, und haben im Bundestag oft genug die Kirche – meist war die evangelische gemeint – lobend gewürdigt. Führende Kirchenleute aus der DDR waren in Bonn begehrte

Gesprächspartner. Dieser Einstellung lagen Erlebnisse und Erfahrungen aus vielen Jahren zugrunde.

Soll das alles nicht wahr, soll das alles Selbsttäuschung gewesen sein, weil sich jetzt ergibt, daß sich einzelne Pfarrer und andere kirchliche Funktionsträger in anstößiger Weise mit dem Staatssicherheitsdienst eingelassen haben? Sollen diejenigen, denen man im Vertrauen auf ihre besonderen Beziehungen stets die schwierigsten Aufgaben im Umgang mit dem DDR-Staat zugeschoben hatte, jetzt dafür verurteilt werden, daß sie die damals erwarteten weitreichenden Beziehungen auch wirklich hatten und nutzten?

Meine Damen und Herren, das Ganze ist ein gewichtiger Beispielsfall dafür, wie jahrzehntelang hochangesehene Menschen mit völlig unsachgemäßer Verwendung von Informationsmaterial und mit höchst unpräzisen Verdächtigungen herabgesetzt werden.

Ich will ein Beispiel nennen. Da reicht offenbar nicht der naive Mißbrauch von Stasi-Akten. Es kommen auch oft genug – heute vormittag beklagt – die ehemaligen Offiziere des Staatssicherheitsdienstes zu Bedeutung und Ehren. Das Beispiel: Herr Diestel, CDU-Fraktionschef in Brandenburg, scheut nicht vor der offensichtlich absurden Verunglimpfung zurück, drei Viertel der kirchlichen Mitarbeiter seien Inoffizielle Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes gewesen. Man stelle sich das einmal vor.

(Wolfgang Thierse [SPD]: Ausgerechnet Diestel!)

Zur Berichtigung aufgefordert und nach Beweisen befragt, erklärt er, das habe er von einem hohen Stasi-Offizier erfahren. Das ist dann auch schon alles. Der weiteren Beweisführung bedarf es anscheinend nicht, um die Evangelische Kirche in den Schmutz zu zerren. Daß derselbe Stasi-Offizier in einem Magazin-Interview in dieser Woche erklärt, er habe eine solche Information gar nicht gegeben, sei als Fußnote hinzugefügt. Für die Schädigkeit des Rufmordes ist es wahrlich ohne Belang.

Zu wünschen ist, daß die Medien gegenüber solchem ebenso bösen wie leichtfertigen Gerede noch kritischere Distanz wahren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Der Bundespräsident hat die Pressefreiheit gewürdigt, aber vor dem Mißbrauch als Verleumdungsfreiheit gewarnt und der Verbreitung von Angst und Feindschaft heftig widersprochen. Sehr viele Journalisten – dafür bin ich dankbar – haben diese Mahnungen aufgegriffen und unterstützt. Andere, die stärker gemeint waren, werden sich davon hoffentlich noch beeindruckt lassen.

Gar nicht ernst genug können wir aus dem Westen Deutschlands die Ermahnung des Bundespräsidenten nehmen, uns vor der Rolle selbstgerechter Sprecher der Opfer oder gar der Rolle von Richtern zu hüten. In der Tat gilt es, über Verstrickung und Schuld zu reden. Aber zu ihnen ist es manchmal unter notvollen Umständen in einer Lage gekommen, in der sich die Bürger

des westlichen Deutschlands nicht befunden haben. Der Versuchung oder dem Druck, die manchen Ostdeutschen in die Verstrickung geführt haben, sind die Westdeutschen so wenig ausgesetzt gewesen wie der Belastung mit der sowjetischen Besatzungsmacht. Deshalb ist bei Aburteilungen aus westlichem Mund Zurückhaltung geboten, und zwar schon gegenwärtig und auch bei den vielen Ergebnissen, die wir von der Enquete-Kommission erwarten.

Mit der Einsetzung dieser Kommission eröffnen wir uns eine große Chance. Sie kann – noch wirksamer als alle anderen Aufklärungsverfahren – eine gründliche und abgewogene Erfassung wichtiger Zusammenhänge der jüngsten Vergangenheit leisten. Damit kann sie dazu beitragen, daß Zufälligkeit sowie Hektik und Hysterie der gegenwärtigen Auseinandersetzungen von einer sachgemäßen Gesamtbetrachtung abgelöst werden, die eine zuverlässigere Einordnung und Bewertung der einzelnen Vorgänge ermöglicht. Das kann so sein, und das sollte so sein. Es wird nur so sein, wenn alle Beteiligten der Versuchung widerstehen, sich parteipolitisch übereinander statt über die Sache herzumachen.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben oft Wahlkämpfe, meine Damen und Herren. Aber die Erstellung von Wahlkampfmaterial darf nicht einmal zum Nebenzweck der Kommissionsarbeit werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Auch sollte der Versuchung widerstanden werden, die deutschlandpolitischen Streitereien der letzten Jahrzehnte wiederaufzunehmen und einer nachträglichen Abrechnung zuzuführen.

(Wolfgang Thierse [SPD]: Leider hört Herr Schäuble damit nicht auf!)

Damit will ich keinesfalls ausschließen, daß deutschlandpolitische Leitvorstellungen und die Praxis der innerdeutschen Beziehungen und Verbindungen in ihrer Wirkung auf die Entwicklung in der DDR gewürdigt werden. Geschieht das gründlich und sorgfältig, ist es sogar ein großer Gewinn, jedenfalls im Verhältnis zu dem leider häufigen Gebrauch kurzer Anspielungen und Verdächtigungen, mit denen politischen Gegnern sozusagen Versagen und Irrwege durch Schlagwort und Stichwort vorgeworfen werden. Eine gründliche Diskussion täte da wahrlich gut.

(Beifall bei der SPD)

Ob die Kommission in ihrer politischen Besetzung diese klärende Aussprache zustande bringt, ist keinesfalls sicher. Vielleicht lassen die Politiker da den Wissenschaftlern den Vortritt. Vielleicht gibt dieser Aspekt auch noch einen zusätzlichen Anreiz, die Zahl der Wissenschaftler zu erhöhen.

(Beifall des Abg. Markus Meckel [SPD])

Ich will zur Deutschlandpolitik nur noch einen Beispielsfall aufgreifen, über den ebenfalls zu sprechen sein wird. Ob im Rahmen dieser Politik alle

einzelnen Schritte gleichermaßen hilfreich waren, darüber wäre ein offener Disput sehr reizvoll. Aber die zwei Beispiele: Ich halte die Vereinbarung des Dialog- und Streitpapiers zwischen SPD und SED im August 1987 auch nachträglich für ebenso richtig wie den anschließend im September 1987 stattfindenden offiziellen Empfang Honeckers in der Bundesrepublik. Beides hat der DDR-Führung nur dem flüchtigen Anschein nach genützt. In Wahrheit hat es sie sogleich in innere Konflikte gestürzt, alte politische Positionen der dortigen Führung öffentlich demontiert und sie damit nachhaltig geschwächt. Das läßt sich in einer umfassenden Betrachtung der damaligen Abläufe sehr gut belegen, aber eben nicht bei der Beschränkung auf kurze Blicke und schnelle Vorwürfe.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mit gewichtigen Gründen haben wir uns oft genug gegenseitig ermahnt, uns nicht von deutschen Selbstbetrachtungen und Bemühungen nur um die eigene Sache gefangennehmen zu lassen. Unsere Verpflichtungen gegenüber anderen in der Welt dürfen nicht notleidend werden. Der Bedarf an Hilfe und Zuwendung ist ja nach der Einheit noch viel größer geworden. Aber unser eigenes Haus müssen wir in Ordnung halten und – bei Bedarf – in Ordnung bringen. Das brauchen wir für unser Selbstverständnis als Bürger des nun alle Deutschen umfassenden demokratischen und sozialen Rechtsstaats Bundesrepublik Deutschland. Die Enquete-Kommission kann und soll uns dazu wertvolle Hilfe leisten.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der ...)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat das Wort unsere Kollegin Angela Merkel.

Dr. Angela Dorothea Merkel (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum zweitenmal stehen wir Deutsche vor der schwierigen Frage, wie wir mit einer totalitären Vergangenheit umgehen sollen. Aus meiner Sicht sollten wir dabei vor allem beachten, daß es immer um Menschen, um ihre Handlungen und um ihre Schwächen geht und daß sich die Aufteilung von Schwächen und Stärken nicht nach der Geographie richtet: im Westen nur die Charakterfesten, im Osten nur die Täter, Anpasser oder Mitläufer. Wir müssen vielmehr, denke ich, auch nach den Alltäglichkeiten und den Lebensumständen im geteilten Deutschland fragen. Dazu möchte ich zwei Erlebnisse nennen.

Ein Schüler einer elften Klasse in Suhl möchte Biologie studieren. Das dafür notwendige Prädikat „besonders geeignet“ kann er nur erhalten, wenn er statt eineinhalb Jahre drei Jahre zur Armee geht.

In Emden trifft bei einer Familie ein Brief ein, in dem von den Verwandten in der DDR die Bitte geäußert wird, das Buch „Archipel Gulag“ von Solschenizyn beim nächsten Besuch in Dresden mitzubringen.

Zwei Beispiele aus dem geteilten Deutschland: In beiden Fällen haben Menschen abgewogen, ob sie Nachteile in Kauf nehmen, ob sie, wie im ersten Fall, nicht Biologie studieren, oder, wie im anderen Fall, die Aufnahme in die Liste der ständig zu Kontrollierenden riskieren wollten, nur um dieses eine Buch über die Grenze zu bringen.

Mir scheint, diese beiden Geschichten machen deutlich, daß die Aufarbeitung der Vergangenheit in der DDR alle Deutschen etwas angeht. Denn niemand, weder in Ost noch in West, konnte so tun, als sei er vom

Schicksal des anderen nicht betroffen. Die Teilung Deutschlands ist eine Folge des Zweiten Weltkriegs und damit Folge unserer gesamtdeutschen Geschichte. Ich denke, dies kann nicht oft genug gesagt werden.

In der gegenwärtigen Diskussion über die Vergangenheit spielt der Staatssicherheitsdienst eine wichtige Rolle. Aber dabei droht mir allzu leicht die Tatsache in den Hintergrund zu rücken, daß der Staatssicherheitsdienst ein Instrument des SED-Staats war. Die SED als Einheitspartei war die alles dominierende und strukturierende Kraft. Vorbild war Lenins Partei „neuen Typs“. Und jeder, der die Grundlagen der Partei zur Kenntnis nahm, mußte sehen, daß es hier um einen unteilbaren Wahrheits- und Machtanspruch für eine Elite von Genossen ging. Sie dachten und handelten nach dem alten bolschewistischen Grundsatz: Uns ist alles erlaubt, denn unsere Humanität ist absolut.

Unter diesem Leitsatz ging die SED daran, die Diktatur des Proletariats in der DDR zu errichten. Klassenkampf war die Parole. Das hieß Abschottung gegen den „imperialistischen Klassenfeind“. Das hieß Klassenjustiz in der Rechtsprechung, Parteilichkeit in Wissenschaft und Kunst, Enteignung des Privateigentums, Zensur in Presse und Literatur. Und das hieß Erziehung zur „allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit“ von der Kinderkrippe bis zur Universität.

Dieser Klassenkampf war keineswegs nur Stalinismus. Die SED bekannte sich bis zum Schluß zu Lenin. Er hatte die „unbedingte und strengste Einheit des Willens“ verlangt. Er forderte die völlige Unterordnung des Einzelnen unter die Sowjetmacht als „eine Macht, die an keine Gesetze gebunden ist“.

Trotz aller Rhetorik von der Befreiung des Menschen von Ausbeutung, Entfremdung und Herrschaft, der Leninismus war von Anfang an nicht etwa eine Befreiungsphilosophie, wie so oft und gerne behauptet, sondern eine Anleitung zur Unterdrückung der Massen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wilhelm Pieck sprach davon, die SED zu einer Millionenpartei des deutschen Volkes zu machen, „um damit alle inneren Feinde zu schlagen“. Die Folge war, daß Tausende von Demokraten – Sozialdemokraten ebenso wie Liberale

und Christdemokraten – in Gefängnisse und Lager gesteckt wurden. Viele kamen dabei um, andere flohen vor Verfolgung und Druck in den Westen.

Es gehört natürlich auch zur Wahrheit, daß sich unter diesem Druck viele anpaßten und der Gleichschaltung von CDU und LDPD als Blockpartei nicht widerstanden. Die SPD konnte nicht zur Blockpartei werden; sie war schon zwei Jahre vorher in der SED aufgegangen. Auch darüber müssen wir heute diskutieren.

Ich denke, in dieser Hinsicht darf nichts verdrängt, nichts vertuscht werden. Wahrheit ist, daß Mitglieder aller Parteien, auch weite Teile der SPD, für die Gründung der sozialistischen Diktatur mitverantwortlich waren.

Die Menschen, die in diesem System leben mußten, wurden zu Gefangenen im eigenen Lande. Dieses System hat es trotz großer Anstrengungen zu keiner Zeit vermocht – das müssen wir auch sehen –, daß die Menschen in der DDR sich mit ihm identifizierten. Die DDR war im Grunde schon gescheitert, noch bevor sie ins Leben trat. Sie konnte immer nur durch Panzergewalt und russische Truppen im Zaume gehalten werden. Wir haben das am 17. Juni 1953 und im Jahre 1961 erlebt.

Die meisten Menschen haben diesen Staat von Anfang an als das empfunden, was er war: eine Diktatur, die auf der Anwendung von Gewalt beruhte. Die Menschen haben sich ja dagegen gewehrt, in verschiedenen Formen. Sie haben geschwiegen, sie haben sich unter dem Dach der Kirchen getroffen, sie haben sich Nischen gesucht, sie waren mehr oder weniger mutig. Aber sie haben den ständigen Konflikt von Anpassung und Widerstand gespürt.

Verwundert waren wir im Osten oft darüber, welche Illusionen man sich im Westen über die DDR machte. Auch darüber müssen wir, so meine ich, diskutieren. Wie war es denn möglich, daß im Westen die sogenannten fortschrittlichen Gruppierungen den Diktaturen im Osten einen Bonus einräumten, den sich rechte Diktaturen in anderen Staaten nur erträumen konnten?

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Sehr gut!)

War es ein Beitrag zur Überwindung des totalitären Zwangssozialismus, als von führenden Persönlichkeiten im Westen die Forderung nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft erhoben wurde?

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

War es hilfreich, Honeckers Geraer Forderungen, die u. a. die Schließung der Erfassungsstelle für Unrechtstaten in Salzgitter betrafen, zu unterstützen? War die Forderung nach Streichung der Präambel des Grundgesetzes und nach der Aufgabe des Wiedervereinigungsgebotes nicht Wasser auf die Mühlen der DDR-Gewaltigen?

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Hat man sich jemals gefragt, wie auf uns die Aussagen des heutigen Ministerpräsidenten Schröder wirkten, daß Honecker „ein zutiefst redlicher

Mann“ war? Hat man eigentlich einmal mit den Oppositionellen im Ostblock darüber gesprochen, was sie von der Forderung hielten, daß „Frieden wichtiger ist als Freiheit“?

Was ist mit der Aufarbeitung von Vergangenheit gemeint? Ich denke, es geht vor allen Dingen um das Erinnern. Erinnern bedeutet, Strukturen und Mechanismen des SED-Regimes sichtbar zu machen. Erinnern bedeutet aber auch, sich auf die Alltäglichkeiten zu besinnen: Bespitzelung und Drangsalierung, die Dominanz des Staates über die Familie, die Unmöglichkeit, ein Gefühl für Eigentum zu entwickeln, das eindimensional ausgerichtete Bildungssystem, die Nivellierung menschlichen Lebens auf Kosten von Phantasie, Kreativität und Emotionalität.

Die Dimension von Leid war sehr vielfältig in der DDR. Die, die im Gefängnis saßen – viele haben das nicht überlebt –, die, die ständig psychisch und physisch drangsalieren wurden, haben die bittersten Erfahrungen machen müssen.

Doch die Vorenthaltung grundlegender Menschenrechte, wie die Freiheit der Meinungsäußerung oder der Reise, betraf alle 17 Millionen Menschen in der DDR. Hinzu kamen ungerechtfertigte Enteignungen, Zwangsumsiedlungen und das Verbot von Büchern und Zeitschriften.

Niemand, der in der DDR lebte, entkam einem Zwang. Es ging allenfalls um mehr oder weniger Mitmachen, um mehr oder weniger Kompromisse. Das hat die Denk- und Verhaltensweisen der meisten Menschen geprägt. Hier liegen Schädigungen eines Systems vor, unter denen wir noch lange leiden werden.

Aber bei der Aufarbeitung muß es auch um die Bewertung von Handlungen gehen. Diese Bewertung – damit plagen wir uns heute ja herum – fällt uns besonders schwer. Sie setzt Maßstäbe oder ein Koordinatensystem voraus, wonach wir uns richten können. Heute, so scheint es mir, hat jeder noch sein eigenes Koordinatensystem, das er mit sich herumträgt und das er für sich für gut befindet. Jetzt müssen wir den Versuch machen, allgemeine Maßstäbe für die Bewertung dessen zu finden, was in der Vergangenheit geschehen ist. In dieser Frage hoffe ich auf die Enquete-Kommission.

Wir werden, wenn es um die Rolle des Einzelnen in einer Diktatur geht, sehen, daß es mutige Menschen gab. Aber wir werden auch sehen, daß eine Diktatur nur dann funktioniert, wenn sich viele bereit finden, mitzulaufen und mitzumachen, und wenn sich viele zu aktivem Handeln bereit finden. Die Perfidität des SED-Regimes bestand gerade darin, menschliche Schwächen für sich auszunutzen.

(Zustimmung des Abg. Markus Meckel [SPD])

Im SED-Regime kam beides zusammen – das macht die Sache so schwierig –: einmal das individuelle Nichtstandhaltenkönnen und auf der anderen Seite die Brutalität und Heimtücke des Systems. Es wird sich herausstellen, daß die

Apparate vielfältig verflochten waren, daß es aber immer Menschen waren, die handelten, und daß die Apparate ganz konkreter menschlicher Entscheidungen bedurften.

Deshalb empfinde ich es wie viele andere als einen Hohn, wenn jetzt gerade diejenigen, die allen Grund hätten, wenigstens einmal eine Weile lang zu schweigen, uns weismachen wollen, daß alle Täter im Grunde auch Opfer waren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich sehe es als eine herausragende Aufgabe der Enquete-Kommission an, sich des Leides der Opfer in seiner Vielfalt anzunehmen. Sie muß vor allen Dingen das leisten, was Rechtsprechung nicht kann, moralische Bewertungen vornehmen und nicht justitiable Sachverhalte zusammenstellen. Ich denke, deshalb hat die Arbeit dieser Kommission etwas mit moralischer Wiedergutmachung zu tun. Dies ist um so dringender, als wir täglich erleben, daß der Rechtsstaat nicht jedes individuelle Leid wiedergutmachen kann.

Aber ich glaube, Rehabilitierung reicht über den Buchstaben von Gesetzesvorschriften weit hinaus. Sie hat etwas mit einem Geist zu tun, den ich mir ab und an auch in der Rechtsprechung von Gerichten heute in der Bundesrepublik wünsche. Vor allen Dingen brauchen wir mehr Phantasie und Kreativität als die Routine jahrzehntelanger Gesetzmäßigkeit. Wir müssen jetzt, wo wir für die innere Einheit Deutschlands arbeiten, auch bereit sein, unkonventionelle Wege der Wiedergutmachung zu gehen. Es darf nicht immer gleich heißen: das Grundgesetz oder dieses und jenes läßt dies aber nicht zu. Ist es denn nicht gerechtfertigt, länger BAföG zu zahlen, wenn jemand endlich eine gewünschte Ausbildung nachholen kann? Können wir nicht auch in anderen Bereichen zu Ausnahme- und Sonderregelungen kommen, die uns ein kleines Stück ausgleichender Gerechtigkeit bringen?

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb meine dringende Bitte, daß diese Enquete-Kommission uns noch einmal deutlich macht, wo wir mehr Phantasie im täglichen politischen Handeln walten lassen können.

In diesen Zusammenhang gehört auch, daß wir das System der organisierten Verantwortungslosigkeit, wie wir es ja schon in der DDR genannt haben, durchbrechen. Denn daß dies noch immer nachwirkt, zeigt sich für mich daran, daß es heute so schwer scheint, die Hauptverantwortlichen für irgendeine ihrer Taten zur Rechenschaft zu ziehen. Deshalb möchte ich hier noch einmal betonen, daß es gelingen muß, die Verurteilung der Hauptverantwortlichen zügig zu vollziehen. Es ist eine historische Pflicht für die alten Bundesländer, Berlin, das dabei die Hauptaufgabe hat, zu helfen.

Es geht mir darum, daß bei allem, was geschah, nicht vergessen wird, daß es Menschen waren, die handelten und betroffen waren. Es wird jetzt nicht ganz

auszuschließen sein, daß es zu Ungerechtigkeiten und Fehlurteilen kommt. Aber gerade weil es um Menschen und Familien geht, ist das Bemühen um ein hohes Maß an Sorgfalt in den Bewertungen geboten. Sind wir dazu nicht fähig, bringen wir den Mut zu differenzieren nicht auf, werden wir die innere Einheit nicht gewinnen. In Ostdeutschland gibt es – das ist heute hier schon oft gesagt worden – das bittere Wort vom „Plattmachen“. Dieser Eindruck darf sich nicht verfestigen. Das werden wir schaffen, wenn wir niemanden verdächtigen und beschuldigen, ohne daß konkrete Beweise vorliegen. Wir brauchen keine Klischeebilder. Wir brauchen auf Tatsachen beruhende Analysen der Verhältnisse. Wir brauchen die Einsicht der Westdeutschen, daß ihr Mut nicht größer war als der ihrer Landsleute im Osten, denn das haben wir an verschiedenen Fällen ja beobachten können.

Deshalb meine Bitte: Wer im Osten Wahrheit einfordert, muß auch zur Redlichkeit im Westen fähig sein. Wenn uns das gelingt, werden wir eine erfolgreiche Enquete-Kommission haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Abgeordnete Dietmar Keller das Wort.

Dr. Dietmar Keller (PDS/Linke Liste): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieser Tage las ich in „El Dia Latino Americano“ einen Artikel, und ich möchte mir erlauben, daraus zu zitieren:

Die DDR war übermäßig geordnet und sicher, aber ohne die notwendigen Freiheiten, die heute substantiell für ein voll erfülltes Leben sind, eine langsame Gesellschaft in einer schnellen Welt, eine isolierte Gesellschaft in einer immer mehr vereinten und wechselseitig verbundenen Welt, die weder die Mauern von Berlin noch die Beschränkung für die Freizügigkeit von Personen, Gütern und Ideen toleriert. Vielleicht ist es eine tragische Gewißheit, daß es in der Lage, in der sich die DDR befand, im Herzen Europas und an der Grenze mit dem Kapitalismus in der BRD, keine andere Art und Weise gab für die Gestaltung des Sozialismus als in dieser Form. Aber das würde auch heißen, daß das, was man dort versuchte, ein unmögliches Unterfangen war. Deshalb sind wir traurig, denn das wären 40 verlorene Jahre. Soviel Bewußtsein, Energie, Opfergeist und Intelligenz anscheinend für umsonst verbraucht. Alles für nichts. Aber es wird nicht so sein. In dem vereinten Deutschland von morgen wird in der einen oder anderen Form das viele Gute, was die DDR im sozialen Gefüge ihres Landes hinterläßt, in die Poren der vereinten ganzen Nation eindringen und in ihrem tiefsten Inneren den Samen der Gerechtigkeit, der Vernunft und Menschenwürde einpflanzen, der im Inneren dessen keimte, was aufhört, die Deutsche Demokratische Republik zu sein.

Der Autor dieses Artikels ist der Präsident der Sozialistischen Partei Chiles,
(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Almeyda!)

gegenwärtig Botschafter seines Landes in Moskau.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Das wollte ich gerade sagen! Ich habe ihn gleich erkannt!)

– Hören Sie doch erst einmal zu! Er hat Erich Honecker Exil gewährt.

(Zuruf von der SPD: Asyl! – Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Er bringt einen Terroristen unter! In einer konspirativen Botschaft! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Dem armen alten kranken Mann!)

Das ist die Antwort darauf, daß Erich Honecker und die DDR ihm und seinen Freunden 1975 ebenfalls Exil gewährt haben. Diese Chilenen hatten ihren Antrag zuerst in der Bundesrepublik Deutschland gestellt. Die Bundesrepublik Deutschland hat diesen Exilantrag abgelehnt. Der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat das damit begründet, daß es ein Sicherheitsrisiko sei.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Das ist wahr!)

Der damalige Ministerpräsident hieß Filbinger. Er ist trotz seiner Geschichte Ministerpräsident eines Bundeslandes der Bundesrepublik Deutschland geworden.

Vor wenigen Tagen hat Gustav Just völlig zu Recht sein Mandat wegen eines begangenen Kriegsverbrechens – er war damals 20 Jahre alt – zurückgegeben.

(Udo Haschke [Jena] [CDU/CSU]: Ein gutes Vorbild!)

Er ist ein Mann, der in der DDR vier Jahre im Zuchthaus gesessen hat. All das ist deutsche Geschichte.

Wir wollen gemeinsam den Versuch machen, diese Geschichte aufzuarbeiten. Ich hoffe, wir sind uns darüber im klaren, daß zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit ein Land versucht, seine eigene Geschichte aufzuarbeiten. Es gibt nichts Vergleichbares. Selbst die „Grande Nation“ hat es aus Anlaß des 200. Jahrestages ihrer großen Revolution nicht geschafft, sich kritisch ihrer eigenen Geschichte gegenüber zu verhalten. Wie viele Bücher wurden geschrieben und wie viele Streite wurden ausgetragen, bis die Lutherische Reformation und der Münzerische Bauernkrieg eine einigermaßen konsensfähige Würdigung in der Welt fanden! Wie viele Irrungen mußte das deutsche Volk hinter sich bringen, und wie viele Irrungen bringt es jeden Tag neu hinter sich!

Ich habe mit großem Entsetzen die Ausstellung „Entartete Kunst“ in Berlin gesehen. Ich habe mich dafür geschämt, daß Ende der 40er Jahre, Anfang der 50er Jahre im Rahmen der Formalismus-Diskussion in der Sowjetischen

Besatzungszone und dann in der DDR fast ähnliche Argumente wie damals beim Verbot der Ausstellung „Entartete Kunst“ gebraucht wurden.

Herr Brandt, Herr Mischnick, Herr Eppelmann haben hier vieles gesagt, dem ich ohne Probleme zustimmen kann. Es sind Vorgaben formuliert worden, die die Arbeit dieser Enquete-Kommission prägen können. Aber ich möchte auch darauf aufmerksam machen, daß vieles viel komplizierter ist, als es sich manchmal in Worten darstellen läßt. Wenn hier über die Geschichte der DDR gesprochen wird, und zwar von jemandem, der Bundesminister in der jetzigen Regierung ist, dann sage ich: Auch Sie, Frau Merkel, haben – ebenso wie Ihre beiden anderen Ministerkollegen – Ihre Ausbildung, Ihr Studium in der DDR absolviert. Auch Sie haben Marxismus-Leninismus-Prüfungen gemacht.

(Udo Haschke [Jena] [CDU/CSU]: Machen müssen! Doch nicht freiwillig!)

Ich frage Sie nicht, was Sie dort gesagt haben.

(Udo Haschke [Jena] [CDU/CSU]: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Ich frage Sie nicht, ob Sie den Mut gehabt haben, den Sie jetzt von anderen Menschen einfordern.

(Monika Brudlewsky [CDU/CSU]: Ich z. B. durfte gar nicht studieren! – Dr. Rudolf Karl Krause [Bonese] [CDU/CSU]: Eine Verhöhnung der Opfer der DDR ist das!)

– Über Opfer möchte ich jetzt nicht reden; ich weiß nicht, wen Sie da meinen.

(Udo Haschke [Jena] [CDU/CSU]: Das kann nicht wahr sein!)

Ich möchte Herrn Mischnick zustimmen, der gesagt hat, die deutsch-deutsche Geschichte sei fest in die internationale Geschichte eingebettet; es frage sich, wie wir heute dastünden, wenn die vier Besatzungsmächte eine andere Grenzziehung vorgenommen oder andere Standorte gewählt hätten, und wie wir heute dastünden, wenn die vier Besatzungsmächte nicht den Wunsch gehabt hätten, Deutschland zu teilen. Der Bundeskanzler hat einmal das Wort eines Publizisten gebraucht – er ist dafür kritisiert worden -: „Gnade der späten Geburt“. Als ich das jetzt wieder las, fiel mir das Wort ein: Gnade der Chance, im Westen Deutschlands geboren zu sein oder dort seine Heimat gefunden zu haben.

(Dr. Sigrid Hoth [F.D.P.]: Euch ging es doch gut! – Udo Haschke [Jena] [CDU/CSU]: Das haben wir aber vorher von Ihnen ganz anders gehört!)

– Was Sie von mir schon gehört haben, weiß ich nicht.

(Udo Haschke [Jena] [CDU/CSU]: Ich habe neulich zitiert, was Sie beim MfS berichtet haben!)

– Wenn Sie eine Frage haben, stellen Sie sich ans Mikrophon. Dann kann ich sie richtig beantworten. Sonst wird es ein Zwiegespräch zwischen uns beiden, was nichts einbringt.

(Dr. Günther Müller [CDU/CSU]: Das ist wahr!)

Ich möchte gern, daß wir, wenn wir uns gemeinsam auf eine Enquete-Kommission einigen, sehr differenziert an diese Fragen herangehen. Dazu zwei Bemerkungen:

Herr Eppelmann, Sie sprachen bestimmt aus konkreter Kenntnis von religiösen Familien, die sich nicht getraut haben, ihre Kinder zur Konfirmation zu schicken.

(Martin Göttching [CDU/CSU]: Christliche, nicht „religiöse“!)

– Entschuldigung: christliche Familien. – Ich komme aus einer nicht partei-gebundenen Arbeiterfamilie. Ich bin zur Konfirmation gegangen. Ich bin auch zur Jugendweihe gegangen, weil ich auf der Suche war. Ich habe mich für eine atheistische Weltanschauung entschieden. Ich bin aber nicht dafür bestraft worden, daß ich

(Zuruf von der CDU/CSU: Zur Jugendweihe gegangen bin!)

zur Konfirmation gegangen bin. Ich habe auch auf normalem Wege studiert.

Hier ist vom Besuch Erich Honeckers 1987 in Bonn gesprochen worden. Ich kann die Argumente einigermaßen nachvollziehen, die hier von Regierungsmitgliedern formuliert worden sind. Aber war es nicht auch ein fürchterlicher Preis, den andere Menschen bezahlen mußten? Ist nach diesem Honecker-Besuch und nach der scheinbaren außenpolitischen Aufwertung nach innen nicht vieles passiert, was vordem gar nicht möglich war? Ich erinnere nur daran, daß mit dem „Sputnik“-Verbot und dem Verbot von sowjetischen Filmen repressive Maßnahmen ergriffen worden sind, die vordem nicht möglich waren und an denen viele Menschen zerbrochen sind.

Ich bin im Interesse unseres eigenen Lebens, unserer eigenen Geschichte und auch im Interesse der Geschichte unserer Kinder und Kindeskinde für eine rückhaltlose Aufarbeitung der Geschichte. Ich brauche sie auch als demokratischer Sozialist, um zu wissen, was die Ursachen des Scheiterns des Sozialismus im 20. Jahrhundert sind. Ich brauche sie, um zu wissen: Sind Ideen des demokratischen Sozialismus brauchbar, sind sie gut, und was muß als Antwort auf die gegenwärtige Bundesrepublik Deutschland gegeben werden? Ist sie die letzte Antwort der Geschichte? Wo ist sie verbesserungsbedürftig, und in welchen Fragen braucht sie neue Alternativen, neue Antworten?

Die Enquete-Kommission kann und muß einen Beitrag zur Aufhellung der deutschen Geschichte leisten. Aber es wird eben nur ein Beitrag sein, der vor allem durch wissenschaftliche Forschungen und durch solide Arbeit in den Archiven ergänzt werden muß. Er muß durch runde Tische und eine von Toleranz geprägte gesellschaftliche Öffentlichkeit ergänzt werden, die in den vielfältigsten Formen über ihre eigene Geschichte und über ihre eigenen Biographien diskutiert.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat das Wort zu einer Kurzintervention der Kollege Schmieder.

Dr. Jürgen Schmieder (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf auf die Ausführungen von Herrn Heuer vorhin Bezug nehmen. Ich bin direkt angesprochen worden. Er hat aus meiner Rede ein, zwei Worte herausgegriffen und völlig aus dem Zusammenhang gerissen.

Ich habe von Volksverdummung und Volksverhetzung gesprochen. Das würde ich in dem Zusammenhang, den ich nannte, auch wieder tun. Er hat diese Worte völlig losgelöst und hat den Eindruck erweckt, er hätte zugehört. Das hat er natürlich nicht. Er hat nicht einmal verstanden, was er gehört hat. Das nehme ich ihm nicht übel. Es ist eben so.

Aber daß er diese Aussage mit meinem Bildungsweg in Zusammenhang zu bringen versucht, ist für mich nicht nachvollziehbar. Gut, ich habe in diesem Land meine Ausbildung genossen. Das ist völlig klar. Ich habe ja dort gewohnt. Gerade deswegen habe ich diese Formulierung gebracht. Ich habe ein Studium auf dem Gebiet der Thermodynamik, der Wärmetechnik, absolviert. Auch für Kommunisten war es so, daß das Wasser bei 100 Grad kocht. Das ist völlig logisch. Das konnte man nicht verändern.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU/CSU)

Ich kann zwar nicht verhehlen, daß sich manchmal der Boden des Topfes ein bißchen rot färbte. Das haben wir toleriert. Aber was ich gemeint habe, ist folgendes: In meinem Studium mußte ich mehrfach diese ewig langen dreifach gegliederten Lehrgänge über Marxismus-Leninismus über mich ergehen lassen. Das habe ich mit Volksverdummung und Volksverhetzung gemeint: Es ist jahrelang versucht worden, uns einzureden, diese Lehre wäre eine Wissenschaft. Das hat Herr Heuer vorhin wieder gemacht. Davon muß ich mich eindeutig distanzieren.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Kollege Dr. Günther Müller das Wort.

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der ehemalige Minister für Staatssicherheit in der früheren DDR, Erich Mielke, steht zur Zeit in Berlin vor Gericht, allerdings nicht wegen seiner Verbrechen in der DDR, für die er persönlich verantwortlich ist, hieß es doch in § 8 des Statuts des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit:

Der Minister leitet das MfS nach dem Prinzip der Einzelleitung. Er ist persönlich für die gesamte Tätigkeit des MfS verantwortlich.

Vor Gericht steht er vielmehr wegen einer Mordtat, die er als Mitglied des

geheimen Militärapparats der KPD im Jahre 1931 an zwei Berliner Polizisten begangen haben soll. Dieser Prozeß macht uns deutlich, um was es geht.

Die unter heftigen Geburtswehen gegen den Aufstand der KPD entstandene erste deutsche Republik von Weimar war von Anfang an herausgefordert durch die beiden totalitären Gruppierungen, die völkischen Rechtsradikalen und späteren Nationalsozialisten und die Kommunisten, die sich nicht scheuten, gelegentlich bei Volksentscheiden oder etwa beim Berliner Verkehrsstreik auch gemeinsame Sache gegen die Demokratie zu machen. – Soviel zu Ihrem antifaschistischen Engagement.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Das zwölfjährige Intermezzo des „Tausendjährigen Reiches“ ging 1945 zu Ende, just zu dem Zeitpunkt, wo sich die Parole der KP von 1932 „Nach Hitler wir“ bestätigte und die 44jährige Terrorherrschaft der SED begann, die Diktatur des Proletariats. Wie schreibt doch Lenin in seinem Werk „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“:

Revolutionäre Diktatur des Proletariats ist eine Macht, die erobert wurde und aufrecht erhalten wird durch die Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie.

Das haben Sie 44 Jahre lang in Ihrem Staate vorgeführt!

In Art. 1 der Verfassung der DDR aus dem Jahre 1974 heißt es in wörtlicher Übernahme der sowjetischen, der Stalinschen Verfassung von 1936 – ich zitiere –:

Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.

Was Diktatur des Proletariats selbst für die Mitglieder der KP bzw. SED bedeutete, kann man so recht nachlesen im Stenogramm der geschlossenen Parteiversammlung der Deutschen Kommission des Sowjetschriftstellerverbandes vom September 1936 in Moskau, wo nach den ersten Stalinschen Säuberungsprozessen und der Verabschiedung der schon zitierten Verfassung unter dem Motto der proletarischen Wachsamkeit die eigenen Genossen ans Messer geliefert wurden. Die Entscheidung der kleinen Parteikommission der KPD, bestehend aus den Genossen Ulbricht, Dengel und Funk, über das Ruhen einer Mitgliedschaft, bis andere Stellen ihre Untersuchung beendet haben, kam oft einem Todesurteil gleich. Die Überlebenden, Alfred Kurella, Willy Bredel, Johannes R. Becher, Friedrich Wolf, um nur einige zu nennen, waren nach 1945 für die deutsche Diktatur des Proletariats verantwortlich.

Die DDR war kein Staat wie jeder andere. Es war weder der Staatspräsident noch die Volkskammer, die etwas zu sagen hatten, sondern es waren das Zentralkomitee und das Politbüro der SED, die die Diktatur ausübten. Um

so erstaunlicher ist es, daß dies im westlichen Teil unseres Vaterlandes im Laufe der Jahre immer mehr verdrängt wurde. Die kommunistische Diktatur wurde verharmlost. Man wollte die DDR und die Bundesrepublik wie zwei gleichwertige politische Systeme definieren. Das geschah selbst im „DDR-Handbuch“, wo zuerst Ministerrat, Volkskammer usw. genannt wurden und erst am Ende die SED und ihre Kader, die eigentlichen Machthaber.

Ich war sehr dankbar dafür, daß Willy Brandt heute in seiner Rede gesagt hat: Wir müssen die Vergangenheit auch der Entspannungspolitik kritisch hinterfragen. – Wenn er dies tut, wird er sich sicher daran erinnern, daß er 1982 in einem Artikel im „Spiegel“ die Systeme der DDR und der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich als gleichwertig bezeichnete, was er sicher heute nicht mehr tun würde.

Um so erstaunlicher ist es, wenn man heute bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit diese Gleichwertigkeit nicht gelten lassen will. Wie sagte doch der SPD-Bundestagsabgeordnete Schily: Falsche Wahlen können nicht gefälscht werden. – Mit gleicher logischer Konsequenz könnte man heute sagen: Eine falsche Verfassung kann auch nicht gebrochen werden, eine Verfassung, die z. B. den Art. 31 enthielt, der die Unverletzlichkeit des Post- und Fernmeldegeheimnisses festschrieb, obwohl jedermann die Realität kannte.

Ein besonderes Feld ist die Verstrickung von Bürgern der Bundesrepublik in die Arbeit der SED zur Ausdehnung ihres Machtbereichs. Nicht nur die vielen informellen Mitarbeiter und Offiziere im besonderen Einsatz des Staatssicherheitsdienstes auf dem Gebiet der DDR, sondern ihre Agenten und die Hilswilligen in der Bundesrepublik haben dazu beigetragen, das System am Leben zu erhalten. Dutzende von Verlagen, Schriftsteller, Intellektuelle und Künstler in der Bundesrepublik Deutschland waren teils aus Überzeugung, teils aus Naivität im Dienste der Partei tätig. Ja, selbst Schriftstellerkongresse wurden aus Ost-Berlin gesteuert.

(Vorsitz: Vizepräsident Helmuth Becker)

Schon vor dem Sturz des SED-Regimes genügte ein Blick in das Buch „Fünf Finger sind keine Faust“ von Klaus Rainer Röhl, dem Ehemann von Ulrike Meinhof, um zu erfahren, wie mit DDR-Geldern Zeitungen gegründet und die Wallraffs und Engelmans zu besonderem Einsatz aktiviert wurden.

Auch die Kampagne gegen Ministerpräsident Filbinger, die gerade erwähnt wurde, wurde aus diesen Fonds finanziert und gespeist, und daraufhin wurden die falschen Informationen geliefert.

1972 erschien im Bundestagswahlkampf ein Schwarzbuch über Franz Josef Strauß, in dessen Vorwort es heißt, daß die Autoren und Herausgeber die Arbeit auf sich genommen haben, um Unheil von der Bundesrepublik abwenden zu helfen. Es ist von einer Mehrzahl von Autoren die Rede, obwohl nur einer

genannt wird: Bernt Engelmann. Heute wissen wir, daß die anderen Autoren aus dem Staatssicherheitsdienst kamen. Kaum zu glauben, daß zwei heute so kluge Kollegen in diesem Haus, nämlich der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Wolfgang Roth, und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Ingrid Matthäus-Maier, damals in ihrer Eigenschaft als Bundesvorsitzende der Jungsozialisten bzw. der jungen Demokraten als Herausgeber des Buches fungierten und sich naiv von der Stasi einspannen ließen!

Schwerwiegendere Folgen hätte es auch noch haben können, wenn die Forderung der SPD, die zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter abzuschaffen, erfüllt worden wäre. Das Geld wurde ja von den SPD-regierten Ländern verweigert. Als erster prominenter SPD-Politiker hatte der damalige stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Jürgen Schmude, schon 1984 ihre Abschaffung gefordert. 1985 stellte er das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes zur Diskussion, und noch wenige Tage vor dem Fall der Mauer im Oktober 1989 plädierte er in der ARD-Fernsehsendung „Pro & Contra“ gegen die Wiedervereinigung.

Nicht zu Unrecht schrieb der sächsische Umweltminister Arnold Vaatz – ich zitiere –:

Die intellektuelle Hehlerei haben die Schmudes, die Gaus', die Böllings, die Grass' anscheinend längst zu ihrem Ehrenkodex erhoben.

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Kollege Dr. Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Schmude?

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): Gerne.

Vizepräsident Helmuth Becker: Bitte sehr.

Dr. Jürgen Schmude (SPD): Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, Herr Kollege Müller, wobei ich die Widerlegung Ihrer anderen Behauptung hier unterlasse, damit es nicht zu weit führt, daß ich in der von Ihnen zitierten Fernsehensendung nicht gegen die Wiedervereinigung gesprochen, sondern deutlich erklärt habe, daß ich nicht gegen sie sei, sie aber nicht für ein vordringliches Problem halte, und daß ich folglich nicht dafür zu vereinnahmen bin, ich hätte mich dort gegen die Wiedervereinigung ausgesprochen. Das ist schlicht falsch. Könnten Sie das bitte zur Kenntnis nehmen oder zitieren, was Sie über mich wissen?

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): Ich danke Ihnen dafür, daß Sie mir ausdrücklich bestätigt haben, daß Sie die Wiedervereinigung im Jahre 1989, während die Menschen demonstrierten, nicht für ein vordringliches Ziel gehalten haben. Danke schön für diese Bestätigung.

Wir wissen heute, daß mindestens in zwei Bundestagsfraktionen Einflußagenten der Staatssicherheit tätig waren, die die Politik der Fraktionen zum Teil entscheidend bestimmten.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Was ist denn das für ein Quatsch? Jetzt reicht es aber bald!)

– Sie kommen gleich dran; Sie sind der Geschäftsführer. Warum werden Sie denn nervös? Die SPD ist ja noch nicht betroffen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Es ist alles Unsinn, was Sie da sagen!)

Wie schreibt Elisabeth Weber im Februar-Heft der Zeitschrift „Kommune“ – passen Sie jetzt genau auf –:

Daß die Staatsinteressen der DDR als grüne Position akzeptiert wurden, genauso legitim grün wie die anderen, darin liegt einer der wirklichen und verhängnisvollen Erfolge von Dirk Schneider.

Dirk Schneider focht für die staatlichen Interessen der SED, die Anerkennung der DDR ohne Wenn und Aber und die Anerkennung der Geraer Forderungen Honeckers, übrigens genau in Übereinstimmung mit prominenten Politikern der SPD, deren Forderungen sich nicht von denen des Stasi-MdB unterscheiden.

Auch Teile des Journalismus, und zwar nicht nur die in der IG Druck und Medien engagierten Journalisten, ließen sich allzuleicht mißbrauchen. Während z. B. in der Tschechoslowakei und Rumänien das Fernsehen die entscheidende Rolle bei der Revolution spielte, hatte es die ARD in voraussehlendem Gehorsam vorgezogen, etwa über die große Friedensdemonstration in Dresden nicht zu berichten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Den eindrucksvollen Kerenzug zur Frauenkirche, den die Eurovision gerne übernehmen wollte, hatten sie eben nicht im Kasten. Man war zwar dabei gewesen, hatte aber nicht gedreht.

Nach Öffnung der Akten gibt es hier sicher noch manche Überraschungen; so, wenn wir erfahren, daß bei dem Antrag zur Dreherlaubnis zum 10. Jahrestag des Treffens Brandt/Stoph im „Erfurter Hof“ der Korrespondent der ARD in Ost-Berlin versicherte, daß man dafür sorgen wolle, daß im Abschlußkommentar die DDR-Außenpolitik positiv dargestellt werde.

Man hätte sich bei den Liveübertragungen vom Berliner Alexanderplatz an den amerikanischen Anstalten ein Beispiel nehmen können. Man zog es beim deutschen Fernsehen vor, nicht live zu berichten, sondern die Übertragung eines Tennisspiels fortzusetzen.

Die Ausgrenzung der Kritiker des SED-Terror systems als „Kalte Krieger“ – so ist es mir geschehen –, „Antikommunisten“, „Revanchisten“ durch die tonangebenden Intellektuellen führte zu bemerkenswerter Selbstzensur. Wenn Theo Sommer 1987 in der „Zeit“ in einem Kommentar zum gemeinsamen Papier von SPD-Grundwertekommission und der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim SED-Zentralkomitee schrieb, daß keine Seite der anderen die Existenzberechtigung absprechen dürfe, dann hatte das Signalwirkung.

In demselben Jahr 1987 erschien das Buch „Die DDR auf dem Wege in das Jahr 2000“. Dort wird mit Recht darauf hingewiesen, daß mit dieser Phraseologie vom „Revanchismus“ auch mancher seriöse Geistliche der evangelischen Kirche vor den Karren der SED gespannt wurde. Wie schreibt die „taz“ am 17. Februar 1992 so richtig:

Die guten verständnisvollen Beziehungen zu den einstigen Machthabern auf der einen, die flächendeckende Ignoranz gegenüber den Bürgerrechtlern auf der anderen Seite, dieses von der historischen Entwicklung peinlich pointierte Mißverhältnis markiert den nicht erst seit der Wende thematisierten Skandal der Entspannungspolitik.

Wer mit Egon Krenz gemeinsam die Sauna besucht, hat eben keine Zeit, die Bürgerrechtler zu treffen.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Ich zitiere wieder die „taz“:

Die SPD-Entspannungspolitiker fanden viel leichter mit den Politbüromitgliedern in Prag, Warschau und Ost-Berlin ihren Modus vivendi als mit den Oppositionellen der Charta 77 oder von Solidarnosc.

Die Bürger der ehemaligen DDR zu verurteilen wäre gerade angesichts der freiwilligen Verstrickung von Bürgern der Bundesrepublik unverantwortlich. Jedermann hat das Recht zu Fehler und Irrtum. Verzeihung setzt aber auch Bekennen voraus. Hier scheint eher die Ausnahme die Regel zu sein. Der von der Stasi gefolterte und sechs Jahre eingelochte Günter Fritsch zieht eine traurige Quintessenz, wenn er schreibt:

Zahlreiche Nutznießer der ostdeutschen Diktatur haben kritische Mitbürger mit bleibenden Schäden in die Verfolgung getrieben. Seit zwei Jahren könnten sie sich risikolos mit einem Wort des Bedauerns an die von ihnen Verfolgten wenden. Möchten Sie wissen, wieviele solche Zeichen ich inzwischen erhalten habe? Kein einziges!

Zu denken gibt auch der Satz des Ex-Stasi-Obersten Joachim Wiegand, den Herr Schmude heute schon zitiert hat – Herr Schmude gibt mir immer Vorlagen –, der ja bekanntlich die Akten der Kirchenabteilung der Stasi hat verschwinden lassen, in einem Interview im letzten „Spiegel“. Er hat in diesem Interview wörtlich gesagt:

Wenn die Kirche aufruft, daß sich ihre eigenen Schäfchen stellen sollen, dann müssen die Hirten mit gutem Beispiel vorangehen.

Das gilt auch ganz im Norden der Republik.

Verzeihen – ja, aber nicht verdrängen. Deshalb muß das ganze Aktenmaterial der Diktatur aufgearbeitet werden. Die Staatssicherheit ist nur ein kleiner und nicht einmal der wesentliche Teil. Das Parteiarchiv der SED wie ihrer Unterorganisationen, vor allem die Kaderakten, haben die Schlüsselfunktion

bei der Aufarbeitung der zweiten totalitären Diktatur in diesem Jahrhundert auf deutschem Boden.

Ich schließe mit einem Satz, der in der „Neuen Zeit“ vom 27. April 1991 als Leserbrief von einem ehemaligen Oberleutnant der Staatssicherheit geschrieben wurde. Ich zitiere:

Aber wehe Euch, wenn sich rot und braun einmal vereinigen. Die Bevölkerung legt Wert auf objektive Berichterstattung, ist unzufrieden mit der Entwicklung in den Ländern unserer ehemaligen DDR. Vielen wäre es lieber, wenn eine Gruppe Ulbricht die Macht wieder übernehmen würde.

Dies sollten wir gründlich verhindern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, zu einer Zwischenintervention gemäß § 27 der Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Schmude.

Dr. Jürgen Schmude (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben uns heute in der Debatte mehrfach einvernehmlich geäußert, daß es unzulässig, ja sogar skandalös ist, ehemalige Stasi-Offiziere heute in den Rang von Kronzeugen zu erheben und, auf ihr Wort gestützt, Verdächtigungen und Beschuldigungen auszusprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles hilft uns nicht weiter, wenn anschließend der Kollege Müller daherkommt und wörtlich eine Verunglimpfung dieses Stasi-Obersten Wiegand gegen die Evangelische Kirche zitiert. Das ist genau der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Helmuth Becker: Ich erteile das Wort unserer Kollegin Angelika Barbe.

Angelika Barbe (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in den Zehn Thesen, die wir vor einer Woche parteiübergreifend vorgelegt haben, auf genau das hingewiesen, was Jürgen Schmude sagte: Stasi-Offiziere brauchen wir nicht als Kronzeugen der Geschichte. Wir haben dafür andere Gremien. Dazu soll auch die Enquete-Kommission dienen.

Ich möchte vorweg auf Ausführungen von Herrn Heuer und Herrn Keller eingehen.

Zunächst zu Herrn Keller. Sie berufen sich auf Chile. Im Vorfeld der ganzen Diskussion über das Ob von Enquete-Kommission und Untersuchungsausschuß habe ich mit argentinischen Parlamentariern gesprochen. Sie haben mir gesagt: Sie haben ihr Unrecht dadurch begrenzen und Schuldige zur Verantwortung ziehen können, daß sie nach ihrer Revolution eine Untersuchungskommission eingesetzt und danach Gesetze vorgelegt haben, um die Schuldigen zu verurteilen.

Zu Herrn Heuer. Sie sagten: Die Opfer reagieren jetzt hysterisch.

(Zuruf des Abg. Dr. Uwe-Jens Heuer [PDS/Linke Liste])

– Gut, wenn Sie es nicht so gesagt haben. – Sie reagieren besonnen und konsequent. Sie verlangen natürlich Gerechtigkeit.

Sie sagten weiter: Die PDS stellt sich der Aufarbeitung. Ich frage nach wie vor: Warum übernehmen Herr Modrow und Herr Keller nicht die Verantwortung? Verantwortung heißt, die Schuld bekennen, und nicht, im Bundestag sitzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Drittens. Sie haben den Einmarsch in die ČSSR nicht verurteilt. Ich war damals Schülerin. Ich weiß, was für Schwierigkeiten es brachte, als wir die Lehrer danach fragten und uns nicht damit einverstanden erklärten.

Viertens. Als Krenz Anfang November an die Macht kam, wollten wir in der DDR keine Reformen mehr; da war es uns egal, ob da jemand Müller, Krause oder Krenz hieß. Wir wollten eine Änderung der Verfassung, und wir wollten, daß das Neue Forum und die SDP, die wir damals waren, legitimiert sind und nicht, daß man uns danach verfolgt und verurteilt. Ich habe in meinen Stasi-Unterlagen die Belege dafür, daß wir in dieser Zeit noch verfolgt worden sind.

Fünftens. Sie waren mitverantwortlich dafür, daß Angst bei uns herrschte. Das ist einer der Punkte, auf die ich eingehen möchte. Ich war nämlich 18 Jahre und studierte seit gerade zwei Monaten Biologie. Da kam von der Heimleitung – ich lebte damals in Diesdorf in einem Studentenheim – die Aufforderung, ich solle doch einmal runterkommen. Ich kam herunter, völlig unwissend, was da sein werde. Dort saßen zwei Herren mit dunklen Brillen. Sie sagten, sie möchten mir mir sprechen, und erzählten mir, daß Fluchtversuche stattfänden und daß sie meine Mithilfe wünschten. Ich wußte zunächst gar nicht, was die wollten. Da zeigten sie mir ihre Dienstaussweise von der Staatssicherheit. Ich sollte mitarbeiten.

Ich sagte: Ich bin völlig unscheinbar; ich habe keine Funktionen als Studentin; mich sollten sie nicht nehmen; ich taue dafür nicht. Da haben sie gesagt: Na ja, sie sind doch fünf Kinder zu Hause; ihre Eltern haben doch wenig Geld; wollen sie sich nicht etwas dazuverdienen? Ich war so betroffen und wütend, daß die meine Würde kaputtmachen wollten, und sagte ihnen: Ich mache das nicht. Daraufhin boten sie mir Bedenkzeit an und sagten, ich dürfe aber niemandem etwas darüber sagen. Das war meine Rettung, denn da fiel mir etwas ein. Ich sagte ihnen, ich würde alles mit meiner Mutter bereden und ihnen dann Auskunft geben. Dadurch änderte sich die Atmosphäre. Sie wurden wütend, verboten mir, über das Gespräch überhaupt mit jemandem zu sprechen; sie verboten mir, sie wiederzuerkennen und jemals etwas darüber verlauten zu lassen. Das müssen Sie sich vorstellen! Ich habe ein Jahr mit dieser Angst gelebt und mich nicht getraut, darüber zu sprechen. Erst als

ich den Mut fand, mit einer Freundin darüber zu reden, war dieser Bann gebrochen.

Das ist es, worauf ich eingehen will: die Angst, die dieses System dort verursacht hat und die uns alle gefangengehalten hat, die wir dort als Kinder und Erwachsene von diesem System abhängig waren. Auch als Eltern waren wir es nachher, nämlich als wir die Sorge für die Kinder hatten.

Das ist eine meiner Fragen und etwas, was in der Enquete-Kommission aufgearbeitet werden muß: Welches waren diese Prinzipien der Einschüchterung? Wie kann man sie überwinden, wenn man erkennt, was da stattfindet?

Ich denke, totalitäre Systeme leben von der Angst der Menschen und schüren sie deshalb bewußt. Immer wieder wird die Angst der Menschen bewußt benutzt, um sie zu beherrschen. Und immer wieder schweigen Menschen aus dieser Angst. Über die Vergangenheit in unserer Lebensumwelt DDR sprechen heißt eben auch, die vielfältigen Methoden dieser Einschüchterung benennen.

Die Angst, die ich noch heute nicht vergessen kann, ist nur ein Bruchteil der Angst, die Menschen erlebt haben, die in den Gefängnissen gesessen, in Untersuchungshaft gelebt haben oder umgekommen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich möchte ein paar Beispiele nennen. Es werden nur wenige sein. Ich denke an den Schüler Markus Sandmann aus meiner Bekanntschaft, 17jährig, von der Staatssicherheit beim Fluchtversuch in die CSSR mit seinem Freund gefangengesetzt in Untersuchungshaft. Niemand wußte Bescheid. Die Eltern kriegten wochenlang keinen Bescheid. Niemand wußte, was aus ihm wird. Er hatte natürlich erst einmal seine Zukunft beiseite legen können. Gott sei Dank ist heute noch Zeit, daß er das Studium, das er machen möchte, durchführen kann.

Mein Bruder saß in Bautzen. Wissen Sie, weshalb? Wegen „Beeinträchtigung der Arbeit der Behörden“, nur weil er mehrere Ausreiseanträge gestellt hätte. Die Untersuchungsrichterin, die ich in meiner Not aufsuchte, weil ich Angst hatte, daß ihm was passiert, sagte: „Den werden wir auch noch knacken.“ Ich werde diese Worte nie vergessen. In meiner Verzweiflung habe ich mich dann an den Generalsuperintendenten Krusche mit der Bitte um Hilfe gewandt, weil ich Angst hatte, daß ihm in der Haft etwas passiere. Ich hoffte darauf, daß er dann irgendwann einmal freigekauft wird; denn das war für viele, die im Gefängnis saßen, die letzte Rettung.

Eva Stege möchte ich noch stellvertretend nennen, eine Frau, die damals von den Russen verurteilt worden ist. Sie ist von der Straße weggefangen worden, kam nach Sibirien ins Arbeitslager, war vergewaltigt worden usw. Sie durfte 40 Jahre darüber nicht reden. Es wurde ja gar nicht geglaubt; wer dort bei

den „Freunden“ gewesen war, der mußte schon irgendwie selber daran schuld sein.

Diese Opfer wollen keine Rache, aber sie wollen mindestens Gerechtigkeit. Die damals Unrecht Sprechenden im Justizapparat sollen heute nicht wie Wetzenstein-Ollenschläger unschuldig als Anwälte auftreten können. Eine nachweislich bewußte Verstrickung mit dem Apparat muß zu Konsequenzen führen; diese Personen sind für Vertrauensstellungen im Rechts- und Gesundheitswesen, im politischen, pädagogischen und kirchlichen Bereich sowie in Führungspositionen anderer Sektoren für eine Übergangszeit ungeeignet. Ich zitiere da wieder eine der Thesen, die wir vorgelegt haben.

In Elternversammlungen schwiegen Eltern, um ihren Kindern nicht zu schaden. Im Unterricht schwiegen Kinder, um sich nicht mit manchem Staatsbürgerkundelehrer anlegen zu müssen. Wer es dennoch tat, wer Fragen stellte, sich bewußt mit der Welt auseinandersetzen wollte, mußte als Schüler damit rechnen, keinen „festen Klassenstandpunkt“ bescheinigt zu bekommen. Das kann ich Ihnen nachweisen; das habe ich so bei mir drin stehen. Dabei war dann das Abitur in Gefahr.

Die Gefährdeten-Karteien, von denen der „Stern“ schrieb, existierten wirklich. Ich habe mich mit Marianne Birthler in Verbindung gesetzt. Sie hat im Nachlaß des ehemaligen Rates des Bezirks Potsdam, Abteilung Volksbildung, eine Dienstanweisung vom 30. 7. 1987 vorgefunden, eine gleichlautende Dienstanweisung von Ostberlin von 1983.

Das sind keine Stasi-Akten; aber dort ist aufgeführt, daß auch Schüler, die politisch aggressives Verhalten aufweisen, von Direktoren besonders beobachtet werden sollten. Da ist natürlich nicht auszuschließen, daß die Staatssicherheit zu diesen Unterlagen Zugriff hatte, insbesondere zu Akten, in denen „politisch aggressives Verhalten“ verzeichnet war. Dies ist sogar recht wahrscheinlich, schreibt Marianne Birthler in ihrem Brief an die Redaktion der Zeitung „Der Prignitzer“. Es ist eindeutig festzustellen und hervorzuheben, schreibt sie weiter: die Lehrer waren nicht Stasi-Spitzel, wenngleich diejenigen, die politische Auffälligkeiten von Kindern in „Gefährdeten-Karteien“ vermerkten, den Kindern vermutlich Schaden zugefügt haben.

Immer wieder wurde Angst erzeugt. Immer wieder wurde Menschen der letzte Rest von Mut und das letzte Selbstvertrauen genommen. Erst meine Erfahrung, erstens nichts mehr in der DDR verlieren zu können, und zweitens, gleichgesinnte Menschen gefunden zu haben, mit denen sich das Risiko des Widerstandes leichter tragen ließ, nahmen mir allmählich die Angst.

Ich danke vor allen Dingen den Frauen des Pankower Friedenskreises und des Johannisthaler Frauenkreises, die mit unbequemen Fragen damals laut und öffentlich vor den Wahlen diese Praktiken anmahnten und mit denen wir zusammen auf die Straße gingen. Allein waren wir machtlos, aber Hunderttausende konnten nicht mehr liquidiert werden. Trotzdem saß uns

noch der Schock der chinesischen Lösung in den Knochen; das weiß ich auch noch.

Die Enquete-Kommission wird diese Fragen klären müssen, ob und warum Männer anfälliger für den Verrat waren. Männer waren in großer Mehrheit in Führungspositionen von Blockparteien, von SED, Kirchen, Staatssicherheitsdienst und Massenorganisationen. Warum fehlte vielen das Mitgefühl mit der bedrohten Umwelt und den Mitmenschen? Galt ihnen der Machterhalt um jeden Preis als das wertvollste Gut? Warum schweigen heute die meisten und lehnen wieder jegliche Verantwortung ab? Viele Antworten, die wir heute auf unsere Fragen erhalten, sind nicht zufriedenstellend; sie müssen erst noch gefunden werden.

Wir erleben im Osten den Vertrauensschwund bei den Bürgerinnen und Bürgern. Immer weniger glauben daran, daß Entscheidungsträger in Politik und Gesellschaft wirklich das Wohl der Gemeinschaft anstreben und daß die Beseitigung von Mißständen auch tatsächlich stattfindet. Die Suche nach Gerechtigkeit als Ausgleich für all die Angst durch das System „40 Jahre SED/Blockparteien“ ist das mindeste, was wir als Ostdeutsche und Westdeutsche gemeinsam tun können, um denen zu helfen, die Unrecht erlitten haben, damit der Glaube an die Demokratie wachsen kann und keine Instrumentalisierung stattfindet, Herr Heuer.

Zum Schluß danke ich, daß Sie Markus Meckels und meine Anregung angenommen haben, diese Enquete-Kommission einzusetzen. Ich wünsche mir, daß wir im Rahmen der gemeinsamen Arbeit in der Enquete-Kommission keine einseitigen Antworten geben, sondern eine offene Auseinandersetzung stattfindet.

Mit einer persönlichen Impression möchte ich schließen. Ich habe sie „Deutsch-deutsche Antworten“ betitelt:

Es geht nicht,

der Rechtsstaat verbietet es,

sagen Juristen –

ihr habt eure Macht an den Staat längst abgegeben.

Unser Grundgesetz gilt jetzt,

es hat sich bewährt,

sagen Politiker –

ihr seid doch beigetreten.

Ich war es nicht,

Honecker ist es gewesen,

sagen die Modrows und Berghofers –

ihr seid jetzt verantwortlich.

Jetzt habt ihr im Osten

endlich den Rechtsstaat,
sagen Demokraten –
Gerechtigkeit haben wir auch nicht.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, eine kurze Bemerkung zur Geschäftslage: Wir haben noch eine Reihe von Wortmeldungen, haben aber die vereinbarte Debattenzeit schon überschritten. Nun ist das bei diesem Thema nicht ungewöhnlich. Ich bitte nur, damit einverstanden zu sein, daß der Kollege Stübgen, der hier sitzt, seine Rede zu Protokoll gegeben hat. Ich hoffe, daß es keinen Widerspruch dagegen gibt. – Dann haben wir das so beschlossen.*

Nun hat zunächst der Kollege Dr. Müller das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): Herr Kollege Schmude, ich wollte nur richtigstellen, daß ich keinerlei Angriffe gegen meine eigene Kirche – auch ich bin evangelisch – gerichtet habe.

Nun haben Sie Herrn Wiegand erwähnt.

(Dr. Jürgen Schmude [SPD]: Nicht namentlich!)

– „Nicht namentlich“, gut. Ich habe eben den Namen, aber an der Sache ändert das ja nichts. – Da ich nicht dem Motto „Quod licet Iovi, non licet bovi“ anhänge, bin ich der Meinung, daß wir den Satz, den ich zitiert habe „Wenn die Kirche dazu aufruft, daß sich die eigenen Schäfchen stellen, dann sollten die Hirten mit gutem Beispiel vorangehen“, doch alle unterstreichen können. Das ist jedenfalls mein Selbstverständnis von dieser Kirche. Nur die Wahrheit kann Frieden schaffen: Veritas facit pacem.

(Dr. Jürgen Schmude [SPD]: Die Wahrheit, aber nicht falsches Zeugnis!)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, im Anschluß an diese Debatte gibt es eine Geschäftsordnungsdebatte. Nach der augenblicklichen Übersicht wird die ungefähr um 15.10/15.15 Uhr stattfinden.

Nunmehr erteile ich das Wort unserem Kollegen Dirk Hansen.

Dirk Hansen (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es hat im Laufe dieser heutigen Debatte doch hin und wieder so ein bißchen parteipolitische Geplänkel gegeben. Dazu ist dann im Zuge der Debatte gesagt worden, daß das angesichts der großen Aufgabenstellung dieser Enquete-Kommission doch eigentlich eher störe. Dieser Auffassung muß man, so denke ich, entgegenhalten: Der Deutsche Bundestag diskutiert gewissermaßen hautnah. So wie die Diskussion außerhalb dieses Hauses stattfindet, so offenbar

* Anlage 2

auch hier. Insofern wird hier die Nähe des Bundestages, der Mandatsträger zu den Wählern selber deutlich und vielleicht auch verständlich. Es wird auch gar nicht anders sein können, als daß in der Arbeit der Kommission selber die Fronten im Zuge von Vergangenheitsbewältigung, beispielsweise auch der eigenen Politiken allein der vergangenen 20 Jahre, immer wieder aufeinanderstoßen.

Aufarbeitung der Geschichte – ist das überhaupt möglich? Kann man das, was geschehen ist, im Sinne des Wortes aufarbeiten? Wir im Westen haben seit vier Jahrzehnten immer von Vergangenheitsbewältigung gesprochen. Wir müssen uns fragen, ob wir die Vergangenheit – und damit meinten wir immer wieder die Vergangenheit des Nationalsozialismus – bewältigt haben. Jetzt stellt sich die Frage: Soll die Vergangenheit des Kommunismus in Deutschland allein aufgearbeitet und bewältigt werden? Kann man diese beiden Vergangenheiten gewissermaßen überhaupt in einem Atemzug nennen? Oder ergibt sich daraus nicht zugleich der Streit, der in den späten 80er Jahren unter dem Stichwort „Historikerstreit“ in die Annalen eingegangen ist nach dem Motto: Die braunen und die roten Diktatoren – sie kann man nicht in eine Parallele setzen. Wer das eine tut, der relativiert gewissermaßen das andere.

Dennoch stellt sich für mich die Frage, ob die seit den 60er Jahren eingestellte Diskussion um den Begriff des Totalitarismus nicht doch eine Ebene schafft, auf der bestimmte Herrschaftstechniken vergleichbar sind, Methoden gewissermaßen, die sich ähneln, auch wenn die Ziele sich nahezu vollständig unterschieden.

Ich will hiermit deutlich machen, daß es meines Erachtens keineswegs allein um die Aufarbeitung der Geschichte der DDR bzw. der SED-Diktatur geht, sondern daß zu Recht von der Geschichte und den Folgen der deutschen Teilung im Zusammenhang mit der Aufgabenstellung der Enquete-Kommission die Rede ist. Es gibt eine gemeinsame Vergangenheit, und die Aufgabenstellung ergibt sich keineswegs allein aus den Ereignissen des Herbstes 1989 in der damaligen DDR, sondern aus der deutsch-deutschen Vergangenheit insgesamt, auf jeden Fall aus der nach dem Zweiten Weltkrieg, d. h. auch für die Jahre 1945 bis 1949, die Waldemar Besson einst als „Inkubationszeit“ beschrieben hat, in der die Weichen für das gestellt worden sind, was sich ab 1949 in beiden Teilen Deutschlands vollzogen hat.

Ich bin mir bewußt, daß der 8. Mai 1945 natürlich keineswegs die Stunde Null war, wie vielfach behauptet worden ist. Die Jahre der deutschen Entwicklung nach 1945 standen ja zunächst einmal stramm unter dem Zeichen des sogenannten Antifaschismus oder besser gesagt des Antinationalsozialismus und sehr bald dann auch im Zeichen des Antikommunismus. Beide Anti-Haltungen waren nichts anderes als Gründungsmythen, die ja Paten für die jeweilige Staatsgründung waren.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und der SPD)

Eine historisch orientierte Enquete-Kommission, wie der Name ja sagt, begibt sich auf die Suche, auf die Suche nach Identität, auf die Suche, diesen Zeitgeistbegriff wenn nicht definieren, so doch erläutern zu wollen, einen Begriff, der die Werte, Bedürfnisse, kulturellen Bindungen, die subjektiven Lebensformen beschreibt. Es ist die Suche nach der eigenen Identität, vielleicht auch die Suche nach Selbsterkenntnis und Selbstanerkennung, eine Suche, die den eigenen Standort zu beschreiben sucht, ohne die beliebte Nabelschau zu betreiben, die Suche, die fragt: Woher kommen wir, wer sind wir, und wohin gehen wir? Es ist eine Suche nach Identität, die auch

Antworten, gemeinsame Antworten, jetzt im neuen, größeren Deutschland sucht.

Die Identität ist, wie Werner Weidenfeld gesagt hat, das „Amalgam aus Gedächtnisstoff, Gegenwartserfahrung, Zukunftsprojektion“, und auf diese Suche muß man sich ständig, täglich neu begeben. Das eigene Orientieren für die Zukunft wurzelt in einem Bewußtsein der eigenen Geschichte, und sind diese Wurzeln verdeckt oder gar verdrängt, so kann der Stamm des eigenen gegenwärtigen Seins sich nur verbiegen oder Wucherungen zeugen, die keineswegs deutlich machen, worin dann das Ausschlagen junger Triebe oder gar grüner Blätter begründet liegen könnte.

In den vergangenen 45 Jahren, aber keineswegs nur in diesen, war die deutsche Frage ein historisches Faktum. Ob normativ oder voluntaristisch definiert, gerade nach 1945 mußten sich die Deutschen fragen, wer sie sind, was die Nation ist. Aus dem zumindest in den ersten Jahrzehnten als anormal empfundenen Zustand der deutschen Teilung erwuchs immer wieder neu die Frage nach dem eigenen Standort und nach den eigenen Bindungen. Ist die Westbindung der Bundesrepublik zugleich eine Wertbindung gewesen? Ist das Selbstverständnis der Regierenden in der DDR wirklich, wie sie behaupteten, das einer „sozialistischen Nation“ gewesen?

Die Ost-West-Debatte und die Frage nach dem Standort der Deutschen mittendrin stellte sich spätestens ab 1946. Nach den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam zerfiel die Anti-Hitler-Koalition sehr schnell in ihre ideologisch-politischen Gegensätze. Der Kalte Krieg, wie Walter Lippmann es formulierte, begann. Mit der Rede von Außenminister Byrnes im September 1946 in Stuttgart, der Truman-Doktrin, dem Marshall-Plan, der Bizone, den Londoner Empfehlungen der Westalliierten, den Frankfurter Dokumenten und der Währungsreform wurde deutlich, daß die drei westlichen Zonen Deutschlands in eine Richtung marschierten, die danach immer wieder unter das Motto gestellt wurde, Freiheit und Einheit seien die Ziele, die zugleich zu erreichen seien. Es waren ja zum Teil auch intellektuelle Wortspiele, ob „Freiheit durch Einheit“ oder die „Einheit in Freiheit“ vorrangig zu erzielen sei: diese waren abgehoben, denn zugleich passierte im Osten entgegen allen verbalen Bekundungen – bis in die letzten Verfassungstexte

der DDR hinein – doch ab 1946 – vielleicht auch schon im Juni 1945 mit der Bildung des sogenannten Antifa-Blockes, mit der Zwangsvereinigung der SED im April 1946, mit der Volkskongreßbewegung der FDJ, die als Instrument geschaffen wurde – nichts anderes als eine Entwicklung zum Zentralismus über die einzelnen Länder hinweg, die Entwicklung zum Einheitsstaat, der unter den Fittichen der sowjetischen Militäradministration doch so unglaubliche Schandtaten zu verantworten hatte, die Verhaftung, Vertreibung, auch Ermordung von mißliebigen Deutschen.

Die Geschichte der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien liefert auch dafür genügend Hinweise. Ich will mich mit dem Hinweis auf das Scheitern der DPD, der Demokratischen Partei Deutschlands, begnügen, die unter Führung von Theodor Heuss und Wilhelm Külz im März 1947 die „unverzügliche Wiederherstellung der deutschen Gesamtstaatlichkeit“ und die „baldige Ausschreibung von allgemeinen, unbeeinflußten, demokratischen Wahlen bei ungehinderter Zulassung und Entfaltung aller demokratischen Parteien in allen Besatzungszonen und die Bildung einer deutschen Gesamtregierung nach dem Willen des deutschen Volkes“ forderte.

Ziel der Liberalen war es, Verbindung und Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in beiden Teilen Deutschlands zu stärken und zu fördern. Dann mußten im Laufe der Jahre Tabus gebrochen werden; mit der DDR wurde auf den vielfältigsten Ebenen gesprochen. Über die Entspannungspolitik nach Osten, die Abrüstungspolitik in Europa hin zur europäischen Friedensordnung – etwa bei der KSZE – vollzog sich schließlich auch die Wende in der DDR, die wir alle so hautnah miterlebt haben. Das Wort von Egon Bahr „Nation ist, wenn man sich trifft“ zur Rechtfertigung und Beschreibung zugleich der zwanzig Jahre lang aktiv umgesetzten ostpolitischen Vorstellungen umschreibt eine Phase, die auch in diesem Hause in bester Erinnerung sein dürfte.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD)

Es ist heute vormittag zu Recht darauf hingewiesen worden, daß es in diesem Hause Kontinuitäten gibt. Ich will diese jetzt nicht im einzelnen verteilen, aber diese Kontinuitäten haben eben zu dem Ort geführt, an dem wir heute stehen.

Wenn sich in den letzten Wochen mit der Offenlegung der Stasi-Akten desaströse Hinterlassenschaften auftun, dann müssen sie aufgearbeitet werden.

Theodor Heuss, der den Begriff „Vergangenheitsbewältigung“ zwar nicht kreiert, aber doch wesentlich für seine Verbreitung gesorgt hat, ging es schon damals nicht um die Frage, ob der Begriff unscharf ist, sondern es ging um die Sache. So ist es auch heute wichtig, daß nicht etwa nur die Stasi-Akten den Ermittlungsbehörden zugänglich gemacht werden, sondern alle Akten müssen offengelegt und analysiert werden; denn erst daraus ergibt sich ein Aufarbeiten im Sinne von Erkennen, Verstehen, vielleicht auch von künftig

Fehler vermeiden. Wir müssen „begreifen, was gewesen ist“, wie der Aufruf von Gauck, Schorlemmer, Thierse, Ullmann und anderen in ihrem Plädoyer für ein Tribunal formuliert worden ist.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD)

Der Bundestag kann – so glaube ich – nur seinen Teil dazu leisten. Aber er wird auch nicht den Anspruch erheben, in Ersatz für andere zu treten – seien es die Betroffenen oder sei es die Wissenschaft.

Ich denke, es ist richtig, wie mir vor einigen Wochen ein sehr bekannter Historiker aus der ehemaligen DDR geschrieben hat, daß es ihm selber nunmehr darauf ankomme, zunächst einmal auf „autobiographische Spurensuche“ zu gehen, nämlich gründlich und auch selbstkritisch die Vergangenheit zu prüfen, um – wie er schreibt – „eine wirkliche Überwindung des bösen Erbes“ zu erreichen, durch „eine sachliche, differenzierende, die Umstände in Rechnung setzende Analyse“.

Ost wie West müssen gemeinsam Scheuklappen ablegen, eigene Urteile als vorschnelle Vorurteile zu revidieren auch bereit sein. Wir alle dürfen uns keineswegs etwa diesem Grundsatz anheimgeben, der für manche Historiker verführerisch klingt: „Quod non est in actis, non est in mundo“. – Was sich nicht in den Akten findet, das existiert gewissermaßen auch nicht.

Nein, die historische Wirklichkeit geht über diesen Rahmen weit hinaus. Die Akten, die wahrhaft „deutschen Akten“ – um mit Klaus Hartung zu reden –, die in kilometerlangen Regalen der Bearbeitung harren, geben nur einen Teil der Wirklichkeit wieder. Vielleicht sind sie tatsächlich gut für „Skandalsucher“ und „Schmutzaufwirbler“, aber weder die Justiz des Rechtsstaates noch die Mediengesellschaft werden einer ernsthaften Vergangenheitsbewältigung gerecht werden können. Insofern wäre aus der vielleicht nur späten Vergangenheitsbewältigung im Westen zu lernen. Wie nach 1945 wird auch heute viel von Befehlsnotständen unter dem isolierten Handeln einer Clique von Verbrechern in Wandlitz geredet. Nein, die Fragen müssen nach den Systemen gestellt werden.

Wir dürfen aber auch nicht ein Verbrechen gegen das andere ausspielen;

(Beifall bei der F.D.P.)

sonst kommen wir in die alten Schablonen von Anti-Haltungen. Skeptisch dürfen wir bleiben, ob Lehren aus der Geschichte gezogen werden können. Dennoch ist es richtig zu fragen, legitime Vergleiche vorzunehmen und für aktuelle politische Debatten – also auch hier – die wissenschaftlichen Kontroversen zu nutzen, die auch in der Kommissionsarbeit zutage treten werden, damit die politischen Debatten in der Gesellschaft argumentativ und nicht emotional geführt werden.

Es lohnt sich, über die neue Situation in unserem Land, gerade mit dem Blick nach vorne, auch rückwärts zu schauen. Denn, wie gesagt, erst wenn wir

wissen, woher wir kommen, können wir auch sagen, wohin wir gehen. Es gibt wieder einmal viele Fragen an die deutsche Geschichte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt unserem Kollegen Johannes Nitsch das Wort.

Johannes Nitsch (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hansen, ich möchte an Ihren Satz anschließen. Sie sagen, daß wir nach den Systemen fragen müssen. Ich glaube, zusammen mit der Frage nach der Theorie, auf der diese Systeme aufgebaut waren, ist dies eine wichtige Schlüsselfrage, die die Kommission ganz am Anfang behandeln muß.

Ich möchte dazu zu dieser späten Nachmittagsstunde vielleicht nur einige wenige Sätze sagen. An den Anfang stelle ich, daß die Arbeitsergebnisse dieser Enquete-Kommission, die wir heute einsetzen werden, in allererster Linie dem großen Leid der vielen Menschen in der ehemaligen DDR und natürlich auch dem Leid mancher hier in den alten Bundesländern gerecht werden müssen. Aber ich möchte auch daran erinnern, daß das Leid, das aus diesem System hervorgegangen ist, nicht im Jahre 1945 begonnen hat, sondern daß seine Wurzeln weit zurückliegen. Die Ergebnisse müssen auf allen Ebenen der geschichtlichen Wahrheit entsprechen.

Die Behandlung der tragischen Einzelschicksale der Menschen ist eine notwendige, aber nicht die hinreichende Bedingung zur Erklärung dieses DDR-Staatssystems, seiner sogenannten „Organe“ und der Brutalität ihrer Vorgehensweise in allen Lebensbereichen. Die Kommission muß sich, wie ich schon sagte, ganz am Anfang ihrer Arbeit in angemessenem Rahmen mit der Theorie des Marxismus-Leninismus beschäftigen.

Zu den wichtigsten theoretischen Grundlagen dieser Staatsform gehören meiner Ansicht nach die Lehre von der Diktatur des Proletariats, die Theorie von der Partei neuen Typus und die Theorie vom demokratischen Zentralismus. Hier liegen die wesentlichsten Grundlagen des verbrecherischen und leider auch über lange Zeiträume wirkungsvollen Machtapparates. Der Staatsaufbau auf diesen Theorien führte zur Annexion von Legislative, Exekutive und Judikative und deren totaler Unterordnung unter den absoluten Führungsanspruch der Partei.

Hier ist nicht der Ort, auf Einzelheiten einzugehen. Doch eines, meine Damen und Herren, ist zu sagen: Die Marxisten glaubten an diese Lehren und handelten danach.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr wahr!)

Nur die Partei hatte recht und machte sich ihr Recht selbst. Ich erinnere mich noch sehr gut an Worte in einer Vorlesung, die da lauteten: Was Recht ist,

bestimmt die Arbeiterklasse. – Aber es war nicht die Arbeiterklasse. Es war in der Regel das Politbüro, häufig allein der Generalsekretär, die nach den von Lenin entwickelten, von Stalin in brutalster Weise umgesetzten Theorien handelten. Nach Lenin ist ja die „proletarische Demokratie millionenfach demokratischer als jede bürgerliche Demokratie. Die Diktatur des Proletariats und sozialistische Demokratie sind identisch.“ Ich meine, das ist der Ansatzpunkt, von dem aus wir herangehen müssen, um zu verstehen, was geschehen ist. Jeder, der gegen diese Staatsform und das, was in deren Namen geschah, war, wurde unterdrückt und auch getötet. Die theoretische Rechtfertigung für dieses Vorgehen war lückenlos vorhanden. Denn der Marxismus-Leninismus war allmächtig, weil er wahr war. Das wurde unablässig in die Köpfe hineingehämmert.

Diese Darstellung der Wurzeln des Marxismus-Leninismus wird auch bei den Menschen hier in den alten Bundesländern das Verständnis für das perfide System verstärken. Ich glaube, gerade das wollen wir im Sinne der Erreichung unserer inneren Einheit tun.

Schließlich möchte ich noch auf einige Gegenstände der Arbeit der Enquete-Kommission hinweisen, die teilweise schon genannt worden sind und die ich für wichtig halte. Das ist zum einen die Problematik der Anpassung vieler Menschen an den realen Sozialismus, zum anderen die Frage der Wechselwirkung zwischen dem Gebilde DDR und der Bundesrepublik Deutschland und schließlich der Punkt, daß die Erinnerung an das Angepaßtsein – fast jeder war irgendwie angepaßt – dem einen leichter- und dem anderen schwererfällt.

Eines aber muß deutlich gesagt werden, besonders nach den öffentlichen Diskussionen in den letzten Wochen: Man mußte nicht in die SED oder in die Kampftruppen, und man mußte nicht IM des MfS sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ein rechtzeitiges und deutliches Nein genügte. Wie schwer das wegen Einschüchterung und Angstmake war, hat Kollegin Barbe ja eindrucklich und anschaulich geschildert. Aber es ging. Das führte in der Regel zwar zu Behinderungen in einer mittleren oder vielleicht auch größeren Karriere, doch damit konnte man leben. Und es waren viele, die das so getan haben. Ich sage ganz am Ende: Es waren die meisten.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt das Wort unserem Kollegen Gert Weisskirchen (Wiesloch).

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den einen oder den anderen, der heute die Debatte verfolgt hat, beschleicht sicherlich die Sorge, daß die Enquete-Kommission eine Veranstaltung werden könnte, in der sich die Selbstgerechten wiederfinden.

(Dr. Rudolf Karl Krause [Bonese] [CDU/CSU]: Das ist richtig!)

Wenn einige der Reden, die hier gehalten worden sind, zur Leitlinie der Arbeit der Enquete-Kommission würden, muß man diese Sorge haben. Ich bitte uns alle herzlich um folgendes. Wenn wir jetzt am Anfang auf der Suche nach der Wahrheit sind – das ist ja die Aufgabe, die der Enquete-Kommission gesetzt ist –, wird es nicht gehen, zu Ergebnissen zu kommen, die identitätsstiftend sind – Sie haben das Stichwort zu Recht benutzt – für ein gemeinsames Zusammenleben der bisher geteilten Deutschländer, wenn der Tenor in dieser Enquete-Kommission ein Tenor der Selbstgerechtigkeit wird.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Jede Selbstgerechtigkeit wird den Versuch, uns gemeinsam auf den Weg nach einer Identitätssuche zu begeben, scheitern lassen. Dieser Weg wird verstellt, wenn jeder meint, er müsse am Ende in der Enquete-Kommission das Ergebnis haben: Ich bin derjenige, der politisch über irgendjemand anderen gesiegt hat. Es wird keine Sieger geben. Wir alle sind diejenigen, die diese Geschichte gemeinsam erlitten haben. In der Geschichte wird es nicht Sieger geben, sondern es gibt ein gemeinsames Leid, das gemeinsam aufgearbeitet werden muß.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Deswegen bitte ich herzlich darum, weil es leider manchen Klang in mancher Rede von sehr hohen Persönlichkeiten – ich nenne sie jetzt nicht mit Namen, weil es ansonsten eine Verlängerung dieser Selbstgerechtigkeitsdebatte wäre, wenn ich das täte – gegeben hat, daß die Enquete-Kommission dies nicht zur Kenntnis nimmt. Die parteipolitische Ausmünzung oder die kriegswissenschaftliche Handhabe des Leids von Hunderttausenden, von Millionen von Menschen müßte sich für uns wirklich verbieten.

(Beifall bei der SPD, der F.D.P. sowie des Abg. Rainer Eppelmann [CDU/CSU])

Es geht darum, daß der alltägliche Schrecken, das Schreckliche des Alltages aufgearbeitet wird. Die Selbstgerechtigkeit kann nicht das Instrument der Erkenntnis sein und darf es auch nicht werden. Es geht darum, daß wir die Verantwortung, die wir alle gemeinsam tragen, wahrnehmen. Ich sage ganz freimütig, daß zu dieser Selbstachtung, die wir in dieser Debatte finden können, auch Selbstkritik gehört. Das sage ich ganz freimütig.

Wenn ich jemanden persönlich ansprechen darf, dann werde ich das jetzt tun. Ich hoffe, Sie verzeihen mir das, Herr Präsident. Lieber Rainer, als wir im September und Oktober des Jahres 1989 in vielen Diskussionen gewesen sind – leider waren sie nicht so häufig, wie ich mir das gewünscht hätte, weil ich nicht die Chance hatte, zu dir und zu anderen kommen zu dürfen, da mir jemand anders an der Grenze verboten hatte, dies zu tun –, hatten wir doch die gemeinsame Sorge, daß das, was in China auf dem Platz des

Himmlichen Friedens, wie dieser Platz so schön heißt, geschehen war, auch in der vergehenden DDR passieren könnte. Hatten wir nicht diese Angst, daß der Platz DDR zu einem Platz der irdischen Gewalt und des irdischen Terrors werden könnte? Das war unsere Angst.

Wie jeder weiß, habe ich in manchen Momenten der historischen Phasen der Entspannungspolitik durchaus kritisch gesehen, daß es in der Entspannungspolitik eine Gefahr gegeben hat, der übrigens alle Regierenden immer unterliegen können – alle, gleichgültig, zu welcher Partei sie gehören –, nämlich die Gefahr, daß in solchen Momenten der Entspannungspolitik der gouvernementale Blick wichtiger ist als der Blick auf das Leid der Menschen. Es besteht bei allen Regierungen die Möglichkeit, daß sie dieser Gefahr erliegen.

Das war der Punkt, wo ich – auch in meiner eigenen Partei – gesagt habe: Geht lieber auf die Menschen zu, die unter solchen Systemen leiden, senkt euren Blick auch auf diejenigen, die in diesem Leid persönlich befangen sind! Aber wenn es zutrifft, daß die Entspannungspolitik auf der gouvernementalen Ebene notwendig war, damit aus der DDR nicht der Platz des irdischen Terrors würde, dann hat diese Form der gouvernementalen Entspannungspolitik ihren Sinn gehabt. Insofern passen beide Strömungen,

beide Entwicklungen zusammen: die Vernunft der Menschen von unten, eine neue Gesellschaft durch ihre eigene Kraft selbst entwickeln zu wollen, und die Vernunft der Menschen von oben, die über einen gouvernementalen Weg der Entspannungspolitik versucht haben, das Ganze gemeinsam nach vorne zu bringen.

Ich könnte auch darüber reden, wie es überhaupt erst zu der Entspannungspolitik hat kommen müssen. Könnte man nicht auch darüber reden, daß es die notwendige Konsequenz einer gescheiterten Politik von Konrad Adenauer sein mußte, daß überhaupt ein neuer Weg gegangen wurde? Ich finde, diese Debatte kann notwendig sein. Aber helfen wir uns doch bitte auf diesem Weg gemeinsam, damit diese Debatte nicht die Vergangenheit in die Zukunft hinein verlängert. Wir brauchen den Streit, und zwar argumentativ, aber nicht in der Form und mit der Emphase der Selbstgerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt unserem Kollegen Rudolf Karl Krause (Bonese) das Wort.

Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese) (CDU/CSU): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie erlebte die Landbevölkerung in der DDR die kommunistischen Repressalien, und was erwarten die Hunderttausende Bauern und deren Millionen Familienangehörigen von der Arbeit der Enquete-Kommission? 45 Jahre kommunistischen Unrechts haben sich auch im Bewußtsein der Landbevölkerung tief eingepägt. Die DDR war

ein riesiges Gefangenenarbeitslager, ein sozialistisches Paradies in Mauern und Stacheldraht.

Sie hielt sich so lange durch den Fleiß ihrer Bürger, aber auch dadurch, daß das Eigentum der Fleißigen systematisch gestohlen und heruntergewirtschaftet wurde. Die Jahre 1945 bis 1949 waren geprägt vom Flüchtlingselend, von überfüllten Wohnungen, von neuen Enteignungen und neuer Aussiedlung, von Massenverhaftungen und – auch in Sibirien und in Ostdeutschland – von kommunistischem Massenmord. Auch das ist eine Wurzel der DDR, nicht nur der Antifaschismus.

Gleichzeitig entstand durch die Bodenreform zunächst neues vererbbares Eigentum auf dem Lande. In vielen erschütternden Briefen berichten mir Familien von Verhaftungen und vom Tod ihrer Väter, die nach kommunistischer Art immer mit Vermögensverlust und Aussiedlung der Familien verbunden waren.

Die sozialistische Umgestaltung auf den Dörfern Anfang der 50er Jahre hatte ihre Grundlagen wiederum in Flucht und Vertreibung, Verhaftungen und Enteignungen. Opfer waren der aufrechte kleine Mann auf dem Dorf wie auch der politisch eigentlich unbeteiligte Bauer, auf dessen Besitz es aber die Kommunisten abgesehen hatten. Es kam zu massenhaften Aussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Die meisten dieser Opfer wollen jetzt wieder in ihre Heimatdörfer zurück.

Nach Stalins Tod trat eine gewisse zeitweise Beruhigung ein. Das Heldentum der einfachen Menschen bestand in dieser Zeit darin, auch unter ständiger kommunistischer Bedrohung mit deutschem Fleiß für ihre Familien und die Gesellschaft gearbeitet zu haben. In der DDR blieben aber die alten DDR-Stalinisten an der Macht. Der sozialistische Sozialneid führte dann zur Zwangskollektivierung. Russische Verhältnisse waren das erklärte Ziel der SED-Kommunisten.

Wieder gab es gezielte Kriminalisierung der Tüchtigen, Verdächtigung der Fleißigen, neue Verhaftungswellen. Die Bauern wurden zur Aufgabe ihrer Höfe gezwungen. Es kam zur Massenflucht vor dem Mauerbau.

Entsprechend verheerend waren auch die wirtschaftlichen Folgen nach 1961. Insgesamt wurden Hunderttausende mitteldeutsche Bauernfamilien durch Vermögensverlust, durch die Verbrechen der Kommunisten unmittelbar betroffen. Während sich in den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre private Hauswirtschaften und in den LPGs Typ I Freiräume entwickelten, etablierte sich in den Groß-LPGs eine neue kommunistische Führungsschicht. Diese roten Apparatschiks sind persönlich verantwortlich für den Verfall der Gebäude in den LPGs Typ III und VEG, der uns heute so viel Sorgen bereitet. Der Machtantritt Honeckers führte zur vollständigen Hinwendung zu Sowjetrußland und zur Zerschlagung der letzten Formen von privatwirtschaftlichem Eigentum.

Der real existierende Sozialismus brachte es ständig fertig, Überfluß in Mangel zu verwandeln. Die Gleichmacherei war wieder einen Schritt weitergekommen. Der sozialistische Sozialneid hatte wieder gesiegt. Anfang bis Mitte der 70er Jahre hatte der wirtschaftliche sozialistische Kannibalismus seine letzten Opfer gefressen.

In dieser Zeit begannen auch die Agrarfabriken auf dem Lande die Umwelt zu zerstören. Die übernommene wirtschaftliche Substanz wurde aufgezehrt, und für die Mehrheit der Landbevölkerung blieb es bei sehr schwerer körperlicher Arbeit mit Forke, Kiepe und Karre. Für diese Menschen war die Infamie der sozialistischen Phrasen am meisten spürbar.

Die 80er Jahre waren auf dem Lande geprägt vom Verfall der Grundstücke, die sich in der Nutzung der LPGs und Staatsgüter befanden. Es kam zur berüchtigten kalten Enteignung aus den Wolken. Der schleichende sozialistische Vandalismus fraß sich leise und wie ein Krebsgeschwür durch unsere Gebäude. Verfall und Abriß prägten das Bild der 80er Jahre.

Die letzten fünf Jahre sind publizistisch recht gut aufgearbeitet. Sorgen wir aber dafür, daß auch die ersten 40 Jahre der verbrecherischen SED-Herrschaft nicht vergessen werden. Es darf bei der Aufarbeitung nicht nur – das wurde schon mehrfach angemahnt – um die Selbstdarstellung intellektueller Randgruppen und Oberschichten gehen. Die SED hat weite Teile der Bevölkerung beraubt und betrogen. Wenden wir uns deshalb den Opfern der SED zu, der Mehrheit der Menschen in der DDR. Und das ist auch die Mehrheit unserer Menschen auf dem Lande. Für uns ist diese in den Medien vergessene Mehrheit nicht eine Randgruppe, sondern die Zielgruppe unserer Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, nunmehr hat das Wort unser Kollege Wolfgang Lüder.

Wolfgang Lüder (F.D.P.): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte zeigt, glaube ich, die Notwendigkeit der Enquete-Kommission, obwohl auch draußen, am Rande der Sitzung hier, viele Fragen gestellt werden, ob wir es schaffen können, was wir uns vorgenommen haben. Nach den ersten drei Reden, nach Eppelmann, Brandt und Schmieder, hatte ich Hoffnung, daß wir darangehen können, dieses schwierige Werk hier ordentlich zu bewerkstelligen. Manche andere Rede danach hat mich zweifeln lassen.

Ich glaube, es ist notwendig, daß die Abgeordneten mit den Wissenschaftlern zusammenarbeiten. Insoweit geht der Vorwurf, der hier von der PDS kam, fehl, daß sich nur Politiker in der Kommission zusammensetzten. Politik und Wissenschaft zusammen sollen hier einen Anfang machen, sollen hier einen Auftrag erfüllen, sollen hier Arbeit leisten.

Die Arbeit ist schwer. Wir müssen uns, glaube ich, noch Gedanken darüber

machen, welche Ansprüche wir – im Sinne einer Voraussetzung für unsere Arbeit – an uns selbst stellen. Bisher haben wir davon gesprochen, was wir in der Enquete-Kommission machen. Aber ich meine, wir müssen uns vorher darüber im klaren sein, unter welcher Voraussetzung wir an die Arbeit herangehen.

Wir fangen doch nicht in der Stunde Null an, sondern wir fangen an in einem Bundestag, der aus Kollegen zusammengesetzt ist, die Opfer des Unrechtsstaates in der DDR waren, die Flüchtlinge oder Vertriebene waren, die hier im Westen in den Wohlstand hineingewachsen sind, die im Osten geblieben sind, die ihren Weg in den Blockparteien gesucht haben, wobei manche ihn auch gefunden haben, die in Blockparteien angepaßt waren, die in Blockparteien Widerstand leisteten, die in der SED das Unrechtsregime getragen und bis heute nicht verstanden haben, warum es gescheitert ist, usw. Diese alle zusammen versuchen hier, gemeinsam die Geschichte aufzuarbeiten.

Wenn wir den heutigen Tag Revue passieren lassen, dann sehen wir, daß wir an mehr als nur an die Geschichte der DDR denken müssen. Heute tagt in Berlin der Untersuchungsausschuß Schalck-Golodkowski. Gestern hat er einen Zeugen gehört, der des Mordes im Dritten Reich angeklagt ist.

Gestern hat das Finanzministerium über die Wiedergutmachung für jüdische NS-Opfer verhandelt. Es leben noch 50 000 Menschen, die keine akzeptable Entschädigung für Unrecht erhalten haben, das sie im NS-Staat erleiden mußten.

Die Roma und Sinti wissen noch nicht, ob wir in der Lage und fähig sind, ein Denkmal für die Verfolgung ihrer Völker zu schaffen.

Wir haben Daten in der Geschichte, z. B. den 9. November, mit denen wir nicht fertig werden. Wir wissen nicht, ob der 9. November 1918, 1938 oder 1989 das dominierende Datum ist; alle drei Daten hängen miteinander zusammen. Ich nenne den 17. Juni, den 21. August und den 20. Juli. Alles das sind Daten, derer wir uns bewußt sein müssen, wenn wir festlegen wollen, was in der Enquete-Kommission behandelt werden soll.

Wir werden uns darüber klar sein müssen, daß wir in dieser Enquete-Kommission nur erste Arbeiten leisten können. Jeder, der meint, daß diese Enquete-Kommission mehr Arbeit leisten und doch so rechtzeitig abschließen kann, daß wir noch vor den Wahlen darüber debattieren können, macht sich etwas vor.

Wir sollten uns klar darüber sein, daß wir diese Arbeit nur dann leisten können, wenn wir Aufträge weitergeben, Fragestellungen aufnehmen, Fragestellungen an die Wissenschaft, an die allgemeine Politik und auch an andere Gremien weitergeben.

Wir müssen uns der komplexen Situation bewußt bleiben: 40 Jahre Geschichte

in zwei Teilen Deutschlands, 40 Jahre Bemühen um Einheit im Westen, 40 Jahre Wunsch nach Einheit im Osten, 40 Jahre Auseinanderentwicklung nicht nur der Staaten, sondern auch der Lebensformen. Alles dies muß zusammengefügt und aufgearbeitet werden. Als Berliner denke ich noch daran, daß wir in dieser Stadt, in der Bundeshauptstadt Berlin, der früheren Reichshauptstadt, die Mauer, vorher den 17. Juni und davor die Blockade erlebt haben. All dies hat uns mitgeprägt. Und all dies hatte Ursachen. Wenn wir da herangehen, dann habe ich zwei Bitten.

Lassen Sie uns nicht in die Art verfallen, mit dem Zeigefinger auf das Unrecht des anderen zu zeigen.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P., der CDU/CSU und der SPD)

Ich empfehle allen Kolleginnen und Kollegen, die darangehen, diese Arbeit zu machen, nachzulesen, was Theodor Heuss gesagt hat, als das Mahnmal in Bergen-Belsen eingeweiht wurde. Er sprach dort den Satz: „Das Unrecht und die Brutalität der anderen zu nennen, um sich darauf zu berufen, ist das Verhalten der moralisch Anspruchslosen.“ Wir sollten moralischen Anspruch erheben, wenn wir an diese Aufgabe herangehen. Noch einmal möchte ich Theodor Heuss erwähnen. Theodor Heuss war einer derer, die als erste nach dem Krieg die Fragen auch an sich selbst gestellt haben, ob sie z. B. beim Ermächtigungsgesetz nicht hätten anders handeln sollen. Auch dieses Bekenntnis, sich selbst zu fragen, was haben wir, was hat unsere Seite, was habe ich selbst getan, was hätte ich anders machen können, müssen wir voranstellen. Vielleicht sollten wir auch noch einmal die Rede Schillers nachlesen – einige Kollegen wissen, daß ich diese Rede liebe – in der er fragte: Warum und zu welchem Ende studieren wir Universalgeschichte? Da stand viel drin, warum man sich mit der Geschichte befassen soll und daß dies kein Selbstzweck ist. Das sollte auch ein Motto sein für die Arbeit, an die wir schwer herangehen müssen. Wir sollten ganz anspruchsvoll sein. Das Anspruchsvollste, was wir bei dieser Arbeit machen können, ist, selber bescheiden zu sein.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt das Wort unserem Kollegen Udo Haschke (Jena).

Udo Haschke (Jena) (CDU/CSU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Lüder! Ich bin Ihnen sehr dankbar für das, was Sie gesagt haben, nicht zuletzt deshalb, weil diese berühmte Rede in Jena, meiner Heimatstadt, gehalten wurde.

Wir reden heute über einen wichtigen Teil in unserer Geschichte. In der Begründung meiner Fraktion steht: Der Untergang der DDR ist nicht das Ende ihrer Geschichte. Nur allzu spürbar ist die Vergangenheit gegenwärtig, wirkt das Gestern in das Heute und das Morgen hinein. – Mindestens möchte ich

sagen: durch uns. Denn wir können 40 Jahre unserer persönlichen Biographie nicht ablegen wie ein gebrauchtes Hemd, auch wenn heute einige so tun, als wären sie überhaupt erst im Herbst 1989 zur Welt gekommen. Es gilt also auch, unseren persönlichen Platz in diesen 40 Jahren Geschichte zu bestimmen, kritisch zu betrachten, auch zu bedenken, wie wir auf diesen Platz gekommen sind.

Einer der Wegweiser dahin war im System der SED Herrschaftsmechanismen und -instrumente ohne Zweifel das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Ein System – so steht es in einem Arbeitspapier des Bürgerforums Jena vom Oktober 1989 –, in dem Neugier, gar Zweifel unerwünscht waren, das zu angepaßtem Wohlverhalten erzog, in dem Doppelzüngigkeit vom Kindergarten bis zur Universität trainiert wurde.

Ich selbst war bis 1987 13 Jahre lang als Lehrer tätig. Heute höre ich manchen Kollegen sagen, er habe doch niemandem geschadet. Ich wünschte, ich könnte dies akzeptieren, könnte dies so von mir sagen. Aber wie sollte das möglich sein? Das Volksbildungssystem war eines der wesentlichsten Instrumente der SED, die Bevölkerung gleichzuschalten und zu entmündigen.

Jeder, schrieb ein Weimarer Lehrer, der ehrliche Trauerarbeit leistet, wird in dieser seiner Biographie fündig werden. Er wird auch – das sage ich ganz bewußt – vieles finden, was ihm Grund gibt, den mühsam erworbenen aufrechten Gang beizubehalten. Aber er wird auch auf vieles stoßen, was heute mancher lieber unter den Teppich kehren möchte.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Renate Schmidt)

Wahrheit ist konkret. Deshalb einige konkrete Beispiele aus meinem Wahlkreis Jena.

Meldung eines Direktors an den Stadtschulrat über ein besonderes Vorkommnis vom 18. April 1988: „Zwei Schüler“ – es folgen die Namen mit Adresse und Geburtsdatum – „der Klasse 10 diskutieren um die Teilnahme an der Maidemonstration. Grund: Teilnahme am Sonntagsgottesdienst.“ – Diese einfache Geschichte war es wert, vom Direktor an den Stadtschulrat und vom Stadtschulrat an die SED-Kreisleitung geschickt zu werden.

Internes Schreiben Ablehnung einer Bewerbung für die Aufnahme in die Abiturstufe – Schuljahr 85/86 –:

Seine Gesamthaltung einschließlich seiner Haltung zur Wehrbereitschaft entspricht nicht der Aufnahmeordnung (breite Kontakte zur BRD, die z. T. christliche Kontaktursachen haben).

Für das nächste Zitat möchte ich um besondere Aufmerksamkeit bitten. Ich zitiere aus zwei Blättern betreffend die Beurteilung eines Schülers:

Der Schüler tritt hochnäsiger, rücksichtslos, sogar brutal gegenüber körperlich und leistungsmäßig schwächeren Schülern auf ... will beweisen, was er sich erlauben kann und daß ihm die Lehrer sowieso nichts anhaben können.

Auf einem zweiten Blatt zum selben Schüler heißt es:

Bei Gesprächen über seine berufliche Entwicklung zeigte er sich interessiert, als militärischer Nachwuchskader (Offizier/MfS) geführt zu werden. Um ihm einen vollständigen neuen Start ohne Vorbelastung zu geben, plädieren die Vertreter des MfS dafür, daß er vor Beginn des Schuljahres 1986/87 in eine andere Schule umgesetzt wird.

Wer solches wußte oder zumindest ahnte, was sagte der seinen schulpflichtigen Kindern? Zitat von Christa Wolf: Der Kern der Gesundheit ist Anpassung? Erst mal zur erweiterten Oberschule kommen, erst mal Abitur machen, erst mal einen Studienplatz bekommen, erst mal das Examen machen, erst mal . . . Bei wie vielen ging dieses „erst mal“ bis zum Lebensende?

Bei der Arbeit der Enquete-Kommission ist auch dies zu bedenken und zu leisten. Ermutigung, die eigene Geschichte anzunehmen, damit die Chance des ehrlichen Neubeginns ergriffen werden kann. Wir haben diese Chance.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: So wie der Kollege Stübgen bittet auch die Kollegin Frau Professor Roswitha Wisniewski, ihre Rede zu Protokoll geben zu dürfen. Besteht Einverständnis damit? – Dies ist der Fall. Dann wird so verfahren.*

Nun hat unser Kollege Dr. Harald Schreiber das Wort.

Dr. Harald Schreiber (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Kommission, über deren Einsetzung wir heute beraten, wird sich mit vielen schlimmen und verabscheuenswerten Dingen zu beschäftigen haben, die Menschen im SED-Staat angetan wurden, mit Ungerechtigkeiten, die Menschen oder ganzen Gruppen von Menschen zugefügt wurden. Wenn man aber prüft, welches Ausmaß die materiellen, körperlichen und geistigen Schäden erreichten, sollte man auch Ungerechtigkeiten einbeziehen, die an Worten, an Begriffen begangen wurden. Sprache steht ja mit Gefühl, mit Empfinden in engem Zusammenhang. Ihr Mißbrauch schädigt das Denken und Empfinden von Menschen, also letztlich die Menschen selbst.

Ich denke an einen bestimmten Begriff, an einen, der menschliche Werte einschließt und der zu den positivsten Begriffen gehört, die ich mir vorstellen kann. Es handelt sich um den Begriff Solidarität. Er steht für mich inhaltlich ganz eng neben der Nächstenliebe, der Verantwortung für den anderen, der Bereitschaft zu tätiger, auch zu moralischer Hilfe. Um so schlimmer stellt sich für mich die Erkenntnis dar, daß auch die Solidarität in der SED-Diktatur instrumentalisiert wurde, daß man sie schlechten politischen Zielen unterordnete und sie dafür mißbrauchte, ein in sich verwerfliches, unerträgliches System international aufzuwerten und über das wahre Wesen

* Anlage 3

des Regimes hinwegzutäuschen. Ideologieexport statt Hilfe zur Selbsthilfe, Devisenbeschaffung für das eigene Land statt Unterstützung der Ärmsten, so lautet das Urteil über einen großen Teil von Entwicklungsprojekten der früheren DDR, die unter dem Etikett Solidarität liefen. Zu den besonders schlimmen Auswüchsen gehörten direkte Stasi-Projekte, z. B. in Äthiopien, oder eine als Entwicklungshelfer getarnte Truppe von Sicherheitsexperten in Angola. Hier wurde der Begriff Solidarität nicht nur mißbraucht oder instrumentalisiert, hier wurde er pervertiert.

Kaum jemand außer vielleicht dem Zentralkomitee der SED hatte einen wirklichen Überblick über die zahlreichen DDR-Projekte in mehr als fünfzehn Ländern. Unmittelbar nach der Wende liefen viele davon aus. Die Regierung de Maizière legte die faulsten dieser Entwicklungssümpfe trocken.

Gewiß, nicht alles, was von der DDR aus Solidaritätsgeldern finanziert wurde, ist mit so harten Urteilen zu bedenken. Aber es geht um die Erkenntnis, daß sich ein menschenfeindliches, in seinen Prinzipien schlechtes Regime auch in seinen oft nur so genannten Entwicklungsprojekten nicht verleugnen konnte. Um auch das zu sagen: Von den 106 Projekten, die am Tag der deutschen Vereinigung noch bestanden, mußten aus den genannten Gründen 34 gestoppt werden. Die Hilfe der DDR orientierte sich in erster Linie an den Kriterien des internationalen Klassenkampfes und nicht an den wirklichen Bedürfnissen der Entwicklungsländer.

Trotzdem fand die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik im Interesse der betroffenen Entwicklungsländer, hauptsächlich in der Dritten Welt, die Möglichkeit, 64 Projekte weiterzuführen, um die Kontinuität zu sichern oder zumindest um keine Projektruinen zu hinterlassen. Vier Projekte betrafen das Außenministerium. Vier wurden an Nicht-Regierungs-Organisationen übergeben.

Die Pervertierung der Solidarität hat noch eine andere Seite, die ebenfalls nicht unterschlagen werden darf. Solidaritätsspenden wurden in der DDR nur zu einem Teil wirklich freiwillig gegeben. Zu einem großen Teil waren sie erpreßte Abgaben, wurden sie von der Bevölkerung als Nötigung empfunden. Solidarität war als Pflicht befohlen. Völkerfreundschaft war kommandiert. Von der übergroßen Mehrheit der Bürger durfte die Freundschaft mit anderen Völkern nicht wirklich erlebt werden. Nicht einmal zu den in der DDR stationierten sowjetischen Armee-Einheiten, zu Soldaten, Offizieren, Zivilangestellten oder ihren Angehörigen durfte es gesellschaftliche Kontakte geben. Solidarität und Völkerfreundschaft blieben in der Sprache der Herrschenden Lüge und Phrase. Aber sie durften nicht als das bezeichnet werden, was sie in Wirklichkeit waren. Auch wenn jeder von Reibungen, von Streit und Gewalt wußte, die dort geschahen, wo ausländische Arbeiter aus Nordafrika, Kuba oder anderen Ländern lebten und über Devisen verfügten, um die DDR-Bürger sie beneideten, durfte die Wahrheit nicht ausgesprochen werden.

Nun, da der Zwang beseitigt ist, da keine Lügen mehr erpreßt werden, bricht sich auch auf dem Gebiet der neuen Bundesländer der Ausländerhaß gelegentlich Bahn und äußert sich in einer Reihe von Fällen in Gewalt, die auch durch die böse Geschichte der DDR nicht zu beschönigen oder zu entschuldigen ist. Jede Gewalttat ist zuviel. Jeder Haß zeugt wieder Haß. Auch wenn es sich nur um kleine Gruppen oder um einzelne handelt, die provozieren und vor Gewalttaten nicht zurückscheuen, wird das Zusammenleben mit ausländischen Mitbürgern, mit Asylanten, mit Asylbewerbern oder Aussiedlern gestört.

Der Rechtsstaat muß Gewalt bekämpfen. Er tut es auch. Wir alle müssen mit unseren Mitteln dafür eintreten, die Atmosphäre zu entgiften. Wir müssen verhindern, daß Gewalt eskaliert. Aber wir müssen wissen: Die Saat zu alldem wurde da gelegt, wo Unrecht und Lüge zum System gehörten: in der Diktatur der SED.

Auch in dieser Hinsicht muß die Vergangenheit in Wahrheit aufgearbeitet werden. Deshalb brauchen wir die Enquete-Kommission, über die wir jetzt sprechen. Erst wenn Recht wieder Recht und Wahrheit wieder Wahrheit sind, wird auch Solidarität wieder das sein, was sie sein sollte: Mitempfinden für die Situation des anderen, Bereitschaft zu tätiger Hilfe in wahrer Menschlichkeit.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Damit sind wir am Ende der Aussprache angekommen.

Gestatten Sie mir bitte noch ein kurzes Wort. Vorhin ist unter meiner Leitung im Zusammenhang mit einer Äußerung über die Schule des Marxismus-Leninismus der Ausdruck „Schule für Massenmörder“ gefallen. Ich rüge diesen Ausdruck nicht, weil er sich gegen eine Institution gerichtet hat und nicht gegen einen hier anwesenden Kollegen. Ich bin aber trotzdem der Meinung, daß wir mit derartigen Ausdrücken gerade in einer solchen Debatte etwas vorsichtig verfahren sollten.

(Beifall bei der SPD, der F.D.P. und der PDS/Linke Liste)

Nun bitte ich zu einer persönlichen Erklärung zur Abstimmung Frau Kollegin Jutta Braband ans Mikrofon.

Jutta Braband (PDS/Linke Liste): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da die Behandlung des heutigen Themas in ursächlichem Zusammenhang mit den Gründen für meinen Rücktritt steht, habe ich dazu noch etwas aus persönlicher Sicht zu sagen.

Wenn ich mit anderen zusammen auf eine öffentliche Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit gedrungen habe, so zielte dies auf einen emanzipatorischen Prozeß, der mehr umfaßt als die Feststellung von Verletzungen rechtsstaatlicher Normen und von Menschenrechten in der DDR. Meine

eigene Geschichte, insbesondere meine inoffizielle Mitarbeit beim MfS vor 20 Jahren, meine Entscheidung, diese Mitarbeit 1975 zu beenden, die Zeit in der Opposition und die Erfahrung der Haft in der DDR haben mich gelehrt, daß diese Emanzipation eine aktive politische Auseinandersetzung aller betroffenen Menschen selbst erfordert, die sich nicht delegieren läßt.

Gerade wir in der DDR haben erfahren, in welchem Ausmaß die Okkupation eigener politischer Willensbildung durch uns fremde Gremien zur Instrumentalisierung von Menschen, ihrer Lebensumstände und ihrer Geschichte geführt hat. Eine Enquete-Kommission kann die erforderliche gesellschaftliche Auseinandersetzung nicht ersetzen.

Darüber hinaus erleben wir heute erneut, wie parteiegoistischer Opportunismus und die Arroganz der Macht von Politikern und Medien diese Aufarbeitung behindern. Die verstaatlichte Abrechnung der heutigen BRD mit dem besiegten politischen System der DDR hat überdies weitaus mehr im Visier als bloß Täter und Träger politischer Verantwortung. Gleichzeitig hat sie viel mehr zu bemänteln, als der Enthüllungseifer von Parteipolitikern vermuten läßt.

Eine Auseinandersetzung der Menschen von unten mit ihrer eigenen Geschichte, die Erhellung der Strukturen bürokratischer Diktatur, aber auch die Benennung der politischen Schuld kalter Krieger der Nachkriegs-BRD und alle Formen von Komplizenschaft der Herrschenden in Ost und West in der ganzen Geschichte beider deutscher Staaten stoßen heute und gerade in diesem Parlament auf nicht wenige Gegner.

Wenn dies aber trotzdem gelingt, so wird der Versuch scheitern, in der Aburteilung der DDR die Idee des Sozialismus, die für mich Demokratie und Humanismus zwingend einschließt und die weder durch die Politbürokratien des Ostens noch durch den billigen Triumph zeitgenössischer Antikommunisten erledigt ist, auszulöschen. Ich stelle fest: Seit der Übernahme der DDR wurde gesellschaftliche Atmosphäre für genau diesen Versuch geschaffen.

Meine Damen und Herren, wir haben 1990 am zentralen Runden Tisch die Auflösung des MfS nicht nur durchgesetzt, um die Opfer der Repression in der DDR zu rehabilitieren, sondern um einen emanzipatorischen Prozeß zu befördern, der auch Menschen, die das Regime überwiegend mitgetragen haben, künftig resistent gegenüber Demagogie und damit eigenverantwortlich werden läßt.

Die Reduzierung der Kritik auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsverletzungen, so nötig sie ist, umgeht die Bewertung der DDR an ihren eigenen Ansprüchen, d. h. an Kriterien gesellschaftlicher Emanzipation. Dies bedeutet aber auch, die Hoffnung aller Menschen zu leugnen und zu verurteilen, die die Existenz der DDR als Versuch zu eben dieser Emanzipation begriffen haben. Gerade dadurch, denke ich, kann es aber nicht gelingen, auch die Illusionen zu benennen, die den Einsatz menschenverachtender Mittel scheinbar rechtfertigten.

Ich bedaure, daß es keine Partei in diesem Hause gibt, die bislang über diese tiefen Gräben gesprungen ist. Ich bedaure zutiefst, daß auch die PDS bis heute nicht in der Lage war, diesen Anspruch – und den erwarte ich im Grunde von Ihnen allen nicht, sondern vor allem von den Linken selbst – an die Aufarbeitung unserer Vergangenheit einzulösen, und selbst über das Relativieren nicht hinausgekommen ist. Ich weiß allerdings, daß daran zum Teil auch die Atmosphäre schuld ist, die ich vorhin beschrieben habe.

Ich bedauere ebenso, daß Teile der Bürgerbewegungen diesen ihren eigenen Anspruch aufgegeben haben, wenn sie sich heute mit der CDU auf die Forderung nach allgemeiner Säuberung nicht nur der Parlamente beschränken.

Mir kommt es wirklich darauf an, daß Bedingungen geschaffen werden, unter denen Menschen nicht ausgegrenzt werden, sondern die Möglichkeit erhalten, sich ihrer ganz persönlichen Geschichte und Schuld zu stellen. Die Offenlegung ist dafür unverzichtbar. Die Akten müssen offenbleiben. Doch gerade die Vorverurteilung und das öffentliche Strafkartell behindern diese Offenlegung. Auch in diesem Parlament wurde auf unrühmliche Weise dazu beigetragen, die Atmosphäre zu vergiften.

Mir bleibt nur, mich von Ihnen zu verabschieden, auch von denen, die mich nie hier wollten. Ich versichere Ihnen, ich werde weiterhin Politik machen; denn auch außerhalb des Parlamentes ist das möglich.

Guten Tag.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste und der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. auf Einsetzung einer Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“ auf Drucksache 12/2230. Wer stimmt für diesen Antrag? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Antrag bei zwei Stimmenthaltungen angenommen und die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“ eingesetzt.

Gemäß Ziff. 5 des gerade angenommenen Antrages sind die Anträge auf den Drucksachen 12/2152, 12/2226 und 12/2229 dieser Kommission zur Beratung zugewiesen worden.

Der Antrag der Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 12/2220 wurde zurückgezogen.

Der Antrag der Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 12/2220 (neu) soll in seinem Teil A der soeben eingesetzten Enquete-Kommission und in seinem Teil B dem Innenausschuß federführend sowie dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen werden. Sind Sie damit einverstanden? – Dies scheint der Fall zu sein. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

*Zu Protokoll gegebene Reden zu Tagesordnungspunkt 5 und Zusatzpunkten 2 bis 6**(Beratung von Anträgen auf Einsetzung eines Enquete-Kommission)*

Michael Stübgen (CDU/CSU): Die Einsetzung der hier geforderten Enquete-Kommission ist ein unverzichtbarer Schritt, um das Zusammenwachsen der alten und neuen Bundesländer zu fördern. Sie bietet die Chance einer gründlichen und verantwortlichen Aufarbeitung der jüngsten deutschen Geschichte, die sich weder auf die Rolle der Blockparteien noch auf die der Stasi reduzieren läßt. Wie wichtig eine solche Aufarbeitung ist, zeigt sich in dem mehr oder weniger fehlgeschlagenen Versuch, die nationalsozialistische Vergangenheit aufzuarbeiten.

Ich erwarte, daß die Kommission einen gewichtigen Beitrag zu einer möglichst lückenlosen Aufarbeitung leistet. Die Darstellung von Staat, Kirche und Privatleben in der ehemaligen DDR ist eine Grundvoraussetzung, um die immer noch bestehenden Grenzen zwischen Ost- und Westbürgern abzubauen und Verständnis für die Probleme und daraus resultierenden Verhaltensweisen der neuen Bundesbürger zu erzielen.

Der real existierende Sozialismus hat nicht nur eine zerstörte Umwelt und ein völlig marodes Wirtschafts- und Infrastruktursystem hinterlassen, nein, er hat auch Spuren in den Köpfen der ihm ehemals ausgelieferten Menschen hinterlassen. In einem Land, in dem diejenigen, die die Wahrheit sagten, verfolgt und die Lügner belohnt wurden, wo Recht in Unrecht verkehrt wurde und die kleinen und großen Unaufrichtigkeiten überlebensnotwendig waren, müssen die Menschen erst wieder neu lernen, mit der Wahrheit und dem Recht umzugehen und sich gegen Unwahrheit und Unrecht zur Wehr zu setzen.

Aber ich bemerke insbesondere seit Januar in meiner Wahlkreisarbeit: das Verhältnis der Bürger zum Staat ändert sich, sie werden selbstbewußter. Ein wichtiger An Schub für dieses steigende Selbstbewußtsein waren die Verabschiedung und das Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Die Bürger erkennen – und für viele ist es nach eineinhalb Jahren deutscher Einheit eine neue Erfahrung –, welche Rechte und Möglichkeiten ihnen offenstehen, daß sie dem Staat nicht länger ausgeliefert sind, sondern ihm gegenüber genau fixierte Rechte – und natürlich auch Pflichten – haben. Dies wurde in meinen Bürgersprechstunden mehr als deutlich: Fiel im letzten Jahr häufig der Satz „Sie müssen mir helfen“, so sind seit Januar die Bürger immer eher bereit, sich gegen rechtswidrige Akte des Staates und anderer Einrichtungen oder Bürger zur Wehr zu setzen. So fragen sie heute: „Was muß ich tun, um mein Recht durchzusetzen?“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich einiges zu der gegenwärtigen Diskussion um den Umgang mit den Ergebnissen der Erkenntnisse aus den bisher gesichteten Papieren der SED- und Stasi-Archive

sagen. Die von einigen Seiten – darunter leider namhafte Politiker – geforderte Schließung der Archive oder beschränkte Nutzung der Akten für die Opfer zeugt von einem hohen Maß an Unwissenheit über die tatsächliche Situation in den neuen Bundesländern und um das Wesen des DDR-Unrechtsstaates.

Die bisherigen Veröffentlichungen – dabei muß man sehen, daß sich die sogenannte „Gauck-Behörde“ noch im Aufbau befindet – haben gezeigt, wie minutiös und allumfassend die Spitzel des DDR-Staates Informationen über Bürger und Institutionen gesammelt haben, wie das MfS den Zugriff auf alle gesellschaftlichen Gruppen hatte, wie es oppositionelle Gruppen nicht nur bespitzelt hat, sondern sogar in der Lage war, seine Spitzel in einflußreichen Positionen dieser Gruppen und später Parteien zu installieren, und wie es scheinbar mühelos informelle Mitarbeiter in Kirchenleitungsgremien schleusen oder von dort rekrutieren konnte und sogar – das ist für mich eine neue bestürzende Erkenntnis – in diesen Gremien Personen hatte, die willfährig die Aufträge des MfS und der Staatsführung ausführten.

Diese Erkenntnisse bieten der hier zur Debatte stehenden Kommission die Möglichkeit, die Machenschaften der DDR-Mächtigen zu untersuchen und in einer objektiven Darstellung der Bevölkerung zugänglich zu machen. Ohne den Zugang zu den hier dargestellten Informationen ist eine solche Darstellung unmöglich. Auch hier bietet sich ein Vergleich mit den Unterlagen des NS-Staates an: Wichtige Unterlagen verschwanden in den Archiven der Alliierten und konnten erst nach Ablauf von 30 Jahren zur Klärung von Sachverhalten herangezogen werden. Eine solche Verzögerung können und wollen wir uns nicht noch einmal leisten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird in letzter Zeit viel von dem sogenannten „Wahrheitsgehalt“ der Stasi-Akten gesprochen. Er wird vor allem von Personen in Frage gestellt, die selbst unter Rechtfertigungsdruck geraten sind oder Personen von parteipolitisch hohem Interesse schützen wollen.

Eines ist sicher: Die Wahrheit werden wir in diesen Akten nicht finden. Ich kenn auch niemanden, der dies ernsthaft erwartet. Die Frage ist aber: Inwieweit handelt es sich bei diesem Material um richtige Informationen? Ich denke, der Gehalt an richtigen Informationen ist so hoch wie der Zweck, zu dem diese Daten gesammelt wurden. Der Zweck des Stasi-Archivs war nicht, im geeinten Deutschland den Opfern die Möglichkeit zu geben, ihre Peiniger zu entlarven und die Täter und das System durch komplizierte Aktenführung zu schützen. Nein, der Zweck war es, Macht und Einfluß auf die Bürger in der ehemaligen DDR und auch auf viele Bürger in der Bundesrepublik zu haben. Das gigantische Aktenmaterial war das Werkzeug der Stasi.

Da wir jetzt wissen, wie effizient das MfS gearbeitet hat, müssen wir auch davon ausgehen, daß die gesammelten Informationen einen hohen Wert an Richtigkeit haben. Das zeigen im übrigen auch die Ergebnisse vieler Untersuchungen.

Meine Damen und Herren, ein vornehmliches Ziel der Kommission muß sein, exemplarisch für viele, die Einzelschicksale der namenlosen Opfer aufzuzeigen, die nicht wie namhafte Systemkritiker oder Politiker der ehemaligen DDR im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen. Diese namenlosen Opfer dürfen nicht zu vergessenen Opfern werden, während einige prominente Opfer, und immer dieselben, in Interviews und Talk-Shows brillieren. Geradezu unerträglich ist es, daß prominente Täter es offensichtlich leicht haben, ihre Lügen erneut medienwirksam zu verkaufen und dabei noch ein Vielfaches von dem verdienen, was ihre ehemaligen Opfer jemals durch Rehabilitation erhalten können.

Dieser Umstand zeigt, wie überaus wichtig es ist, daß im Bereich der Regierungs- und Vereinigungskriminalität umgehend die notwendigen Schritte getan werden, um hier konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Meine Damen und Herren, die Enquete-Kommission muß, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen will, zur Lobby der namenlosen Opfer werden. Sie steht in der Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Vergangenheitsaufarbeitung nicht nur auf der Ebene finanziell lukrativer Zeitungsartikel stattfindet, sondern auch diejenigen erfaßt, die die Medien nicht nutzen können.

Darüber hinaus ist es dringend notwendig, auch die Verstrickungen zwischen staatlichen, politischen und kirchlichen Institutionen der ehemaligen DDR darzulegen.

Dr. Roswitha Wisniewski (CDU/CSU): Ergänzend zu dem, was schon zur Notwendigkeit der Systemanalyse gesagt wurde, möchte ich nur auf einen, allerdings – wie mir scheint – zentralen Aspekt hinweisen und um seine Beachtung in der Arbeit der Enquete-Kommission bitten.

Um ein geschichtliches Phänomen zu verstehen, muß man die Wurzel und das Ziel zu erkennen versuchen, aus dem heraus es entstand, und um für die Zukunft ähnlich negative Entwicklungen zu vermeiden, ist in diesem Fall die kritische Auseinandersetzung mit der Ideologie der DDR unvermeidbar. Wir Deutschen haben, so glaube ich, die besondere Pflicht, aus unserer Geschichte heraus einen Beitrag zur geistigen Bewältigung der beiden in einem einzigen Jahrhundert in Deutschland bzw. in einem Teil Deutschlands zur Herrschaft gelangten Ideologien zu leisten und die Menschen zu warnen vor Verirrungen des Denkens, die – wenn sie großen politischen Einfluß gewinnen – zu Mißbrauch von Regierungsmacht in schrecklichster Weise führen können.

Die Menschen in der ehemaligen DDR lebten in einem politischen System, in dem Gewalt gegenüber sogenannten Staatsfeinden als Mittel der Politik betrachtet wurde. Dasselbe, nur in noch schrecklicherem Ausmaß bis hin zum Völkermord, taten die Nationalsozialisten. Wie konnte es dazu kommen?

Der 1. Artikel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland lautet „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist

Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Der einzelne Mensch also ist Wert an sich und damit Fundament und Bezugspunkt für das politische Handeln. Es ist gleichgültig, ob er klein oder groß, gesund oder krank, alt oder jung ist, ob er Besitz hat oder nicht oder – mit Blick auf die Rassengesetze der Nationalsozialisten – welchen Ehepartner, welche Ehepartnerin er wählt, welche Überzeugung, welche Religion er vertritt. Grundrechte garantieren dem einzelnen diesen persönlichen Freiheitsraum, in dem er sich als sittliches Wesen frei entfalten kann. Grenzen sind lediglich gesetzt durch die Rechte der anderen und durch die Regeln und Gesetze, die das gemeinschaftliche Leben erfordert.

Diese Grundgedanken sind in einer freiheitlichen Demokratie selbstverständlich. Sie sind es nicht, wenn von bestimmten philosophischen Grundannahmen her versucht wird, Menschen auf diese Grundannahmen hin als Teile eines Kollektivs – sei es der Nation, sei es der totalitären sozialistischen Gesellschaft – zu formen. So sind die Nationalsozialisten, um das – wie sie meinten – Ideal eines rassisch reinen, nordischen und deshalb angeblich hochwertigen Menschen zu verwirklichen, nicht vor der grauenvollen Konsequenz zurückgeschreckt, alles Leben zu vernichten, das ihrer Meinung nach rassisch minderwertig oder lebensunwert war. Diese Verirrung des Denkens ist für uns alle immer noch unfassbar und von unvergleichlicher Scheußlichkeit.

Aber auch der real existierende, totalitäre Sozialismus hat mit teilweise erschreckender Menschenverachtung – man denke nur an die Leidensgeschichte des russischen Volkes – versucht, die Menschheit auf ein höheres Niveau zu führen. Denn um ihr Ideal des „sozialistischen Menschen“ zu verwirklichen, schreckten die Machthaber in den sozialistischen Staaten des ehemaligen Ostblocks nicht davor zurück, die bestehende Lebensordnung vollständig zu verändern. Ihr Ziel sollte vor allem dadurch erreicht werden, daß die Menschen enteignet und in einen gesellschaftlichen Produktionsprozeß gezwungen wurden. Dadurch – so war die geltende Meinung – sollte eine Höherentwicklung der Menschheit erfolgen. Wer sich widersetzte, wurde unter Druck gesetzt und verfolgt. Vielfach wurde versucht, das gewünschte Denken durch Zwang zu erreichen.

Der Nationalsozialismus wurde letztlich durch den Rassenwahn in den Krieg und in den Untergang getrieben. Der totalitäre Sozialismus endete im wirtschaftlichen Zusammenbruch, in der bleibenden Schädigung vieler Menschen und im Entsetzen angesichts eines Spitzelwesens ungeahnten Ausmaßes.

Beide Katastrophen lassen sich – trotz aller Unterschiede, die nicht übersehen werden dürfen – zurückführen auf einen schwerwiegenden Verstoß gegen den Menschen und sein im eigenes Wesen. Die Enteignung war im real existierenden Sozialismus das wichtigste, auch anthropologisch-philosophisch begründete Instrument zur Herstellung des sozialistischen Menschen und seine

Einfügung in das sozialistische Kollektiv (vgl. Artikel 4 der DDR-Verfassung). Um dieses Verbot der Verfügungsmacht über privates Produktivvermögen war nicht nur eine wirtschaftliche Fehlentscheidung, sondern darüber hinaus ein zerstörender Eingriff in die menschliche Natur und ihre Motivationskräfte. Eigentum ist mehr als Besitz. Von diesen Grundlagen her sollte die Marxismus-Kritik vorgenommen werden, und es wäre gut, wenn auch der Nationalsozialismus mit seinen gravierenden historischen und philosophischen Fehlurteilen vergleichend in den Blick genommen werden würde.

Die Geschichte des real existierenden, totalitären Sozialismus verlangt nach ideologiekritischer Aufarbeitung. Der zwangsweise Eingriff in anthropologische Grundkonstanten, also in wesentliche Gegebenheiten und Bedürfnisse der menschlichen Natur, wie z.B. das Eigentumsverbot, führt nicht zur damit angeblich angestrebten positiven Weiterentwicklung der Menschen, sondern zu Unfreiheit und Katastrophe. Nicht umsonst schützen daher in freiheitlich organisierten Staaten die Grundrechte diese wichtigsten Lebensbedürfnisse des einzelnen Menschen und machen dadurch den Weg frei für eine nicht mechanisch herbeizuführende, sondern eine langfristige, auf der Mitwirkung der einzelnen Menschen beruhende positive Weiterentwicklung des Menschengeschlechtes.